Handelspolitik und Sozialdemokratie

Von Karl Kautsky



Handelspolitik und Sozialdemokratie

Populäre Darstellung
der handelspolitischen Streitfragen

von **Karl Kautsky**

Zweite umgearbeitete Auflage

Berlin 1911
Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
(Hans Weber-Berlin)

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Der Ablauf der wichtigsten Handelsverträge des Deutschen Reichs im Jahre 1917 ermöglicht es dem kommenden Reichstag, die Richtung der Zoll- und Handelspolitik zu ändern, die Deutschland im Jahre 1879 begonnen und, nach kurzer Unterbrechung, 1902 mit verdoppelter Energie bekräftigt hat. Ihre Aenderung im Sinne eines grundsätzlichen Freihandels ist bei den heutigen Machtverhältnissen allerdings nicht zu erwarten. Dagegen ist ihre Verschlechterung im Sinne einer Verstärkung des Schutzzollsystems und namentlich einer weiteren Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle nicht ausgeschlossen, wenn die nächsten Wahlen dem schwarzblauen Block die Mehrheit geben, wobei auch auf die Nationalliberalen und die Regierung kein Verlaß ist.

Für und wider die Aenderung der Handelspolitik wird in den Parlamenten und in der Bevölkerung gekämpft werden; es sind die stärksten politischen und wirtschaftlichen Mächte, die für das Schutzsystem eintreten, und es wird der energischsten Anstrengungen aller Verteidiger eines freien Handelsverkehr bedürfen, soll in dieses System Bresche gelegt werden.

Die einzige kraftvolle Macht, die den Schutzzöllnern entgegengestellt werden kann, ist aber das in der Sozialdemokratie organisierte, zielbewußte Proletariat.

Notwendigerweise hat seine Agitation bisher hauptsächlich den Lebensmittelzöllen gegolten, die den Gipfel des modernen Schutzzollsystems bilden, dessen Geist am schärfsten kennzeichnen und für die Masse der Bevölkerung am gefährlichsten sind.

Andere Fragen der Handelspolitik sind darüber in den Hintergrund getreten, sie werden jedoch erhöhte Bedeutung erlangen, sobald die Neugestaltung des Zolltarifs und der Handelsverträge greifbare Formen annimmt. Manche von ihnen sind komplizierter und strittiger als die der Lebens-

mittelzölle, aber sie gehen das Proletariat nicht weniger an als diese, und sie alle hängen untereinander aufs engste zusammen. Es hat in die Kämpfe um diese Fragen nicht minder einzugreifen, als in die um Lebensmittelzölle.

An Einzeluntersuchungen über manche dieser Fragen ist kein Mangel. Aber das Proletariat hat keine Zeit, Monographien zu studieren, auch will es sich nicht in Einzelheiten verlieren, um darüber den Sinn für die großen gesellschaftlichen Zusammenhänge zu verlieren. Was es in der jetzigen Situation braucht, das ist eine kurze, zusammenfassende Darstellung der modernen Handelspolitik, ihrer Aufgaben und Wirkungen in ihrer Gesamtheit und in ihren Zusammenhängen mit der ganzen gesellschaftlichen Entwickelung. Eine solche Darstellung ist nicht leicht, namentlich wenn sie auf einem beschränkten Raum gegeben werden muß. Die Lösung der Aufgabe ist schwierig, aber notwendig, und so haben wir sie versucht.

Der Standpunkt, von dem wir hier ausgehen, ist derselbe, den die deutsche Sozialdemokratie auf dem Stuttgarter Kongresse von 1898 einstimmig akzeptiert hat. Fällt dem Verfasser selbstverständlich die Verantwortung für die Einzelheiten seiner Ausführungen allein zu, so weiß er sich doch in bezug auf den von ihm verfochtenen allgemeinen Standpunkt mit seiner Partei einig.

Was aber die Methode unserer Darstellung anbelangt, so halten wir die entwickelungsgeschichtliche für diejenige, welche das Verständnis einer Erscheinung am leichtesten vermittelt. Indem wir die Entstehung der heutigen Bestrebungen und Schlagworte der Handelspolitik untersuchen und ihre Zusammenhänge mit der früheren Handelspolitik, aber auch ihre Unterschiede von dieser beleuchten, werden wir ihre Eigenart und ihre Ziele am besten begreifen lernen.

Wir werden dabei anscheinend weit ausholen müssen, aber rascher zum Verständnis der Gegenwart gelangen, als wenn wir uns auf eine Zergliederung der letzteren allein beschränken würden.

1. Die Finanzzölle.

Die einzige Art des Handels, die uns hier beschäftigt, ist der auswärtige Handel, der Handel zwischen verschiedenen Gemeinwesen, nicht der innerhalb eines Gemeinwesens. Jene Art Handel ist uralt, ihre Anfänge liegen in der vorhistorischen Zeit; sie ist viel älter, als der innere Handel. Der auswärtige Handel entwickelt sich überall, wo Gemeinwesen miteinander in Berührung treten, von denen das eine Produkte erzeugt, die das andere nicht oder nur in ungenügenden Quantitäten oder Qualitäten hervorbringt, etwa Zinn, Kupfer, Salz, Bernstein, Elfenbein, Purpur, Pelze usw.

Die Grundlage dieses Handels bildet die auf natürlichen Verschiedenheiten beruhende Verschiedenheit der Produkte der verschiedenen Gegenden. Er ist ein Kulturelement ersten Ranges und für die gesellschaftliche Entwickelung unentbehrlich. Er hat alle gesellschaftlichen Veränderungen überdauert und wird alle gesellschaftlichen Veränderungen überdauern bis zu jenem fernen Zeitpunkt, in dem die gesamte Menschheit der Erde zu einem einzigen gesellschaftlichen Organismus zusammengewachsen ist. Auch ein sozialistisches Gemeinwesen, das naturgemäß nach Aufhebung des inneren Warenhandels trachten würde, müßte bestrebt sein, den aus den natürlichen Unterschieden der verschiedenen Produktionsstätten entspringenden auswärtigen Handel zu pflegen, ja, im Interesse der Wohlfahrt und der Kultur seiner Bevölkerung noch zu erweitern. Es werden dann aber wohl die Gemeinwesen selbst die Träger dieses Handels sein.

Ob in seinen Anfängen der Handel von den Gemeinwesen oder von einzelnen Individuen betrieben wurde, darüber können wir nur Vermutungen äußern, die für unsere Zwecke sehr gleichgültig sind. Frühzeitig aber bildete sich eine eigene Klasse von Menschen, die den Handel nicht gelegentlich neben ihren sonstigen Beschäftigungen trieb, sondern davon lebte, die Klasse der Kaufleute.

So unentbehrlich für eine höhere Kultur der äußere Handel ist, so sind dagegen die Kaufleute nur unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen notwendig: Die Grundlage ihrer Wirksamkeit ist das Privateigentum an den Waren, mit denen sie handeln. Je mehr sich das Privateigentum entwickelt, desto mehr entwickelt sich der durch Kaufleute betriebene Handel.

Seine Triebkraft aber bildet der Profit, der daraus entsteht, daß der Kaufmann Waren dort kauft, wo ihre Herstellungskosten beziehungsweise ihre Preise gering sind, und dort verkauft, wo Kosten und Preis hoch sind, so daß ihm

über die Transportkosten noch ein Ueberschuß übrig bleibt. Dieser Profit ist die erste Form arbeitslosen Einkommens, die nicht aus direkter gewaltsamer Erpressung stammt; das Geld, das der Kaufmann in seinem Unternehmen anwendet, ist die erste Form des Kapitals.

Sein Profit hängt nicht von seiner persönlichen Arbeitskraft ab, sondern er wird unter sonst gleichen Umständen bestimmt durch die Größe seines Kapitals. Kann er um 10 000 Mark Waren verkaufen, so wird sein Profit unter sonst gleichen Umständen zehnmal so groß sein, als wenn er nur um 1000 Mark verkaufte. Daher der Drang, Geld anzusammeln, um den Profit vergrößern zu können, daher aber auch mit wachsendem Vermögen ein Wachsen des Profits, das es wieder ermöglicht, mehr Geld im Handel anzulegen.

Die wachsenden Reichtümer der Kaufleute erweckten bald die Gier der Machthaber. Frühzeitig begannen sie von den Kaufleuten zu fordern, diese sollten mit ihnen *teilen*; im Auslande verlangte man von ihnen einen *Tribut*, einen *Zoll*, einen Anteil an ihrer Beute.

So sind die ersten Zölle entstanden. Schon im grauen Altertum finden wir sie, aber wir bemerken das nicht etwa zu den Zwecken einer antiquarischen Untersuchung, sondern um ein Licht zu werfen auf die *Barbarei* der *heutigen Finanzzölle*.

Diese, eines der primitivsten Mittel der Bereicherung der staatlichen Machthaber, bilden heute noch in allen Kulturstaaten eines der wichtigsten, wo nicht das wichtigste Mittel, die Kosten der Staatsverwaltung aufzubringen. Wohl hat sich der Charakter der Finanzzölle seit dem Altertum geändert, aber nicht in sehr erfreulicher Weise.

Ehedem waren die Zölle ein Tribut, den man den *Kaufleuten* auflegte. Je kraftvoller der Handel wird, desto mehr versteht er es, die Last von sich abzuwälzen, indem er die Preise seiner Waren um den Betrag des Zolls erhöht. Der Zoll wird dadurch zu einer Steuer, welche die *Bevölkerung* zu bezahlen hat.

In den Anfängen des auswärtigen Handels umfaßte aber dieser vornehmlich leicht transportable Luxuswaren der *Reichen*; heute treten im Welthandel immer mehr die wichtigsten Lebensmittel der *Armen* an die erste Stelle. So werden die Finanzzölle aus einer Steuer auf die Reichen, die sie ehedem gewesen, immer mehr eine Steuer auf die Armen.

Wie alle indirekten Steuern, werden also mit Recht auch die Finanzzölle von der Sozialdemokratie entschieden verworfen.

Neben der Belastung der ärmeren Teile der Bevölkerung ist es auch die politische Wirkung dieser Art Zölle, die uns

zu ihren Gegnern stempeln muß. Finanzzölle sind eine Einnahmequelle der Regierungen, die sie unabhängig macht von den Parlamenten; sie sind auch eine Einnahmequelle, die der Bevölkerung ihr Geld auf indirektem Wege aus den Taschen zieht, wodurch der finanzielle Druck verschleiert, aber nicht verringert wird, den sie ausüben. Je reichlicher und ungehinderter sie fließen, desto mehr verführen sie die Regierungen zu Geldausgaben, vor denen sie sich sonst hüten würden.

Jeder Zoll, auch der Schutzzoll, wirkt aber in dieser Beziehung wie ein Finanzzoll.

In Amerika wurden die reichen Ueberschüsse, welche die hohen Zölle erzielten und den herrschenden Parteien zur Verfügung stellten, eine der Hauptursachen der politischen Korruption, welche die transatlantische Republik schändet.

In Europa wieder hätte das Wettrüsten der Regierungen des europäischen Festlandes seit dem Ende der achtziger Jahre sich nicht in dem wahnsinnigen Tempo entfalten können, das es seitdem angenommen hat, ohne die reiche Quelle erhöhter Zölle, die sie sich erschlossen haben. Das Tempo wäre ein viel langsameres geworden, wenn die Regierungen sich gezwungen gesehen hätten, die Bewilligung der Gelder für die wachsenden Armee- und Marinekosten durch direkte Steuern aufzubringen und darum mit den Parlamenten zu kämpfen.

1878/79 betrugen die Einnahmen aus den Zöllen im Deutschen Reich 101 Millionen Mark, dagegen 1898 476 Millionen und für das letzte Jahr, für das zurzeit die wirklichen, nicht die veranschlagten Einnahmen vorliegen, 1909, 660 Millionen. Diese Vermehrung der Einnahmen um 560 Millionen binnen 30 Jahren wurde völlig verschlungen vom Militarismus, der (mit Marine, Pensionsfonds und Verzinsung der Staatsschulden) 1879/80 428 Millionen, 1899 dagegen 926 Millionen und 1911 1700 Millionen erfordert, um 1300 Millionen mehr.

Von den Zollerträgen*) des Deutschen Reiches entfällt der Löwenanteil auf die Getreidezölle, die 1910 242 Millionen Mark einbrachten, fast ein Drittel des gesamten Zollertrags, der 716 Millionen Mark ausmachte; 3,72 Mark pro Kopf, fast 19 Mark pro Familie von fünf Köpfen. Gleich danach aber kommen drei reine Finanzzölle, der Petroleumzoll, der 1910 78 Millionen trug, 10 Prozent des gesamten Zollertrages, 1,20 Mark pro Kopf, sowie der Kaffeezoll, der 100 Millionen einbrachte, fast 13 Prozent des gesamten Zollertrages, 1,55 Mark pro Kopf, und der Tabakzoll, der ebenfalls 100 Millionen trug, fast 13 Pro-

*) Diese sind höher wie die Zolleinnahmen, weil sie auch die Erhebungskosten umfassen. 1909 betrugen sie 704, 1910 716 Millionen.

zent des Zollertrages, 1,54 Mark pro Kopf. Diese drei reinen Finanzzölle allein belasten zusammen jede Familie im Durchschnitt mit mehr als 21 Mark jährlich. Für den Petroleum- und den Kaffeezoll ist gar keine Entschuldigung und kein Vorwand vorhanden. Keine Industrie, keine Landwirtschaft wird durch sie geschützt — höchstens wird die Allmacht der Kohlenmagnaten und Spiritusbrenner durch den Petroleumzoll noch etwas gesteigert. Sie entspringen nur dem Bedürfnis, für den Militarismus Geld herauszupressen. Ueber dem Kampf gegen die Lebensmittelzölle dürfen die Finanzzölle nicht vergessen werden.

Die gesamte Roheinnahme aus den Zöllen ergab 1910 11 Mark pro Kopf, pro fünfköpfige Familie 55 Mark.

2. Die Handelsbilanz.

Wir haben gesehen, wie die Reichtümer, die der Handel den Kaufleuten eintrug, in den staatlichen Machthabern die Gier erweckten, mit ihnen zu teilen. Aber sie konnten dabei nicht stehen bleiben. Je größer ihre Geldbedürfnisse und ihre Geldgier — und die einen wie die anderen wuchsen immer mehr — um so mehr mußten die Weiterblickenden unter ihnen bedacht sein, nicht das Huhn zu schlachten, das die goldenen Eier legte, sondern es recht zu pflegen und groß werden zu lassen.

Andererseits erlangten die Kaufleute um so größere Macht im Staate, je reicher sie wurden; namentlich durch das Mittel der Staatsanleihen brachten sie die Staatsgewalt, mochte es eine republikanische oder monarchische sein, in größte Abhängigkeit von sich.

Kein Wunder, daß die Förderung des Handels und des Handelsprofits eine der wichtigsten Aufgaben der staatlichen Politik wurde und daß daraus eine systematische Handelspolitik entstand, deren wissenschaftliche Begründung durch das Merkantilsystem im 17. Jahrhundert den Ursprung der wissenschaftlichen Nationalökonomie bedeutet.

Der Handel mit dem Ausland sollte gefördert werden, aber selbstverständlich nur der profitable Handel, derjenige, der einen Ueberschuß an Geld ins Land bringt. Wodurch erzielt man aber diesen Ueberschuß? Ganz einfach dadurch, daß man viel verkauft und wenig kauft.

Das war damals der private geschäftliche Grundsatz des Bourgeois, der so sparsam als möglich lebte und dabei Reichtümer aufhäufte, im Gegensatz zu dem Feudaladel, der in

sinnlosem Genußleben mehr kaufte, als er verkaufte, dadurch verschuldete und verarmte. Eine vernünftige Handelspolitik durfte nur nach dem bürgerlichen Muster ihre Grundsätze ordnen, auch für sie wurde das Bestreben Regel: mehr verkaufen als kaufen, also mehr Waren ausführen als einführen. Der Maßstab, an dem die Wirkungen der Handelspolitik gemessen wurden, war die Handelsbilanz, das heißt, das Verhältnis zwischen dem Wert der Einfuhr und Ausfuhr. War die Einfuhr größer als die Ausfuhr, dann betrachtete man das als eine ungünstige, passive Handelsbilanz, die das Land der Verarmung entgegenführte.

Diese Lehre kam, wie schon bemerkt, im 17. Jahrhundert zur Ausbildung, aber sie findet heute noch ihre Anhänger in schutzzöllnerischen Kreisen, die z. B. ein höchst bedenkliches Zeichen in der passiven Handelsbilanz Deutschlands sehen, das 1910 für 9000 Millionen Mark Waren einführte, aber nur für 7000 Millionen ausführte, also nach der Logik der Handelsbilanz um zwei Milliarden ärmer wurde.

Im allgemeinen hat aber die Lehre von der Handelsbilanz doch sehr an Kredit verloren, mehr als uns gerechtfertigt erscheint. Heute ist sie durch die Tatsachen ad absurdum geführt, das beweist aber keineswegs, daß sie zur Zeit ihrer Entstehung nicht berechtigt war. Sie entsprach einer Periode, in der die verschiedenen Staaten einander noch als unabhängige Warenproduzenten gegenüberstanden, die kapitalistische Herrschaft der einen über die anderen noch wenig entwickelt war, in der jede Ware, die man vom Ausland empfing, auch bezahlt werden mußte. Das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung besteht dagegen darin, daß der Kapitalist Mehrwert einsteckt, den er nicht bezahlt. Das gilt für das Verhältnis des Kapitalisten zum Lohnarbeiter, es gilt aber auch für das Verhältnis von Staaten untereinander, wenn der eine dem anderen als Kapitalist gegenübersteht. Der kapitalistische Staat wird dann von den anderen Waren erhalten, die er nicht bezahlt, zu deren Bezahlung er also keine Waren zu verkaufen, auszuführen braucht. Durch den Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr wird er nun nicht ärmer, sondern reicher; die sogenannte ungünstige, passive Handelsbilanz wird nun zum Maßstabe seiner Ausbeutung des Auslandes.

Um die Darstellung nicht zu komplizieren, sehen wir ab von dem Einfluß der Frachtspesen, sowie der Ungenauigkeiten bei den statistischen Aufnahmen, die bei den Handelsbilanzen auch eine Rolle spielen.

Unter den Ländern, die eine solche Fülle von Kapitalien angehäuft haben, daß diese nicht vollständig in der Heimat ein Unterkommen finden, die also eine stets wachsende Menge von Kapitalien ins Ausland schicken, steht in erster Linie

England. Ungeheure Summen englischen Kapitals sind in Staatsanleihen der Kolonien und fremder Staaten sowie in auswärtigen Aktiengesellschaften angelegt; daneben besitzen zahlreiche einzelne Kapitalisten Unternehmungen industrieller oder kommerzieller Natur im Ausland. Alle die Zinsen, Dividenden und Unternehmergewinne, die daraus erwachsen, fließen als Edelmetall oder als Zahlungsanweisungen nach England und werden dort zum Teil zum Ankauf von ausländischen Waren benutzt. Der dadurch erzeugte Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr wäre noch größer, wenn nicht auch jahraus, jahrein von dem neu aufgespeicherten Kapital wieder ein Teil zur Anlage in Staatspapieren, Aktien, privaten Unternehmungen ins Ausland flösse, ebenfalls meist als Zahlungsanweisungen, die zum Teil wieder benutzt werden, englische Waren für das Ausland zu kaufen. Weder die Einfuhr noch die Ausfuhr Englands würden ihre jetzige Höhe erreichen, ohne den ständigen Kapitalienexport, ohne die stets wachsende ökonomische Ausbeutung des Auslands durch englisches Kapital.

In nicht so hohem, aber in stets wachsendem Maße gilt dies auch von den andern alten kapitalistischen Ländern. Gerade die reichsten unter ihnen haben daher ständig sogenannte passive Handelsbilanzen.

Es betrug im Spezialhandel (ohne Edelmetalle) der Betrag (in Millionen Mark) der

		Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr
Großbritannien	1910 . . .	11723	8784	2939
Frankreich	1910 . . .	5408	4805	603
Belgien	1910 . . .	3412	2726	686
Niederlande	1909 . . .	5284	4163	1121
Schweiz	1910 . . .	1371	957	414

Die jüngste Zahl für Deutschland haben wir oben gegeben. Hier sei nur noch darauf hingewiesen, daß gerade in der letzten Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, in der Deutschland entschieden reicher geworden ist, seine Handelsbilanz immer passiver wurde.

Sie stellte sich folgendermaßen dar (in Millionen Mark):

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr
1902	5631	4678	953
1903	6003	5105	898
1904	6354	5223	1131
1905	7129	5732	1397
1906	8022	6359	1663
1907	8747	6845	1902
Prozentuelle Steigerung 1902—1907	55,3	46,3	100

Die Ausfuhr ist also nicht so schnell gewachsen wie die Einfuhr, was wesentlich dem Umstand zuzuschreiben ist, daß der industrielle Aufschwung alles neuaufgehäufte Kapital in Deutschland festhielt, die Ausfuhr von Kapitalien hinderte, indes er gleichzeitig das Bedürfnis nach ausländischen Rohmaterialien steigerte.

Nun aber die Kehrseite der Medaille: Einige Staaten mit sogenannter günstiger, aktiver Handelsbilanz:

		Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr
		Millionen	Mark	
Rußland	1910 . . .	2059	2989	930
Serbien	1909 . . .	59	74	15
Britisch-Indien	1909 . . .	1767	2636	869
Aegypten	1910 . . .	489	610	121
Brasilien	1909 . . .	757	1300	543

Man sieht, wie wenig eine „günstige" Handelsbilanz zu bedeuten hat. Wir finden sie in ganz verschuldeten und vom Ausland ausgebeuteten Staaten.

Es heißt jedoch zu weit gehen, wenn man mehrfach behauptet, gerade die anscheinend günstige Handelsbilanz sei auf alle Fälle die tatsächlich ungünstige und umgekehrt. Neben den reichsten finden wir auch die ärmsten Staaten mit passiver Handelsbilanz, wie folgende Zahlen zeigen:

		Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr
		Millionen	Mark	
Portugal	1909	392	238	154
Griechenland	1909	109	81	28
Türkei	1906	577	362	215

Hier ist die passive Handelsbilanz offenbar nach der alten Theorie zu erklären — soweit sie nicht etwa auf schlechter Statistik oder auf großen Einkünften aus der Reederei beruht.

Anderseits wieder wird niemand die aktive Handelsbilanz der Vereinigten Staaten für eine tatsächlich ungünstige erklären wollen. Ihre Einfuhr betrug 1910 6396 Millionen Mark, die Ausfuhr dagegen 7182 Millionen. Zum Teil kann diese Bilanz durch das Fehlen einer ausreichenden Handelsflotte und durch starken Abfluß von Werten nach Europa als Zinsen und Dividenden aus amerikanischen Papieren in europäischem Besitz, sowie als Reisekosten amerikanischer Vergnügungsreisender im Ausland betrachtet werden. Aber das genügt allein nicht, den Ueberschuß zu erklären, der zum Teil wohl daher rührt, daß Amerika sich nach der alten Methode bereichert: dem Ausland mehr Waren zu verkaufen, als es von ihm kauft. Zu dieser alten Methode hat es allerdings auch schon begonnen, die neue zu setzen und Kapitalien im Ausland anzulegen. Dank dem „verschlechtert" sich seine Handels-

bilanz rapid. 1898 führte es noch für 5083 Millionen Waren aus und bloß für 2466 Millionen ein. Die Ausfuhr betrug das Doppelte der Einfuhr. Heute ist der Ueberschuß der Ausfuhr unbedeutend geworden. Die Ausfuhr ist in diesem Zeitraum um etwas über 2 Milliarden gestiegen, die Einfuhr um fast 4 Milliarden.

So viel steht fest: Die bloßen Zahlen der Handelsbilanz sagen uns gar nichts darüber, ob die Handelspolitik des Landes eine richtige oder eine verkehrte ist. Die Verhältnisse sind viel zu kompliziert geworden, als daß diese Bilanz einen verläßlichen Maßstab ihrer Beurteilung abgeben könnte. Die Berufung auf sie allein ist wertlos.

---

3. Das alte Schutzzollsystem.

Eine „günstige" Handelsbilanz zu erzielen, das war das Ziel aller Handelspolitik seit Jahrhunderten, und es bildet mehrfach heute noch ihr Ziel. Die handelspolitische Aufgabe bestand also darin, die Ausfuhr möglichst zu fördern, die Einfuhr zu hindern.

Wenn aber alle Staaten diese Politik verfolgten, dann mußte diese schließlich sich selbst ad absurdum führen; denn wenn allenthalben die Einfuhr gehindert ist, wird jede Ausfuhr unmöglich.

Den Ausweg aus diesem Zirkel boten die Kolonien, Landstriche, deren Einwohnerschaft wehrlos den europäischen Mächten gegenüberstand. Jeder europäische Staat, der dazu imstande war, suchte solche Landstriche zu erobern, anfangs bloß, um sie zu plündern, später auch, um sie zu einem Markt für seine Industrie zu gestalten. Die Industrie der Kolonien wurde gewaltsam niedergehalten und zerstört, damit sie gezwungen würden, alle ihre Bedürfnisse durch die Industrie des Mutterlandes — richtiger Stiefmutterlandes — zu befriedigen. Dabei erhielt dessen Kaufmannschaft das Monopol des Handels mit der Kolonie, von dem die fremden Länder ausgeschlossen wurden. Meist waren es einzelne Kaufmannsgesellschaften, denen dieses Monopol verliehen wurde.

Die natürliche Folge des gewaltsamen Ausschlusses der anderen Mächte von profitablen Märkten war der gewaltsame Widerstand dagegen — der Handelskrieg. Ebenso wie die Kolonialpolitik mit ihren Grausamkeiten, entsprang auch der Handelskrieg notwendig aus dem Streben nach einer günstigen Handelsbilanz. Die Zeit, von der wir hier handeln, ist erfüllt von solchen Kriegen, die mit dynastischen Kriegen verbunden waren oder neben ihnen einhergingen. Das Ende

eines jeden dieser Kriege aber war ein Handelsvertrag, der für den Sieger oft wichtiger wurde, als die Eroberung eines neuen Landgebiets; der ihm unter mehr oder weniger günstigen Bedingungen den Markt des besiegten Landes offen hielt oder erst eröffnete und ihm dort Vorrechte vor den anderen handeltreibenden Nationen sicherte.

Aber die Kriege jener Zeiten blieben selten auf zwei Staaten beschränkt. Die Beziehungen der europäischen Staaten zu einander waren zu innige geworden und die Veränderungen in den Machtverhältnissen zwischen zweien von ihnen berührten zu sehr die anderen, als daß diese es vermocht hätten, müßige Zuschauer zu bleiben. Die Kriege wurden nur zu leicht Weltkriege, die zu hindern, auszufechten oder beizulegen sich Staatenbündnisse bildeten.

Auch diese Allianzen wurden zur Ursache von Handelsverträgen; man erkaufte den Beistand eines Bundesgenossen durch Konzessionen auf dem Gebiete des Handels und suchte das gute politische Einvernehmen durch freundschaftliche wirtschaftliche Beziehungen zu verstärken. Handelsverträge sind seitdem ein wichtiges Mittel geworden, politische Freundschaften zu schließen und zu bekräftigen. Andererseits war kommerzielle Feindschaft ein probates Mittel, politische Feindschaft zu erregen. Und das ist bis heute so geblieben.

Keinem Staat gelang es, seinen inneren Markt völlig vom Ausland abzuschließen. Aber so weit das möglich war, strebte es jeder an. Während der internationale Handel darauf beruhte, daß jedes Land seine besonderen Spezialitäten produzierte, für die es besonders geeignet war, die die anderen nicht oder nur mit Verschwendung von Kraft und Mitteln zu erzeugen vermochten, strebte das Schutzsystem eines Landes nun danach, alles, was dieses bis dahin aus dem Ausland bezogen hatte, auf eigenem Boden zu produzieren, mochten auch die natürlichen Bedingungen dafür die ungünstigsten sein. Wenn Friedrich II. in Preußen die Zucht der Seidenwürmer einbürgern wollte, damit das Geld für die Seide nicht ins Ausland gehe, so erscheint uns das heute lächerlich; aber es entsprach vollständig der Wirtschaftspolitik seiner Zeit.

Welcher Art war nun die Industrie, die durch diese Politik gefördert wurde? Auf der einen Seite waren es Industriezweige, die Waren für die Ausfuhr produzierten, andererseits solche, die durch die Einfuhr aus anderen Ländern bedroht wurden. Waren für die Ausfuhr produzieren, heißt aber, sie in Massen über den eigenen Konsum hinaus produzieren. Die Exportindustrie ist also Masseninindustrie und strebt danach, Großindustrie zu werden. Die Produktion für die Ausfuhr bleibt nirgends auf die Dauer in den Händen von selbständigen Handwerkern; sie gerät in die Hände von Kaufleuten, welche die Handwerker von sich abhängig machen, sie in Haus-

industrielle und schließlich in Lohnarbeiter industrieller Großbetriebe (Manufakturen und Fabriken) verwandeln. Mit anderen Worten, die Produktion für die Ausfuhr wird unter der Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln naturnotwendig kapitalistische Produktion.

Andererseits ist es auch die kapitalistische Produktion des Auslandes, die durch ihre Ausfuhr die Produktion des Inlands gefährdet. Schützt man die Industrie des Inlands vor der des Auslands, so geschieht es zu dem Zwecke, jene ebenso leistungsfähig zu machen wie diese. Wie die Förderung der industriellen Ausfuhr aus dem eigenen Lande, heißt also auch der Schutz der eigenen Industrie vor der fremden nichts anderes, als Förderung der kapitalistischen Industrie.

Das war die geschichtliche Aufgabe des sogenannten Schutz- oder Protektionssystems.

Die Triebkraft des Kapitals ist aber der Profit. Die kapitalistische Industrie von Staats wegen fördern, heißt also nichts anderes, als von Staats wegen ihre Profite vermehren. Und das hat die Wirtschaftspolitik des Schutzsystems auch getan. Dazu genügte ihr nicht die Erhöhung des Profits durch den Schutzzoll. Sie gewährte den Kapitalisten auch in der Form von Prämien direkte Zuschüsse zum Profit. Endlich aber wußte sie auch meisterhaft jede Methode zu handhaben, die den Profit vergrößert durch Verminderung des Lohnes. Das Zeitalter des Schutzes der „nationalen Arbeit" ist auch das Zeitalter des Verbots und der grausamsten Verfolgung der Arbeiterkoalitionen, das Zeitalter der Lohntaxen, das heißt der gesetzlich festgesetzten Maximallöhne. Wie tief man aber die Löhne künstlich herabdrücken mochte, sie mußten doch ausreichen, die Arbeiter am Leben und arbeitsfähig zu erhalten. Das Lohnminimum hing daher von der Höhe der Lebensmittelpreise ab. Daraus folgte naturgemäß das Streben nach billigen Lebensmitteln.

Die Förderung der kapitalistischen Industrie erheischte indes nicht bloß billige Arbeitskräfte, sondern billige Produktionsmittel überhaupt, also auch billige Rohmaterialien.

Die Masse der Lebensmittel und Rohmaterialien konnte damals noch jedes Land selbst und in Fülle produzieren und tat es in der Regel auch. Diese Produktionsmittel der inländischen Industrie zu erhalten, wurde eine wichtige Sorge des Schutzsystems. Sie dem Ausland zuzuführen, hieß da nichts anderes, als dem Gegner Munition liefern. Das Gegenstück zu den Einfuhrzöllen und Einfuhrverboten für Produkte der Industrie bildeten die Ausfuhrzölle und Ausfuhrverbote für Rohprodukte und Lebensmittel.

Die dadurch erzeugte künstliche Herabsetzung der Preise landwirtschaftlicher Produkte bedrückte den Bauern oft schwer, dessen staatliche und feudale Lasten gleichzeitig wuchsen. Sie

nützte dem Arbeiter gar nichts, da ihm die Hände gebunden waren. Sie diente nur zur künstlichen Erhöhung des Kapitalprofits und vermehrte die Zahl der dem Kapital zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte durch Förderung der Expropriierung der Bauern.

Diese Unterdrückungspolitik gegen Arbeiter und Bauern des eigenen Landes bildet ebenso wie das Kolonialsystem mit seinen Greueln und die Handelskriege mit ihren Verwüstungen einen notwendigen Bestandteil des Schutzzollsystems; das Zusammentreffen dieser Bestandteile ist kein zufälliges, sondern ein in den Dingen notwendig begründetes.

Aber immerhin, eines muß man anerkennen. Das Schutzsystem — das in Wirklichkeit kein bloßes System des Schutzes der eigenen Kapitalisten, sondern ebensosehr ein System des Raubes und der Plünderung des Auslands sowie der eigenen Arbeiter und Bauern war — dieses System hat seine historische Aufgabe erfüllt. Es hat maßloses Elend, maßlose Vergeudung von Kräften erzeugt, aber es hat um diesen hohen Preis die kapitalistische Produktionsweise geschaffen, jene Produktionsweise, die ihrerseits die gesellschaftlichen Produktivkräfte rasch entfaltete und das Proletariat zu einer Macht entwickelte, die bestimmt ist, in absehbarer Zeit die gewaltigste in Staat und Gesellschaft zu werden und damit einer neuen, beglückenden Gesellschaftsordnung die Wege zu bahnen.

Die nächste Wirkung seiner Schaffung der kapitalistischen Produktionsweise war aber die, daß das Schutzsystem damit seine eigene Grundlage untergrub und die Idee des Freihandels entwickelte.

---

4. Der alte Freihandel.

a) Industriestaat und Agrarstaat.

Wo die kapitalistische Industrie so stark geworden ist, daß sie die Grundlage des ganzen wirtschaftlichen Getriebes der Nation bildet, da wird das stete Wachstum der industriellen Ausfuhr eine notwendige Bedingung des wirtschaftlichen Gedeihens der ganzen Nation. Die kapitalistische Industrie ergreift alle jene Industriezweige, die dem Massenkonsum, dem Konsum der Massen dienen. Aber sie entwickelt die Massenproduktion viel rascher, als den Massenkonsum im eigenen Lande; und ununterbrochen wachsen in immer rascherem Maße die Mengen der neuangehäuften Kapitalien, die nach industrieller Betätigung verlangen, einerseits die alten

Industriezweige ausdehnen und umwälzen, immer produktiver gestalten, und andererseits neue Industriezweige der Massenproduktion zuführen. So erzeugt die kapitalistische Produktionsweise von einer gewissen Höhe ihrer Entwickelung an einen wachsenden Ueberschuß von Produkten über den Verbrauch auf dem inneren Markte, der nach einem Abfluß sucht.

Das Wachsen der industriellen Ausfuhr war bei unentwickelter kapitalistischer Produktion auch schon von Bedeutung als Quelle wachsenden Reichtums und wachsender Macht. Bei entwickelter kapitalistischer Produktion wird es zu einer Lebensfrage für die gesamte Gesellschaft.

Wo aber die kapitalistische Produktionsweise so weit entwickelt ist, da reicht — wenigstens in alten Kulturländern, und von denen handeln wir zunächst, nicht etwa von Rußland und Amerika, sondern von Frankreich, Deutschland, und in diesem Kapitel vornehmlich von England — die innere Produktion von Lebensmitteln und Rohmaterialien bald nicht aus, die Bedürfnisse der Massenproduktion zu decken. Nicht nur werden die Rohmaterialien derselben mit der Entwickelung des Handels und der Technik immer mannigfaltiger und es wächst die Menge derselben, die nur unter fremden Klimaten gedeihen — etwa Baumwolle und Seide. Auch die Menge der Lebensmittel und Rohmaterialien, die im eigenen Lande gewonnen werden, wird zu knapp, um die von der wachsenden industriellen Produktion erheischten Massen von Industriearbeitern zu ernähren und die Produktion im Gange zu halten. Die Grundrente steigt und verteuert die landwirtschaftliche Produktion. Die Landbevölkerung strömt der Industrie zu, der Landwirtschaft beginnen die Arbeitskräfte zu mangeln. Der Getreidebau und die Viehzucht dehnen sich daher nicht so schnell aus, wie die industrielle Bevölkerung; in der Viehzucht wieder überwiegen immer mehr Fleisch- und Milchproduktion, die Produktion von Wolle z. B. nimmt in den Industrieländern direkt ab, während die Nachfrage danach wächst.

Auf dem jetzigen Gebiet des Deutschen Reichs zählte man anfangs der sechziger Jahre noch 28 Millionen Schafe, 1907 nur noch 7 700 000.

Dies eine Beispiel, das sich leicht durch unzählige vermehren ließe, genügt, zu zeigen, daß ein altes Kulturland entwickelter kapitalistischer Produktionsweise ebensowenig ohne starke Einfuhr von Lebensmitteln und Rohmaterialien, wie ohne Ausfuhr von Industrieprodukten bestehen kann.

In England wurden die feudalen Fesseln bereits im 17. Jahrhundert abgeschüttelt. Aber der Grundbesitz verlor dabei nicht seine politische Macht, wie später in der Revolution Frankreichs, sondern er bewahrte sie in einer neuen, der kapitalistischen Profitmacherei angepaßten Form. Dies führte zunächst zu einer Variation des Merkantilismus. Zum Schutz-

zoll auf Industriewaren gesellte sich nun der auf Lebensmittel. Schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurden in England Getreidezölle (1670) und Prämien für die Ausfuhr von Getreide (1689) eingeführt. Diese letzteren förderten eine Zeitlang sehr die Ausfuhr. Aber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts überwog schon bei rasch wachsender Industrie die Einfuhr von Getreide. Um ihr zu begegnen, wurde schließlich im Jahre 1815 die Weizeneinfuhr direkt verboten, wenn das Quarter Weizen unter 80 Schilling (= 36 Mk. für 100 Kilogramm) stand. In Frankreich kam es zur Ergänzung des industriellen Schutzsystems durch Lebensmittelzölle erst nach den Napoleonischen Kriegen. Aber diese Ausdehnung des Schutzsystems war nur der Vorbote seiner Ueberwindung.

In England, wo die kapitalistische Industrie zuerst zur Herrschaft gelangte, empfanden die industriellen Klassen auch zuerst den Schutzzoll als eine Fessel. Seine Industrie bedurfte, dank ihrer Uebermacht auf dem Weltmarkt, keines Schutzes mehr; die landwirtschaftlichen Schutzzölle aber beengten sie immer mehr und mehr. Einmal dadurch, daß sie die Arbeitslöhne und die Preise der Rohmaterialien höher hielten, als sie sonst gewesen wären, dann aber auch dadurch, daß sie denjenigen Ländern, die landwirtschaftliche Produkte ausführten und industrielle einführten, also gerade Englands besten Kunden, die Lust und auch die Mittel nahmen, Englands Produkte zu kaufen. Denn diese Länder konnten Industrieprodukte doch nur kaufen, wenn sie das Geld dazu hatten; dieses erlangten sie aber nur, wenn sie ihre Rohprodukte verkaufen konnten, dieselben, die Englands Industrie brauchte. Die Eröffnung des englischen Marktes für die auswärtigen Rohprodukte war also nach allen Seiten hin eine Lebensbedingung für die Entwickelung der englischen Industrie. Sie schien aber auch vorteilhaft für die anderen Länder. Je mehr diese ausführten, je reicher sie wurden, desto mehr von Englands Produkten konnten sie kaufen.

Also internationale Harmonie, keine Handelseifersucht mehr, keine Handelskriege, Friede und Eintracht zwischen den Nationen, aufgebaut auf der internationalen Arbeitsteilung!

Wie Ausfuhr und Einfuhr wurde diese eng damit zusammenhängende internationale Arbeitsteilung jetzt zu einer Grundlage des ganzen kapitalistischen Systems, das ohne sie nicht bestehen kann, sobald es einmal die Höhe erreicht hat, die England in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erklommen.

Aber diese internationale Arbeitsteilung ist ganz anderer Art, als die urwüchsige, auf die wir im Eingang unserer Schrift hingewiesen. Die urwüchsige internationale Arbeitsteilung beruht auf natürlichen Unterschieden, auf Unterschieden

der geographischen Lage, der Bodengestaltung, des Bodenreichtums usw. Diese Art Arbeitsteilung verschwindet nicht, sie bildet stets eine Grundlage des internationalen Handels. Die neue internationale Arbeitsteilung, die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlich ist, ersteht neben der ersteren, sie ist nicht natürlicher, sondern s o z i a l e r N a t u r. Sie ist die Arbeitsteilung zwischen landwirtschaftlicher — das Wort im weitesten Sinne genommen — und industrieller Tätigkeit. Diese Arbeitsteilung ist unter jedem Klima möglich, im Gebirge und in der Ebene, im Binnenland und an der Seeküste, in reichen und armen Ländern. Ihre erste Form findet sie in der alten, heute allenthalben verbreiteten Arbeitsteilung von S t a d t und L a n d. Die kapitalistische Produktionsweise reproduziert diese Arbeitsteilung in riesenhaftem Maßstabe auf internationalem Gebiet; sie weist einzelnen Staaten die wirtschaftlichen Aufgaben der Stadt zu und anderen die des flachen Landes.

Man sieht, diese Art internationaler Arbeitsteilung ist eine ganz andere als die urwüchsige. Man muß beide streng auseinanderhalten, wenn man das Wesen des modernen internationalen Handels klar erfassen will, der auf beiden Arten beruht, von denen aber jede eine verschiedene Entwickelung durchläuft. Vor allem unterscheiden sie sich dadurch, daß die eine Art Arbeitsteilung und Handel, weil auf natürlichen Ursachen beruhend, unvergänglich ist, solange es verschiedene Nationen und einen Verkehr zwischen diesen gibt. Die andere dagegen beruht auf vergänglichen sozialen Grundlagen, mit denen sie vergehen muß.

Aber wie groß auch die Unterschiede der beiden Arten von Welthandel sein mögen, eines haben sie gemein: sie gedeihen am besten bei F r i e d e n und F r e i h a n d e l.

Man hat die Friedensillusionen der Freihändler mit billigem Spott überhäuft. Der Sozialdemokratie war es nie ein Geheimnis, daß der Freihandel nicht ausreiche, die ökonomischen Gegensätze unter den Nationen auszurotten. Wir werden noch sehen, wie die kapitalistische Entwickelung immer wieder neue Gegensätze erzeugt. Aber zugeben muß man, daß wenigstens vorübergehend der Freihandel sich als ein Mittel des Friedens erwiesen hat. In den wenigen Jahrzehnten, in denen er herrschte, hat Europa zahlreiche große Kriege gesehen, aber es waren keine Handelskriege, sondern nationale Kriege, Kriege um die Selbständigkeit und die Zusammenfassung geknechteter und zersplitterter Nationen. Die koloniale Expansionspolitik schlief unter seinem Regime völlig ein. Und ebenso ist es sicher, daß er der ökonomischen Entwickelung einen mächtigen Anstoß gegeben hat.

Der Export Englands hatte in den fünfundzwanzig Jahren von 1821 bis 1845 zusammen 20 Milliarden Mark betragen;

1846 siegte der Freihandel; in den zwanzig Jahren von 1855 bis 1874 betrug der Export 67 Milliarden.

Der jährliche Wert der Ausfuhr britischer Produkte betrug durchschnittlich

1811—1820	1029 Millionen Mark,
1841—1850	1147 " "
1854	1943 " "
1872	5120 " "

b) Der Freihandel in England. Haltung der Arbeiter.

Trotzdem bedurfte es eines gewaltigen Kampfes, um den Freihandel in England zum Siege zu bringen. Der Kampf um ihn wurde einer der leidenschaftlichsten Klassenkämpfe, welche die Geschichte gesehen, ein Kampf, der England bis an den Rand der gewaltsamen Revolution führte.

Die beiden kämpfenden Parteien waren die Fabrikanten, die nach dem Freihandel riefen, um ihre Profite zu erhöhen, und die Grundbesitzer, die verzweifelt für die landwirtschaftlichen Schutzzölle fochten, um ihre Grundrenten hochzuhalten.

Beide Teile aber appellierten an die neue Macht, die mit der Fabrikindustrie aufgekommen war, die industrielle Arbeiterschaft.

Welche Haltung hatte diese einzunehmen?

Für den Schutzzoll eintreten, hieß jetzt für die Privilegien des Grundbesitzes eintreten, für die künstliche Verteuerung der Lebensmittel und Rohstoffe. Das konnte das Proletariat unmöglich, wollte es sich nun auf den Produzenten- oder den Konsumentenstandpunkt stellen. Theoretisch mußten die Arbeiter Englands sich für den Freihandel entscheiden; aber das besagte noch lange nicht, daß sie sich nun für ihn energisch ins Zeug legten. Diejenigen, die für den Freihandel eintraten, waren dieselben Fabrikanten, mit denen sie tagaus, tagein die grimmigsten Kämpfe um Lohn, um Arbeitszeit auszufechten hatten, dieselben Fabrikanten, die alles aufboten, die Arbeiterklasse herunterzudrücken, die den Freihandel forderten, um die Löhne noch weiter herabsetzen zu können, die dem Proletariat hartnäckig das einzige Mittel verweigerten, das es vor dem physischen Ruin retten konnte: den gesetzlichen Normalarbeitstag. Im Namen desselben Prinzips der ökonomischen Freiheit, des laissez faire, in dem sie den Freihandel forderten, bekämpften die Fabrikanten den gesetzlichen Arbeiterschutz. Diesen zu erkämpfen war die nächste, die wichtigste Aufgabe der Proletarier; bei dem Kampfe für ihn fanden sie am ehesten Hilfe bei den Gegnern des Freihandels, wenigstens bei den jüngsten und modernsten derselben.

Diese eigenartige Stellung der Arbeiterschaft fand ihren Ausdruck darin, daß gerade die entschiedensten Vorkämpfer des

Proletariats alle seine Kräfte auf den Kampf um den Arbeiterschutz zu konzentrieren und vom Kampf um den Freihandel abzulenken suchten. Der letztere, erklärten sie, sei ein häuslicher Zwist innerhalb der Bourgeoisie, ein Kampf zweier Ausbeuterklassen untereinander, an dem das Proletariat kein Interesse, bei dem es nichts zu gewinnen habe.

Die Logik der Tatsachen drängte jedoch sowohl zum Freihandel wie zum Arbeiterschutz. Das Jahr 1846 sah den Sieg des ersteren, das folgende Jahr brachte den Arbeitern Englands mit Hilfe der über ihre Niederlage wütenden Schutzzöllner den Zehnstundentag.

Damit war die Bahn für die moderne Entwickelung Englands eröffnet.

Bald folgte der Staat, der nächst England am weitesten ökonomisch entwickelt war, Frankreich.

c) Der Freihandel in Frankreich. Der Handelsvertrag von 1860 und die Meistbegünstigung.

Derselbe Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft, wie in England, hatte sich im 18. Jahrhundert auch in Frankreich herausgebildet. Aber in Frankreich war es die Landwirtschaft, die unter dem Schutzsystem litt, welches im Interesse der Industrie die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte verbot. Wurde die französische Landwirtschaft vor allem durch die feudalen Fesseln beengt, so teilweise auch durch diese Ausfuhrverbote. Dem Merkantilsystem, dem System des staatlichen Industrieschutzes, stellte sich ein neues wirtschaftliches System, das physiokratische entgegen, das die ganze Gesellschaft vom Standpunkt der Landwirtschaft betrachtete, nur die landwirtschaftliche Arbeit für Mehrwert bildend und neuen Reichtum erzeugend erklärte, und die Befreiung von den feudalen Fesseln, wirtschaftliche Freiheit und Freihandel im Interesse der Landwirtschaft forderte, zur selben Zeit, in der die englischen Nationalökonomen die gleichen Forderungen im Interesse der Industrie aufstellten.

Die Niederwerfung der feudalen Schranken durch die französische Revolution und der Napoleonische Industrieschutz, der seinen Höhepunkt in der Kontinentalsperre erreichte, brachten die französische Industrie zu solcher Entfaltung, daß sie einer stets wachsenden Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen bedurfte.

Dies führte zunächst zu einem Zollschutz der Landwirtschaft, der von 1819 an den industriellen Zollschutz ergänzte. Aber je mehr die französische Industrie erstarkte, desto unbequemer wurden ihr vielfach die Hemmnisse der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen. Eine freihändlerische Agitation begann seit den dreißiger Jahren einzusetzen, die noch verstärkt

wurde, als die günstigen Folgen des Freihandels für Englands industrielle Entwickelung zutage traten. Diese Strömung wurde noch unterstützt durch politische Erwägungen, die zu einer Annäherung Englands an Frankreich führten. So kam es 1860 zu dem berühmten, epochemachenden Handelsvertrag zwischen England und Frankreich, in dem England auf den Rest seiner Schutzzölle verzichtete, seine Finanzzölle auf Spirituosen ermäßigte und Frankreich seine sehr hohen Schutzzölle für die englische Einfuhr erheblich herabsetzte. Dieser Handelsvertrag führte noch nicht zu einem völligen Freihandel, aber zu einem ihm sehr nahestehenden gemäßigten Schutzzoll.

Außer durch seine ungemein ermäßigten Zollsätze zeichnete sich dieser Handelsvertrag noch durch zwei Eigentümlichkeiten aus. Während die Engländer die Sätze, die sie Frankreich bewilligten, ohne weiteres auch allen anderen Nationen zugestanden, behielt Frankreich für alle jene Nationen, die keinen Handelsvertrag mit ihm abschlossen, den alten Tarif bei. Dieser Tarif war der allgemeine, Generaltarif, neben dem nun für die einzelnen Handelsvertragsländer ermäßigte Vertragstarife, Konventionaltarife traten. Dadurch wurden alle Länder gedrängt, mit Frankreich Handelsverträge abzuschließen, indem sie gegen Gewährung von Begünstigungen Zollermäßigungen für sich eintauschten.

Außerdem aber enthielt der Handelsvertrag zwischen England und Frankreich die Klausel der meistbegünstigten Nation, das heißt, jeder der beiden Kontrahenten verpflichtete sich, jede besondere Begünstigung, die der eine einem dritten Staat zugestehen sollte, dadurch ohne weiteres dem anderen Kontrahenten zuteil werden zu lassen. Jede neue Zollermäßigung, die Frankreich in einem folgenden Handelsvertrag etwa Belgien oder Deutschland zugestand, wurde damit ohne weiteres auch England zuteil.

Beide Maßregeln, die Beibehaltung des Generaltarifs für Länder, die keinen Vertrag schließen wollten, wie die Klausel der meistbegünstigten Nation, haben viel dazu beigetragen, daß das System von Handelsverträgen mit gemäßigten, immer mehr sinkenden Schutzzöllen rasch um sich griff.

Wie die Industrie Englands wurde auch die Frankreichs dadurch mächtig angeregt. Neben der Erleichterung der Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln und der Erleichterung der Auffindung neuer Märkte für seinen Ueberschuß an Industriewaren wirkte dahin namentlich die Stabilität, welche die Handelsverträge in die wirtschaftlichen Verhältnisse brachten.

Wo ein autonomer Zolltarif herrscht, das heißt, wo der Zolltarif durch keinerlei Verträge mit fremden Nationen gebunden wird, ist er steten Schwankungen ausgesetzt.

Jede Neuwahl, jeder Ministerwechsel, jede neue politische Laune kann den Zolltarif ändern und damit die Einfuhrverhältnisse auf den Kopf stellen. Noch weniger Sicherheit bieten dem Lande mit einem autonomen Zolltarif aber die Zollverhältnisse der andern Länder, nach denen es ausführt. Auch deren Zölle sind durch keinen Handelsvertrag gebunden und können jeden Moment nach Belieben geändert werden. Rücksichten auf die Industrie des importierenden Landes werden dabei die geringste Rolle spielen. So setzt der autonome Zolltarif Einfuhr wie Ausfuhr beständiger Unsicherheit aus, welche wahrlich unerträgliche Zustände dann zeitigt, wenn die Zollautonomie zum Zollkrieg führt, das heißt, dann, wenn das eine Land seine Zölle einem andern gegenüber einseitig übermäßig erhöht, um die Einfuhr aus diesem möglichst zu erschweren und ihm dadurch solchen Schaden zuzufügen, daß es sich zu Konzessionen herbeiläßt. Da das angegriffene Land mit Gegenmaßregeln antwortet, führt der Krieg zur zeitweisen Einschränkung, ja mitunter Aufhebung des gegenseitigen Handelsverkehrs, worunter gerade die zu schützende Industrie am meisten leidet.

Wovor sie vor allem zu schützen ist, das sind unvorhergesehene Zwischenfälle. Die moderne Industrie ist höchst anpassungsfähig, sie hat gezeigt, daß sie selbst einer ziemlich unzweckmäßigen Handelspolitik zum Trotz sich zu entfalten weiß. Aber gegen plötzliche Störungen ist sie ungemein empfindlich; was sie vor allem braucht, das ist Stetigkeit der Verhältnisse. Und gerade die bringen ihr langfristige Handelsverträge.

Der Abschluß solcher ist zu einer Lebensbedingung für die Industrie geworden.

d) Der Freihandel in Deutschland, der Zollverein, die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterschaft.

Die glänzenden Erfolge der englischen und französischen Handelspolitik drängten bald auch die übrigen Länder Westeuropas, deren Industrie bereits so weit war, einen hohen Zollschutz zur Not entbehren zu können, zum Abschluß von Handelsverträgen. Freilich noch sehr oft gegen den Willen der industriellen Kapitalisten. Die Haupttriebkraft des Freihandels war in Deutschland und Oesterreich neben den Ideologen und den Kaufleuten der Lebensmittel exportierende Großgrundbesitz — in Oesterreich die ungarischen Magnaten, die das Jahr 1866 zu den Beherrschern der dualistischen Monarchie machte, in Preußen früher schon die ostelbischen Junker.

Die deutsche Handelspolitik hatte bereits früh mit dem Hochschutzzoll gebrochen. Die territoriale Zerrissenheit machte es unmöglich, sobald Industrie und Handel entwickelt waren, jedes Ländchen mit einer Zollinie zu umgeben. Nur Oesterreich war

dazu imstande und tat es auch. Indem es sich aber durch hohe Schutzzölle von dem übrigen Deutschland abschloß, trennte es sich bereits wirtschaftlich von dem Deutschen Reiche, ehe es noch durch die Gewalt der Waffen aus ihm ausgeschlossen worden war.

Der nächstgrößte Staat Deutschlands, Preußen, zerfiel aber vor 1866 in mehrere getrennte Teile und umschloß so viele selbständige Fürstentümer, daß er für sich allein nicht gut ein eigenes Zollgebiet bilden konnte. Wenn Oesterreichs Zollpolitik es von Deutschland abschloß, so mußte die preußische Zollpolitik naturgemäß dahin trachten, die anderen deutschen Länder — zunächst wenigstens die angrenzenden norddeutschen — mit den eigenen in einem Zollverein zusammenzufassen, der so die wirtschaftliche Grundlage des neuen Deutschen Reichs wurde, das nach 1866 und 1870 politisch aus ihr erwachsen sollte.

Nachdem Zolleinigungen mit einzelnen Ländern vorangegangen waren (1819 zuerst mit Schwarzburg-Sondershausen), waren 1833 endlich die wichtigsten außerösterreichischen Staaten des deutschen Bundes im preußisch-deutschen Zollverein zusammengefaßt. In ihm herrschte Preußen, in Preußen aber herrschten die Junker, die bis in die siebziger Jahre hinein Getreide und Vieh ausführten und deren bester Kunde England war. Sie schworen auf die Harmonie der Interessen zwischen ostelbischer Junker- und englischer Fabrikantenherrlichkeit. Aber auch die preußische Regierung selbst fand einen stets wachsenden Grund zu freihändlerischer Stimmung in dem politischen Gegensatz zu Oesterreich. Dieses suchte, sobald es merkte, wie der Zollverein die kleinen deutschen Staaten an Preußen anschloß, einen Zollverein zu schaffen, der ganz Deutschland und Oesterreich umfassen sollte. Das war für die deutschen Industriellen eine höchst verlockende Aussicht. Aber Oesterreich hätte den Verein nur geschaffen auf hochschutzzöllnerischer Grundlage. Je mehr der Zollverein dem Freihandel zuneigte, um so schwieriger wurde seine Verständigung mit Oesterreich. Grund genug für die preußische Regierung, freihändlerisch zu sein.

Aber auch in der deutschen Bourgeoisie, die 1848 noch stark schutzzöllnerisch gewesen war, begann im Laufe der fünfziger Jahre die Idee des Freihandels populär zu werden. Ein Teil der Industrie, namentlich in Sachsen, war bereits so weit, daß die stete Erweiterung der industriellen Ausfuhr eine Lebensfrage für sie wurde, daß der Zollschutz anfing, sie zu genieren. Das Beispiel des industriellen Aufschwungs Englands seit der Einführung des Freihandels lockte zur Nachahmung. Die Lehre von der Handelsfreiheit kam aber auch nicht für sich allein von England nach Deutschland, sondern als Teil eines ökonomischen Systems der vollsten wirtschaftlichen Ungebun-

denheit, des sogenannten Manchestersystems, das neben dem Freihandel auch Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Aufhebung aller feudalen und bureaukratischen Bevormundung verlangte, also gerade jene Forderungen aufstellte, deren Durchführung eine dringende Notwendigkeit geworden war.

Die Fabrikanten, namentlich in West- und Süddeutschland, blieben zwar in der Mehrheit schutzzöllnerisch, sie kamen aber gegen diese wachsenden freihändlerischen Einflüsse nicht auf.

Und die Arbeiter? Ihre Haltung in dem Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll war ähnlich jener der englischen Chartisten in den vierziger Jahren. Gleich der Mehrzahl der Fabrikanten waren sie vielfach der Ansicht, daß die deutsche Industrie noch des Schutzzolls bedürfe. Aber sollten sie zu seiner Verteidigung energisch ins Zeug gehen? Aus denselben Gründen, aus denen sich die englischen Arbeiter für den Freihandel nicht begeistert hatten, standen die deutschen dem Schutzzoll mit ziemlicher Gleichgültigkeit gegenüber. Sollten sie ihre beste Kraft dafür einsetzen, ihren Ausbeutern, diesen Blutsaugern, die Profite erhöhen zu helfen? Unter denselben Leuten, die den Schutz der Industrie forderten, waren die heftigsten Gegner des Arbeiterschutzes zu finden; dagegen kamen, wie in England, gerade aus dem Lager der konservativen Agrarier Arbeiterfreunde, wie Rodbertus und sein Schüler Rudolf Meyer, die ein warmes Herz für den Arbeiter hatten, das Eintreten des Staates zu seinen Gunsten forderten, ja sogar eine Art Sozialismus ausarbeiteten.

Wir wissen aber bereits, daß die Agrarier damals in Deutschland Freihändler waren.

Angesichts dieses Zwiespaltes konnten die Arbeiter nur schwer eine Entscheidung zwischen den kämpfenden Parteien treffen. Sie halfen sich damit, gerade so wie früher in England, in dem Kampf einen Bruderzwist der herrschenden Klassen zu sehen, der die Arbeiter wenig anging. Das zeigte sich noch deutlich in der Resolution des Gothaer Sozialistenkongresses von 1876. Sie lautete:

„Der Kongreß erklärt, daß die Sozialisten Deutschlands dem innerhalb der besitzenden Klassen ausgebrochenen Kampf zwischen Schutzzoll und Freihandel fremd gegenüberstehen; daß die Frage, ob Schutzzoll oder nicht nur eine praktische Frage ist, die in jedem einzelnen Falle entschieden werden muß; daß die Not der arbeitenden Klassen in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen wurzelt; daß aber die bestehenden Handelsverträge seitens der Reichsregierung ungünstig für die deutsche Industrie abgeschlossen sind und eine Aenderung erheischen; daß endlich die Parteipresse aufzufordern ist, die Arbeiter davor zu warnen, für die unter dem Verlangen nach Schutzzoll eine Staatshilfe erstrebende Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen.“

Diese Resolution vermeidet ängstlich jede Parteinahme für den Schutzzoll oder den Freihandel nicht nur im allgemeinen, sondern auch für den gegebenen Moment; sie erklärt sich gegen die Handelsverträge, offenbar, weil sie zu freihändlerisch erschienen, warnt aber die Arbeiter, sich der schutzzöllnerischen Propaganda anzuschließen. Die Sozialdemokratie steht dem Kampf zwischen Freihandel und Zollschutz „fremd", das heißt wohl gleichgültig gegenüber.

Daß dies zutraf, bewies auch die Behandlung der Resolution, die nicht nur keine Diskussion veranlaßte, sondern nicht einmal recht zur Abstimmung kam. Im Kongreßprotokoll heißt es über diese und zwei andere Resolutionen bloß:

„Most verliest folgende Resolutionen, welche vom Kongreß zustimmend aufgenommen werden."

Die Resolution und ihre Aufnahme entsprach ganz den damaligen Verhältnissen. Aber man würde Unrecht tun, daraus Schlüsse auf die Haltung der Sozialdemokratie in der Gegenwart zu ziehen. Die Verhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten völlig verändert.

Entschiedene Schutzzöllner waren von den fünfziger Jahren bis in die siebziger Jahre hinein in Deutschland nur die rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen und die süddeutschen Baumwollspinner. Ihre Kraft reichte nicht aus, der freihändlerischen Strömung Widerstand zu leisten, die seit dem Abschluß des französisch-englischen Handelsvertrages von 1860 unwiderstehlich wurde.

1862 kam ein Handelsvertrag des Zollvereins mit Frankreich zustande, der 1865 in Kraft trat und erhebliche Zollermäßigungen brachte. Aber dabei blieb man nicht stehen, rasch folgte eine Zollermäßigung der anderen.

Die Eisenzölle geben ein klares Bild der Wandlungen der Handelspolitik des Zollvereins. Es lag pro 100 Ko. ein Zoll auf:

Seit	Roheisen	Grobe Eisenwaren	Feine Eisenwaren
	Mk.	Mk.	Mk.
1839 . . .	frei	36	60—300
1845 . . .	2	36	60—300
1865 . . .	1,50	8—16	24—60
1868 . . .	1	8—16	24—60
1870 . . .	0,50	8	24—60
1873 . . .	frei	5	24—60
1877 . . .	frei	frei	24—60

Außer den schon gekennzeichneten Ursachen, die dem Freihandel in Deutschland günstig waren, trug zu dieser fortschreitenden Ermäßigung der Zölle auch noch der Umstand bei, daß sie von einem bedeutenden industriellen Aufschwung begleitet wurde, der schließlich den Freihandel selbst einem Teil der ehedem schutzzöllnerischen Industriellen annehmbar machte.

„Die in dem deutschen Handelstag vertretenen Handelskammern," sagt Lotz (die Ideen der deutschen Handelspolitik), „brachten deutlich genug zum Ausdruck, daß nicht nur in kaufmännischen, sondern auch in industriellen Kreisen die Befriedigung über die Erfolge der bisherigen freihändlerischen Politik im Steigen begriffen war. In jener Zeit (1868) entsandte solch ein Mittelpunkt der Eisenindustrie, wie Dortmund, einen Freihändler ins Parlament."

Die Eisenindustrie litt auch durchaus nicht unter der steten Verringerung der Zollsätze. Die Roheisenproduktion des Zollvereins betrug 1864 905 Millionen Ko.; sie stieg stetig bis 1869 auf 1413 Millionen Ko., sank dann im Kriegsjahr 1870 auf 1391 Millionen Ko., um sodann in raschem Emporschnellen 1873 2241 Millionen Ko. zu erreichen. Sie hat sich im ersten Jahrzehnt des Freihandels mehr als verdoppelt.

Wenn die Industrie Deutschlands imstande war, sich in einem verhältnismäßig jungen Stadium unter dem Freihandel nicht bloß zu behaupten, sondern zu glänzender Blüte zu entwickeln, so verdankt sie dies vor allem ihrer Arbeiterschaft.

Die Arbeiter, das ist jener Faktor der Produktion, der von den neueren Schutzzöllnern bei der Beurteilung der Konkurrenzfähigkeit einer Industrie am wenigsten in Betracht gezogen wird, und der doch der wichtigste ist. Die reichsten Kohlen- und Eisenschätze, die glücklichste geographische Lage, alles das nützt sehr wenig, wenn man nicht über intelligente, leistungsfähige Arbeiter verfügt, die imstande sind, das Rohmaterial zu verarbeiten, die vorhandenen Produktivkräfte anzuwenden.

Rußland hat alle natürlichen Bedingungen einer starken, kapitalistischen Industrie: Kohle, Eisen, Holz, billige Lebensmittelpreise, zahlreiche Arbeitskräfte; auch an Kapitalien fehlt es ihm in letzter Zeit nicht, da England, Frankreich, Belgien, Deutschland ihm ihren Ueberfluß zur Verfügung stellen. An Zollschutz und sonstigen Ermunterungen der Regierung wird das Höchste geleistet, die Industrie entwickelte sich auch eine Zeitlang rapid, aber sie ward nur groß, nicht stark, sie kam der Konkurrenzfähigkeit auf dem offenen Markt nur langsam, wenn überhaupt, näher.

Die Hauptschuld daran dürfte die Unwissenheit und geringe Leistungsfähigkeit des russischen Arbeiters tragen. Die Regierung hat für Volksbildung kein Geld, weil der Militarismus alle ihre Mittel verschlingt; mehr noch aber als Geld fehlt ihr der gute Wille, die Volksbildung zu heben; sie tut nicht nur nichts zu deren Gunsten, sie hemmt die Arbeiter und deren Freunde in der brutalsten Weise bei allen Versuchen, sich zu organisieren und zu bilden; denn das absolutistische System kann sich nur auf der Grundlage völliger Unwissenheit der Volksmasse behaupten.

Trotz aller seiner anscheinenden Fürsorge für die Industrie wird daher der Absolutismus das schlimmste Hindernis einer industriellen Erstarkung Rußlands, und die Hauptschuld daran trägt seine Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Auf der anderen Seite sehen wir in der Schweiz ein Land, das von der Natur wenig begünstigt ist, kein Eisen, keine Kohle, keine ausreichende Getreideproduktion hat und das aus mehrfachen Gründen, ähnlich wie Deutschland, zu keinem entschiedenen Zollschutz kommen konnte. Wenn es trotzdem eine so leistungsfähige Industrie entwickelte, so ist dies sicher der Tüchtigkeit seiner Arbeiterklasse, seiner politischen Freiheit und der lange erhaltenen Ueberlegenheit seines Volksschulunterrichts über den der Nachbarn im Osten, Westen und Süden zuzuschreiben.

Wie die Schweiz hatte auch Deutschland bis in die siebziger Jahre hinein vor seinen Konkurrenten, vor England und Frankreich, den Vorteil einer besseren Volksschule voraus. Das sicherte unseren Industriellen einen großen Vorteil, der manche Nachteile ökonomischer Rückständigkeit überwog.

Zweifelhafter war dagegen jener Vorteil, auf den sie das Hauptgewicht legten, niedere Löhne und längere Arbeitszeit.

Allerdings, insoweit die niedrigeren Löhne eine Folge billiger Lebensmittel waren, brauchten sie die Leistungsfähigkeit der Arbeiter im Verhältnis nicht herabzudrücken. In den billigeren Lebensmitteln war neben der besseren Schulbildung ebenfalls ein großer Vorteil der deutschen Industrie vor der englischen und französischen begründet.

Nach Conrad betrugen die Preise per 1000 Ko. in Mark

Jahr	Weizen				Roggen	
	England	Frankreich	Preußen alten Bestands	Differenz zwischen England und Preußen	Preußen alten Bestands	Differenz zwischen Weizen in England und Roggen in Preußen
1816—1820 . .	364,0	265,5	206,2	— 157,8	151,8	— 212,2
1821—1830 . .	266,0	192,4	121,4	— 144,6	126,8	— 139,2
1831—1840 . .	254,0	199,2	138,4	— 115,6	100,6	— 153,4
1841—1850 . .	240,0	206,6	167,8	— 72,8	123,0	— 117,0
1851—1860 . .	250,0	231,4	211,4	— 38,6	165,4	— 84,6
1861—1870 . .	248,0	224,6	204,6	— 43,4	154,6	— 93,4
1871—1875 . .	246,4	248,8	235,2	— 11,2	179,2	— 67,2

Die Weizenpreise standen also bis zu der ersten Hälfte der siebziger Jahre in England und Frankreich höher als in

Deutschland; die Differenz verschob sich noch zugunsten Deutschlands dadurch, daß dort der Roggen in der Volksernährung eine viel größere Rolle spielt, als in Frankreich und England.

Die deutschen Kapitalisten begnügten sich jedoch nicht damit, die Differenz zwischen den Lebensmittelpreisen der konkurrierenden Länder und denen des eigenen Landes auszubeuten. Sie drückten, wie allenthalben, den Lohn so tief als sie konnten, dehnten die Arbeitszeit so weit aus als möglich; weder Arbeiterschutzgesetze noch starke Arbeiterkoalitionen hinderten sie; erst 1869 wurde den Industriearbeitern das Koalitionsrecht gegeben; so konnten die deutschen Hungerlöhne und die deutschen Arbeitszeiten im Auslande sprichwörtlich werden; die englischen Fabrikanten pflegten damit ihre Arbeiter zu schrecken, wenn diese zu „begehrlich" wurden. In Wahrheit waren jedoch diese langen Arbeitszeiten und kargen Löhne kein Vorteil; die Erfahrung hat gezeigt, daß bis zu einer gewissen Höhe, die kaum schon irgendwo erreicht ist, kurze Arbeitszeit und hoher Lohn für die Kapitalistenklasse selbst profitabel sind, da sie mit der Zeit die Leistungsfähigkeit des Arbeiters unverhältnismäßig steigern, daß daher die anscheinend billigste Arbeit in Wirklichkeit die teuerste ist.

Darin lag also der tatsächliche Vorteil der deutschen Kapitalisten nicht, wohl aber in den billigeren Lebensmitteln und der besseren Schulbildung.

Neben der Volksschule trug auch das höhere Schulwesen viel zu der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie bei; es stellte dem Kapital weit mehr wissenschaftlich gebildete Kräfte zur Verfügung, als ihm anderswo zu Gebote standen. Einer der wichtigsten Industriezweige Deutschlands, die chemische Industrie, die eine nirgends erreichte Spezialität bildet, ist aus den Hörsälen und Laboratorien der Universitäten hervorgegangen.

Dank dem Zusammentreffen aller dieser Verhältnisse war die deutsche Industrie rasch so weit gelangt, erfolgreich den Kampf mit der englischen und französischen auf dem Weltmarkte aufnehmen zu können.

Die Herrschaft des Freihandels schien für immer gesichert.

Aber gerade damals, als das Deutsche Reich praktisch den vollkommenen Freihandel einführte, indem es die Zölle auf fast alle Eisenwaren aufhob, gerade damals brach die freihändlerische Herrlichkeit über Nacht zusammen.

Noch selten ist der Zusammenbruch eines ökonomischen Systems so rasch und überraschend gekommen wie dieser.

1877 fielen die Eisenzölle bis auf einen kleinen Rest völlig fort. Das Jahr 1879 bringt schon wieder ein System ausgiebiger Schutzzölle.

---

5. Der Uebergang vom Freihandel zum Schutzzoll.

a) Die politischen Gründe von Bismarcks Schwenkung.

Die Gründe, die dazu führten, daß Deutschland so plötzlich vom Freihandel zum Schutzzoll umschwenkte, sind mannigfaltige.

Die Eifersucht gegen Oesterreich, die in Preußen dem Freihandel so sehr Vorschub geleistet hatte, war durch den Krieg von 1866 gegenstandslos geworden. Der Krieg von 1870 aber hatte, dank der erzwungenen Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland eine Aera steten und immer wilderen Wettrüstens herbeigeführt. Die französischen Milliarden waren dabei bald verpulvert und neue Einnahmequellen wurden notwendig. Gegen die Erhöhung der direkten Steuern erhoben sich jedoch immer mehr die Kapitalisten und Grundbesitzer, die die Regierung beherrschten. Eine Erhöhung der indirekten Steuern mußte daher von dieser ins Auge gefaßt werden; auf der einen Seite entwickelte sie Monopolpläne, auf der anderen Seite aber strebte sie eine Erhöhung der Zölle an. Kann eine Regierung eine Steuererhöhung bemänteln, dann tut sie es. Konnte sie die neuen Zölle als Schutzzölle, als Maßregeln zum „Schutze der nationalen Arbeit", statt als Finanzzölle erscheinen lassen, dann um so besser.

Die finanziellen Bedürfnisse der Regierung machten sie daher dem Schutzzoll sehr geneigt — und was für die deutsche, galt damals für alle Regierungen des europäischen Festlandes.

Aber für den Schutzzoll sprachen noch mächtigere Faktoren.

b) Die Schwenkung der Junker zum Agrarzoll.

Die vornehmste Kraft der deutschen freihändlerischen Bewegung hatten die preußischen Junker ausgemacht, die noch 1876 durch die „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer" für den Freihandel eingetreten waren. Aber wie früher für England und Frankreich, so brachte jetzt auch für Deutschland die industrielle Entwickelung einen Zustand herbei, in dem die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aufhörte.

Die Veränderung der Verhältnisse zeigt folgende Tabelle:

Jahres-Durchschnitt	Weizen			Roggen		
	Ausfuhr aus Deutschland	Einfuhr nach Deutschland	Ueberwiegen der Ausfuhr (+) oder der Einfuhr (—) um	Ausfuhr aus Deutschland	Einfuhr nach Deutschland	Ueberwiegen der Ausfuhr (+) oder der Einfuhr (—) um
	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.	Mtr.-Ztr.
1861—70	5225000	4375000	+ 850000	1107000	2507000	— 1479600
1871 . .	5360000	4390000	+ 970000	1570000	4180000	— 2610000
1872 . .	4060000	3060000	+ 1000000	790000	5500000	— 4710000
1873 . .	3420000	3660000	— 240000	1590000	7800000	— 6210000
1874 . .	3930000	4080000	— 150000	1700000	9500000	— 7800000
1875 . .	5700000	4990000	+ 710000	1560000	7000000	— 5440000
1876 . .	3880000	6850000	—2970000	1000000	11000000	— 10000000
1877 . .	7350000	9400000	—2050000	1760000	11900000	— 10140000
1878 . .	7850000	10600000	—2750000	1960000	9450000	— 7490000

Man sieht, die seit jeher den Agrariern lästige Roggeneinfuhr aus Oesterreich und Rußland nahm seit 1873 beängstigende Dimensionen an, während von 1876 an auch die Weizenausfuhr nach England durch eine rasch steigende Weizeneinfuhr mehr als wett gemacht wurde. Und gleichzeitig sanken die Getreidepreise. Der Weizenpreis in England, der sich von 1851—1875 im Durchschnitt ungefähr auf gleicher Höhe von nahe an 250 Mark pro Tonne gehalten hatte, fiel 1876—1880 auf 206 Mark. Weniger rasch ging der Roggenpreis herunter (im alten Preußen von 179 auf 166 Mark, nach Conrad).

Derselbe Handel und dieselbe Verbesserung der Transportmittel, die den Markt für den Export europäischer Industrieartikel so sehr erweitert, hatten reichliche Produktionsstätten billigen Getreides, namentlich des Weizens in Amerika, in enge Verbindung mit den europäischen Industrieländern gebracht. Das war die naturnotwendige Folge des wachsenden industriellen Exports.

Jedoch ebenso unvermeidlich, wie das Eindringen auswärtiger Lebensmittel nach Deutschland, war es, daß die Agrarier nach dem nächstliegenden Mittel griffen, diese Invasion abzuwehren, nach dem Schutzzoll. Das war früher in England ebenso gegangen.

Was aber jetzt überraschen mußte, war die Haltung der industriellen, exportierenden Kapitalisten. In England hatten sie Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Getreidezölle los zu werden, in Deutschland stimmten sie selbst dafür. Wie war das möglich?

c) Der Uebergang vom Agrarstaat zum Industriestaat.

Nach der Theorie der bürgerlichen Freihändler war die Haltung der deutschen Industriellen am Schluß der siebziger Jahre unerklärlich, aber diese Theorie hatte ein Loch. Ihr zu Folge herrschte völlige Harmonie zwischen den Interessen des Inlands und des Auslands. Je reicher dieses, desto mehr Waren konnte es von jenem beziehen; je billiger das eine produzierte, desto besser für die Konsumenten des andern. Das war ganz richtig, aber nur unter der Voraussetzung der internationalen Arbeitsteilung zwischen Industriestaat und Agrarstaat, unter der Voraussetzung daß es nur e i n e n Industriestaat gab und die andern sich begnügten, Agrarstaaten zu bleiben. Wo zwei Industriestaaten die gleichen Waren auf den Weltmarkt warfen, traten sie einander nicht als Austauschende sondern als Konkurrenten gegenüber, hörte jeder der beiden auf, ein Interesse an dem Reichtum und an den niederen Preisen des andern zu haben.

Es war aber ein Irrtum der freihändlerischen Theorie, die Arbeitsteilung zwischen Industriestaat und Agrarstaat für eine natürliche zu halten. Sie war, wie wir schon bemerkt, eine soziale, eine vorübergehende, und zwar eine rasch vorübergehende. Denn jeder Staat hat das größte Interesse daran, ein Industriestaat zu werden.

Seitdem die Industrie sich von der Landwirtschaft losgelöst und ein selbständiges Dasein gewonnen hatte, war sie ökonomisch stets der letzteren überlegen. Und diese Ueberlegenheit steigerte sich ununterbrochen. In den Städten sammelt sich der Reichtum, entfalten sich Kunst und Wissenschaft, wird die politische Macht seßhaft. Die Landbevölkerung erkennt die Ueberlegenheit der Stadt selbst an, indem sie sich von der Scholle loslöst und ihr zueilt. Die Landflucht ist fast so alt wie das Städtewesen, wenn sie auch, ausgenommen in den Zeiten der versinkenden Gesellschaften des Altertums, nie eine solche Ausdehnung erreichte wie gegenwärtig. Das flache Land entwickelt sich ökonomisch und intellektuell nur langsam, im Vergleich zu den glänzenden Fortschritten der Stadt geht es zurück, versimpelt und verödet es; überall hat schließlich die Stadt das flache Land sich untertan gemacht.

Mit dem England der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts trat zum ersten Mal ein Staat auf, der die Arbeitsteilung von Stadt und Land auf internationalem Gebiet wiederholen wollte: er sollte die Werkstatt der Welt werden und die anderen Staaten seine Lieferanten von Lebensmitteln und Rohstoffen. Das hieß aber nichts anderes als die anderen Staaten England gegenüber auf dieselbe Stufe herabdrücken, die das flache Land gegenüber der Stadt einnahm. Für die Landwirte der anderen Staaten war diese Entwickelung vor-

teilhaft; dagegen mußten nicht bloß die Industriellen, sondern auch die weiterblickenden Politiker dort anderer Meinung sein.

Nicht internationale Arbeitsteilung zwischen Agrarstaat und Industriestaat, sondern die Ausbildung des Agrarstaats zum Industriestaat war ihre Parole. Dies nicht beachtet zu haben, das war der Fehler in dem freihändlerischen Gedankengang.

Allerdings glauben die spärlichen Reste des bürgerlichen Freihändlertums, die noch heute übrig geblieben sind, daß die internationale Interessenharmonie nicht bloß zwischen Agrarstaat und Industriestaat, sondern auch zwischen Industriestaat und Industriestaat bestehe.

Nach folgenden Staaten war die Ausfuhr aus dem Deutschen Reiche am größten:

Staat	Betrag der Ausfuhr Millionen Mark		Prozent der Gesamtausfuhr	
	1902	1910	1902	1910
Großbritannien	966	1102	20,1	14,7
Oesterreich-Ungarn . . .	533	822	11,1	11,0
Vereinigte Staaten . .	449	633	9,3	8,5
Rußland	344	547	7,1	7,3
Frankreich	253	543	5,3	7,3
Niederlande	394	499	8,2	6,7
Schweiz	285	452	5,9	6,0
Belgien	261	391	5,4	5,2

Unsere Ausfuhr nach dem industriellen Großbritannien ist also weit stärker als die nach irgend einem anderen Lande. Unsere Ausfuhr nach den kleinen Niederlanden beträgt fast ebenso viel wie die nach dem riesigen agrarischen Rußland. Aber im Verhältnis zur Gesamtausfuhr ist die Ausfuhr nach den Niederlanden und noch mehr die nach Großbritannien in raschem relativem Rückgang begriffen.

Dabei geht von unserer Ausfuhr nach diesen beiden Ländern nur ein Teil in deren Konsum ein, und das gleiche gilt von unserer Ausfuhr nach anderen Ländern, wie die Schweiz und Oesterreich. Unser Export dorthin dient zum großen Teil dem Durchfuhrverkehr nach Südeuropa, Ostasien, Südamerika usw. Der überseeische Frachtverkehr Englands hat riesenhafte Dimensionen angenommen.

Bereits 1897 erzielte es daraus eine Einnahme von 1400 Millionen Mark. (Vosberg-Rekow.) Seitdem ist der Rauminhalt der britischen Handelsdampfer um 4 Millionen Tonnen gewachsen, auf 11 170 000 Tonnen, während die deutschen Handelsdampfer 1910 nur 2 350 000 Tonnen umfaßten. Dabei ist die deutsche Dampferflotte nach der britischen die größte der Welt.

Selbstverständlich wird zwischen zwei Industriestaaten jene internationale Arbeitsteilung fortbestehen bleiben, die auf natürlichen Grundlagen beruht. Sie kann sich sogar noch verstärken. Je mehr die Schweizer Industrie sich entwickelt, desto mehr Eisen und Kohle wird sie Deutschland abnehmen. Unsere Ausfuhr von Steinkohlen nach der Schweiz betrug 1895 750 000 und 1907 1 585 000 Tonnen. Unsere Ausfuhr von Roheisen dahin wuchs in diesem Zeitraum von 4360 auf 20 254 Tonnen.

Aber man darf diese natürliche Arbeitsteilung nicht mit der sozialen verwechseln, die auf dem Austausch von industriellen und landwirtschaftlichen Massenprodukten beruht. Die soziale Arbeitsteilung wird unter der kapitalistischen Produktionsweise viel wichtiger als die natürliche. Auf dem Bestehen der ersteren beruht die freihändlerische Interessenharmonie zwischen Industriestaat und Agrarstaat, aus ihrem Fortfall erwächst der Interessengegensatz zweier kapitalistischer Industriestaaten.

Es war aber nicht etwa bloß ein einzelner Staat, der in den sechziger und siebziger Jahren neben England in die Reihe der industriellen Exportstaaten eintrat. Zu Frankreich und Belgien gesellten sich Deutschland und die Schweiz, indessen andere Staaten ihre Industrie so weit entwickelten, daß sie ein gut Teil unabhängig von der industriellen Einfuhr wurden, so die Vereinigten Staaten und Oesterreich.

d) Die Krisis.

Wo sich die kapitalistische Produktionsweise ausbildet, da erhält sie auch das Streben nach zeitweiliger Ueberproduktion. Dies Streben zu erklären, würde zu weit führen, genug, die Tatsache ist nicht zu leugnen. Dies hatte in England schon seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts zeitweise Krisen veranlaßt, deren Folgen sich bis weithin außerhalb seiner Grenzen bemerkbar machten. Nun fiel eine Aera des industriellen Aufschwungs nach 1870 zusammen mit dem Eintreten so vieler Staaten in den Kreis des kapitalistischen Industrialismus, mit dem Uebergang zu Liberalismus und Gewerbefreiheit, wozu in Deutschland noch der Milliardensegen kam. Alles das verstärkte den, man kann sagen, normalen Antrieb zur Ueberproduktion in einem Maße, züchtete eine solche Menge industrieller Gründungen, denen jede solide Grundlage fehlte, daß daraus ein Zusammenbruch erfolgen mußte, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hatte.

Die Ueberproduktion war enorm. Hat man es doch ausgesprochen, daß die 1873 bestehenden deutschen Hochöfen und Walzwerke imstande gewesen wären, allein den Bedarf des ganzen Weltmarkts zu decken. (Lotz.)

Die Preise sanken rapid. Westfälisches Spiegeleisen kostete ab Werk per Meter-Tonne (nach Neumann-Spallart):

	Mk.		Mk.		Mk.
1871	108	1874	99	1877	72
1872	210	1875	92	1878	68
1873	234	1876	78		

Was auf jeden Fall früher oder später hätte zutage treten müssen, daß der Freihandel nicht zur Interessenharmonie der Industriestaaten und solcher, die es werden wollen, untereinander führe, wurde jetzt mit Blitzesschnelle und Blitzeshelle auch dem verbohrtesten Freihändler klar gemacht.

Die einzelnen Industrienationen unterboten einander auf dem Weltmarkte in der verzweifeltsten Weise, um ihren Ueberfluß los zu werden; ein Land warf dem andern zu wahren Schleuderpreisen seine Vorräte zu, die internationale Schmutzkonkurrenz schoß in die Halme.

Kein Wunder, daß angesichts dieser Invasion von fremden Industrieprodukten die Industriellen zu dem gleichen, naheliegenden Mittel griffen, das die Agrarier zur Bekämpfung der Invasion ausländischer Agrarprodukte forderten: zum Schutzzoll.

e) Die zwiespältige Haltung der Bourgeoisie.

Die Situation der Industriellen ist jedoch eine andere wie die der Junker. Mit der Fernhaltung des Imports, mit der Sicherung des inneren Marktes ist es für sie nicht abgetan. Sie müssen exportieren, und zwar in steigendem Maße, je mehr die ökonomische und technische Entwickelung, die Anhäufung und Zusammenfassung von Kapitalien vor sich geht.

Als Exporteure brauchen sie den Freihandel mit den agrarischen Ländern, den sie aber nur erhalten, wenn sie ihrerseits den agrarischen Produkten der letzteren freien Eingang gewähren. Andererseits werden sie durch die stets wachsende Konkurrenz der anderen Exportländer getrieben, industrielle Schutzzölle gegen deren Eindringen in das eigene Land zu fordern. Solche Zölle können sie aber heute nur erlangen, wenn sie den Agrariern Schutzzölle gewähren.

So ist in Ländern wie Deutschland der industrielle Bourgeois und seine Vertretung in der Presse, den Parlamenten, der Wissenschaft, heute in einer argen Zwickmühle, einmal Freihändler, dann wieder Schutzzöllner, oder vielmehr nie vollständiger Freihändler und nie vollständiger Schutzzöllner; er legt sich ebensowenig auf das eine wie auf das andere Extrem fest, entscheidet von Fall zu Fall, ob er mehr dieser oder jener Richtung zuneigt, wobei es namentlich der Wechsel

des Geschäftsgangs ist, der seine wissenschaftliche Ueberzeugung entscheidet. Unfähig und auch unwillig zu einer Kritik der kapitalistischen Produktionsweise vorzuschreiten, stets an der Oberfläche haftend, nur das Nächstliegende sehend, wirft ihn jede Krise aus dem Gleichgewicht und jagt ihn in ein Lager, das dem entgegengesetzt ist, in dem er bis dahin zu finden war. Die Krisis von 1873 fand ihn beim Freihandel; sie machte ihn zum Schutzzöllner; die Krisis von 1891 fand ihn beim Schutzzoll und trieb ihn dem Freihandel zu.

Man wird versucht, das Schwanken zwischen Freihandel und Schutzzoll, das von der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bis heute und wohl auf lange hinaus der normale Zustand des Durchschnittsbourgeois und seiner Wissenschaft und Politik geworden ist — dieses Schwanken der Haltung der englischen Chartisten und dem der deutschen Sozialdemokratie in ihren Anfängen gleichzustellen. Aber zwischen beiden ist ein gewaltiger Unterschied.

Die Sozialdemokratie lehnte es ab, sich für die eine oder andere Seite einzusetzen, weil sie ihre Kräfte auf andere Aufgaben konzentrieren wollte und die Frage der Handelspolitik ihr als keine Lebensfrage erschien. Die industrielle Bourgeoisie dagegen behandelte diese Frage stets als Lebensfrage, eine entschiedene Stellungnahme ist für sie dringend geboten und unter ihrem Schwanken leidet niemand mehr als sie selbst.

Ein treues Abbild ihrer unentschiedenen, zweideutigen Haltung ist die nationalliberale Partei, die es ängstlich vermied, in den großen Debatten, welche den Umschwung vom Freihandel zum Schutzzoll im deutschen Reichstag besiegelten, als Partei Stellung zu nehmen. Die Frage war für sie keine Parteifrage, sie überließ es ihren Mitgliedern, in dieser Lebensfrage zu stimmen, wie sie wollten, und erreichte damit nichts anderes als Spaltung und Zusammenbruch. Noch 1877 hatte sie 1 604 000 Stimmen auf sich vereinigt und 128 Mandate erobert; 1881 war sie auf 746 575 Stimmen und 46 Mandate reduziert.

Ganz anders die Agrarier. Ihre Situation ist klar und einfach, ihre Agitation daher einheitlich, geschlossen, rücksichtslos. Und darum haben sie sich noch jedesmal als die Stärkeren erwiesen, trotzdem in einem Industriestaat ihre ökonomische Bedeutung und Kraft verhältnismäßig immer mehr zurückgehen muß.

Allerdings beruht die Stärke ihrer Position nicht bloß auf ihrer eigenen Kraft. Sie haben die Regierungsgewalt für sich, die, wie wir gesehen, schon aus rein finanziellen Gründen der Schutzzollwirtschaft günstig ist; sie haben aber auch mächtige Verbündete unter den Industriellen selbst.

f) Die kartellierten Industrien.

Wir haben oben die neuere Handelspolitik der Bourgeoisie im allgemeinen gekennzeichnet. Aber aus ihr heben sich Gruppen hervor, welche die unsichere und schwankende Politik ihrer Klasse nicht teilen, sondern vielmehr sich ein bestimmtes Ziel setzen und dieses rücksichtslos verfolgen.

Die Krise nach 1873 bedeutete nicht bloß, daß der Freihandel aufhörte, das Ideal der Bourgeoisie zu sein. Nein, die ganze freie Konkurrenz, von der der Freihandel nur eine besondere Erscheinungsform, kam nun in Mißkredit. Gewiß, nach wie vor blieb die freie Konkurrenz unter dem Privateigentum an den Produktionsmitteln das beste Mittel, Nachfrage und Angebot, Konsum und Produktion wenigstens vorübergehend in Einklang miteinander zu bringen und die Interessen der Konsumenten am besten zu wahren. Aber nun stellte sichs heraus, daß es eine Illusion der bürgerlichen Oekonomie war, zu glauben, daß der Kapitalist produziere, um die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen. Er produziert, um Profit zu erzielen. Gedieh aber sein Profit bei günstiger Konjunktur am besten unter der freien Konkurrenz, so wurde ihm diese verderblich in Zeiten der Krise. Und diesmal hatte man eine Krise, die nicht so schnell weichen wollte, wie ihre Vorgänger. Hatten früher die Verteidiger des Profits sich zur Befürwortung des Freihandels und der freien Konkurrenz hinter das Konsumenteninteresse versteckt, so brauchten sie jetzt zur Befürwortung des Gegenteils einen anderen Vorwand, und als dieser erschien nun das Produzenteninteresse, in welchem schönen Wort die Gegensätze von Kapitalist und Lohnarbeiter vollkommen ausgelöscht sind, wobei es erscheint, als beute der Unternehmer seine Arbeiter nur in ihrem Interesse — im Interesse der Produzenten — aus.

Gleichzeitig aber hatte die Zusammenfassung und Aufhäufung von Kapitalien in wenigen Händen immer raschere Fortschritte gemacht. Wenn der moralische Bankerott der freien Konkurrenz den Wunsch erregte, an ihre Stelle das private Monopol für die Unternehmer einzelner Gewerbe zu setzen und ihnen eine Ausnahmsstellung zu sichern, in der sie durch ihre überlegene Kraft sich Extraprofite erpressen konnten, so bot die fortschreitende Konzentration der Kapitalien die Möglichkeit dazu. Gerade damals, als die neue Aera des Schutzzolls begann, entwickelten sich in den Vereinigten Staaten die Anfänge jener neuen Gebilde, die sich bald zur Beherrschung des ganzen wirtschaftlichen Lebens aufschwingen sollten, die Unternehmerverbände — teils losere, Kartelle, teils engere, Trusts.

Wohlmeinende und friedliebende Ideologen haben in ihnen den Anfang einer Regelung der Produktion und ihrer

Anpassung an die gesellschaftlichen Bedürfnisse, also gewissermaßen den Anfang des Sozialismus gesehen. Tatsächlich sind sie nichts als Versuche einzelner Kapitalmagnaten, durch engen Zusammenschluß ihre Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit wirksamer zu wahren, als sie es sonst könnten. Die Grundlage der freien Konkurrenz ist wenigstens der Idee nach Freiheit und Gleichheit von Käufern und Verkäufern, Unternehmern und Arbeitern. Die Idee des Kartells ist von vornherein die Privilegierung einzelner Unternehmergruppen, die auf das gewaltsamste und rücksichtsloseste ihre Ueberlegenheit auf dem Markte wie in der Werkstatt zur Geltung bringen. Die Kartellwirtschaft bedeutet nicht die Ersetzung des wirtschaftlichen Kampfes auf dem Markte durch den Frieden einer planmäßigen Organisation der Wirtschaft, sondern sie bedeutet, daß an Stelle der Faustkämpfe der einzelnen Kapitalisten untereinander die Kämpfe einiger geschlossenen, disziplinierten und wohlbewaffneten Bataillone gegeneinander und gegen die Masse der unorganisierten Faustkämpfer treten.

Die ganze ökonomische Entwickelung drängt die Kapitalisten zu Kartellen und Trusts. Nirgends aber gedeihen diese so leicht und gut, wie unter der Herrschaft des Schutzzolls; je höher dieser, desto mehr können sie ihre Macht entfalten und ausnutzen. Es ist kein Zufall, daß sie gerade in den hochschutzzöllnerischen Vereinigten Staaten zuerst aufkamen.

Diejenigen Industriegruppen, in denen die Kapitalskonzentration so weit vorgeschritten ist, daß sie den Boden für eine starke Kartellwirtschaft abgeben können, werden in einem entwickelten Industriestaate am ehesten schutzzöllnerisch gesinnt.

g) Die Eisenindustrie.

In erster Linie unter ihnen stehen die Eisenindustriellen. Viel mehr als etwa in der Textilindustrie, ist bei ihnen die Kapitalskonzentration vorgeschritten. Man zählte 1907 im Deutschen Reiche 644 Betriebe, die mit der Herstellung von Eisen und Stahl beschäftigt waren, mit 170 614 Arbeitern, also mit 265 Arbeitern pro Betrieb. Dagegen zählte man in der Baumwollspinnerei (und in der Spinnerei ist die Konzentration weiter vorgeschritten, als etwa in der Weberei oder Stickerei) 1907 1061 Betriebe mit 98 746 Personen, also 93 pro Betrieb.

Es entfielen 1907 von je hundert Betrieben der betreffenden Gruppe auf:

	Kleinbetrieb	Mittelbetrieb	Großbetrieb
Eisen- und Stahlfabrikation . .	13,6	26,6	59,8
Baumwollspinnerei	43,5	20,8	35,7
Baumwollweberei.	93,3	2,9	3,8

Hand in Hand mit der Konzentration ihres Kapitals geht die wachsende ökonomische Macht der Eisenindustriellen.

Gleichzeitig wächst aber auch ihre politische Macht und ihr politisches Interesse. Viel mehr als bei jeder anderen Industrie hängt bei der Eisenindustrie ihr Gedeihen von der staatlichen Politik ab: Staatseisenbahnen, Heer, Marine liefern die größten und wichtigsten Aufträge. Die Eisenindustriellen haben also alle Ursache, die Staatsallmacht und den Militarismus zu stärken; sie sind zu allen Belastungen der Bevölkerung, also auch zu Finanzzöllen bereit, deren Ertrag doch in erster Linie ihnen zugute kommt. Von diesem Standpunkt aus können sie sich selbst mit den Lebensmittelzöllen befreunden, die ja auch wie Finanzzölle wirken und die bestimmt sind, jene Klasse zu stützen, die gleich ihnen, für den Militarismus am eifrigsten eintritt, das Junkertum. So bildeten die politischen Vertreter der Eisenindustriellen, die das Kartellwesen im Wirtschaftsleben am entschiedensten entwickelten, auch die Vorkämpfer des politischen Kartells, das die neue Schutzzolläre inaugurierte. Im Bunde mit den Junkern und den Lakaien der Regierung richteten sie jene schöne Dreieinigkeit auf, die hinfort Deutschland beherrschen sollte: Finanzzölle, Eisenzölle, Brotzölle.

h) Die neue Gewaltpolitik.

Gewalttätigkeit ist das Wesen der Kartellwirtschaft; mit gewaltsamen Mitteln suchen die Kartelle ihre Gegner niederzuwerfen und niederzuhalten; zunächst nicht mit Flinten und Kanonen, aber mit den gewaltsamsten Mitteln des ökonomischen Kampfes. Das gilt natürlich nicht nur gegenüber den Konkurrenten und Konsumenten, sondern auch gegenüber den Arbeitern. Neben den Kohlensyndikaten, die sich zwar keines Schutzzolls, aber einer ihm gleich wirkenden Eisenbahntarifpolitik des Staates erfreuen, sind die Eisenindustriellen die Vertreter der gewalttätigsten Politik zur Unterdrückung der Arbeiter. Es ist kein Zufall, daß derselbe Zentralverband der deutschen Industriellen mit seinem Sekretär Bueck, der einmal durch seine sonderbaren Beziehungen zur Regierung so unliebsames Aufsehen erregt hat, daß derselbe, der sich so für die Zuchthausvorlage ins Zeug legte, seinerzeit auch am kräftigsten die Ueberwindung des Freihandels durch den Schutzzoll gefördert hat. Und ebensowenig ist es ein Zufall, daß der Schutz der nationalen Arbeit 1878 durch das Sozialistengesetz eingeleitet wurde.

Aber nicht minder gewaltsam verfahren die Kartellmonopolisten gegen das Ausland. Zunächst suchen sie dort die Konkurrenten durch Schleuderpreise aus dem Felde zu schlagen. Sie können diese dem Auslande auf die Dauer bewilligen, wenn die Schutzzölle so hoch und die Kartellierung weit genug gediehen, daß die Industriellen dadurch im Inlande die Preise über ihr normales Niveau hinaustreiben und

so durch Verteuerung der Waren für das Vaterland Extraprofite erzielen, die sie für die Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt entschädigen. Aber da die Konkurrenten dies edle Manöver nachmachen, so wird es bald unwirksam.

Nun geht man weiter und verlangt die gewaltsame Eroberung eines Marktes, auf dem man eine Vorzugsstellung genießt, also Kolonial- und Expansionspolitik. Diese wieder führt Konflikte oder die Gefahr von Konflikten mit den konkurrierenden Industriemächten herbei, aus dem Kampf mit gewaltsamen ökonomischen Mitteln droht ein Kampf mit Pulver und Blei, Dynamit und Lyddit zu werden. Neue Kriegsrüstungen, die wiederum der Kartellwirtschaft zugute kommen, vermehrte Kolonialabenteuer, vermehrte Kriegsgefahr ist die Folge.

So erwächst an Stelle des Geistes des Freihandels ein Geist der Gewaltsamkeit in der industriellen Bourgeoisie. Ehedem friedliebend, träumte sie von ewigem Frieden, verurteilte sie den Krieg als ein barbarisches Ueberbleibsel aus dem Mittelalter, das nur noch feudalen und dynastischen Zwecken dienen könne; heute wird sie selbst immer mehr vom Geiste der Gewaltsamkeit erfüllt, wie sehr auch einzelne ihrer Ideologen darüber klagen mögen.

Der Schutzzoll ist nur ein Glied in dieser Kette des neuen industriellen Systems, das die jüngste und wahrscheinlich letzte Erscheinungsform der kapitalistischen Produktionsweise darstellt. Aber wer dieses eine Glied anerkennt, wird notwendigerweise gezwungen, wenn er konsequent sein will, auch die anderen anzuerkennen, die mit logischer Notwendigkeit damit zusammenhängen.

Sicher, der Freihandel ist kein absoluter Schutz gegen den Geist der Brutalität und Gewalttätigkeit, der Monopolisierung und Privilegierung der großen gesellschaftlichen Produktions- und Machtmittel durch eine Garde von Kapitalmagnaten, das zeigt uns England. Die ganze hier beschriebene Entwickelung ist nur die Verschärfung und Vergröberung des Geistes, der das ganze kapitalistische Ausbeutungssystem beherrscht. Aber die Förderung des Schutzzolls heißt heute die direkte Förderung jenes Systems, das darauf hinausläuft, alle Machtmittel der Nation einer Handvoll Kapitalisten zur Verfügung zu stellen, damit diese imstande sind, jeden Gegner, innerhalb wie außerhalb des Landes, gewaltsam niederzuschlagen oder auszuhungern.

Wer der Ansicht ist, daß die Interessen der Arbeiter in unversöhnlichem Gegensatz zu denen des Kapitals stehen, wird von vornherein dahin neigen, diesem System des Schutzes der nationalen Arbeit feindlich entgegenzutreten. Er bekommt um so mehr Ursache dazu, je mehr er es zergliedert.

6. Der neue und der alte Schutzzoll.

a) Abstraktion und Wirklichkeit.

Handelskriege, Kolonialsystem, Monopolisierung des Marktes durch Kapitalistengesellschaften, Unterdrückung der Arbeiter durch gewalttätige Mittel — wir haben gesehen, daß das neue Schutzzollsystem dieselben Konsequenzen zeitigt wie das alte.

Aber die Geschichte wiederholt sich nicht, und das neue Schutzzollsystem ist doch ein anderes wie das alte. Gerade, weil beide so viele Züge gemeinsam haben, muß man sie um so schärfer auseinanderhalten, denn auf der Verwechslung beider beruhen die größten Irrtümer, die in der Frage des Schutzzolls gemacht werden. Sind doch die meisten Argumente der Vertreter des heutigen Schutzzolls dem alten Schutzzollsystem entlehnt, das seinen modernsten theoretischen Ausdruck durch Fr. List erhalten hat; und umgekehrt glauben viele Leute, den jetzigen Schutzzollbestrebungen mit den Argumenten des Freihandels der fünfziger und sechziger Jahre beikommen zu können. Das eine ist ebenso verkehrt wie das andere.

Ehe wir daran gehen, die Unterschiede zwischen dem alten und dem neuen Schutzzollsystem zu untersuchen, sei folgendes bemerkt: In der Wirklichkeit gibt es keine Gattungen von Erscheinungen, sondern nur Einzelerscheinungen. Zu Gattungen werden sie nur für wissenschaftliche Zwecke zusammengefaßt. Ohne diese Zusammenfassung ist jede wissenschaftliche Tätigkeit unmöglich. Aber in der Wirklichkeit gibt es stets eine Menge Zwischenstufen zwischen den einzelnen Gattungen von Erscheinungen, von denen die Wissenschaft zunächst absehen, abstrahieren muß, will sie zu genauen und scharfen Begriffen kommen. So sind auch das alte und das neue Schutzzollsystem in Wirklichkeit nicht so schroff geschieden, wie es im folgenden erscheinen wird; es gibt heute noch mancherlei Industriezweige und -länder, für die das vom neuen Schutzzollsystem Gesagte noch nicht oder noch nicht vollinhaltlich gilt. Wer aber einmal sich über die Unterschiede in den typischen Erscheinungen der beiden Systeme klar geworden ist, wird dann leicht auch die Zwischenformen begreifen; wer dagegen nicht zunächst von den störenden und abweichenden Zwischenstufen abzusehen vermag, wer alle Einzelerscheinungen auf einmal zu begreifen sucht, der wird gar keine von ihnen begreifen, wird stets vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen. Das sollte selbstverständlich sein, aber das Wesen mancher modernen Kritik besteht darin, die Ergebnisse wissenschaftlicher Abstraktion darum für nichtig erklären zu wollen, weil sie nicht alle Erscheinungen der Oberfläche umfaßt, und ein Ueber-

sehen dort anzunehmen, wo ein bewußtes und gewolltes Absehen stattgefunden hat.

Wenn man uns also etwa entgegnen sollte, daß das, was wir von dem neuen Schutzzollsystem sagen, für ein Land wie Rußland nur teilweise gilt, so sei bemerkt, daß uns dies auch nicht entgangen ist, daß es aber nur beweist, daß Rußland das Stadium des Agrarstaates noch nicht überwunden hat.

Das neue Schutzzollsystem, das wir hier im Auge haben, ist das eines modernen, Industrieartikel exportierenden, Lebensmittel importierenden Staates.

b) **Erziehungszoll und privilegierender Zoll.**

Wenn wir den Schutzzoll eines modernen Industriestaates mit dem des 18. Jahrhunderts und selbst noch mit dem von Fr. List geforderten vergleichen, finden wir vor allem einen auffälligen Unterschied. Im modernen Schutzsystem sind die Agrarzölle die Hauptsache, der Angelpunkt, um den sich alles dreht, die Industriezölle nur eine mehr oder weniger wichtige Beigabe. Beim alten Schutzsystem war es umgekehrt. Im Interesse der Industrie suchte es die Preise für Lebensmittel und Rohstoffe möglichst herabzudrücken. Wo der Grundbesitz sich die Regierung dienstbar machte, konnte er ihr auch Agrarzölle aufzwingen, die Theorie des Schutzes im alten Sinne verwarf sie dagegen, wie es auch noch Fr. List auf das entschiedenste tat.

Dieser Unterschied ist kein zufälliger, sondern ein notwendiger. Das moderne Schutzsystem entspringt eben aus einer ganz andern Grundlage als das alte. Das alte will die Industrie im eigenen Lande entwickeln, das heißt, sie dahin bringen, daß sie ebenso billig produziert, wie das kapitalistisch entwickelte Ausland, und sie instand setzen, den Freihandel zu ertragen. Billige Produktion und Freihandel waren das Ziel des alten Schutzsystems. Das neue Schutzsystem soll nicht der Rückständigkeit der Produktion abhelfen, sondern der Ueberproduktion; es soll nicht unsere Industrie der auswärtigen ebenbürtig machen, was sie schon ist, sondern dem Malheur abhelfen, daß die auswärtige vielfach der unsern ebenbürtig ist. Sie soll nicht die Industrie des Inlands instand setzen, für dieses ebenso billig zu produzieren, wie die des Auslands, sondern soll es ihr ermöglichen, dieselben Waren auf die Dauer dem Inland teurer zu verkaufen als dem Ausland. Und da die Zahl der Industrien im Auslande stets wächst, die der unsern ebenbürtig sind, so wächst damit auch das Bedürfnis nach „Schutz" gegen sie. Während also das alte Schutzsystem sich selbst überflüssig machen wollte, muß der neue Zollschutz immer mehr auf seine eigene Verstärkung hinwirken.

Mehr als dreißig Jahre lang steht nun Deutschland unter dem neuen Zollregime; statt von seiner Abschaffung ist von seiner Erweiterung die Rede. In der Tat, wenn wir vor dreißig Jahren als einzigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt England zu befürchten hatten, so tritt jetzt daneben Amerika machtvoll in die Schranken.

War im alten Schutzsystem der Zoll als Erziehungszoll gedacht, der die heranwachsende jugendliche Industrie behüten sollte, so spielt er im modernen System die Rolle des Stabes, der den alternden Mann stützen soll und nach dem dieser um so mehr verlangt, je älter und gebrechlicher er wird.

Dabei aber, und das ist der Humor der Geschichte, beschleunigt der neue Schutzzoll gerade das Verderben, dem er entgegenwirken will, die internationale Ueberproduktion, das Heranwachsen der auswärtigen Konkurrenz. Und das ist das bemerkenswerteste beim modernen Schutzsystem.

c) **Export von Konsummitteln und von Produktionsmitteln.**

Das alte Schutzsystem strebte danach, die eigene Industrie zu entfalten und die auswärtige zu hemmen oder womöglich zu ruinieren. England verbot seinen Kolonien jegliche nennenswerte Industrie. Sogar in Irland unterdrückte es gewaltsam die Wollenmanufaktur. Um nirgends das Aufkommen einer feindlichen Industrie zu erleichtern, wurde die Ausfuhr von Maschinen und Werkzeugen für die Großindustrie aus England streng verboten, so 1781 für alle zur Wollen- oder Seidenfabrikation erforderlichen Maschinen und Werkzeuge, wozu 1785 das gleiche Verbot für die in Eisen- und Stahlfabriken verwendeten Behelfe trat. Dagegen wurde die Erzeugung von Maschinen und Werkzeugen für die eigene Industrie gefördert durch die zollfreie Einfuhr von Roheisen.

Das moderne Schutzsystem ist weit menschenfreundlicher gegenüber dem Ausland, allerdings sehr wider Willen. Unter dem alten System war die wichtigste Exportindustrie die Textilindustrie. Neben ihr ist aber die Eisenindustrie immer mächtiger aufgeblüht, sie steht heute in erster Reihe, sie beherrscht das ganze wirtschaftliche Getriebe, von ihrer Blüte hängt die Blüte des ganzen kapitalistischen Getriebes ab. Diese Stellung konnte sie jedoch nur dadurch erlangen, daß ein stets wachsender Teil der das Eisen verarbeitenden Industrien solche Ausdehnung annahm, daß sie zu Exportindustrien wurden. Das heißt aber nichts anderes, als daß das Wachstum der Ausfuhr und der Kapitalprofite eines Industrielandes von der Schnelligkeit abhängig gemacht ist, mit der sich Konkurrenzindustrien im Ausland entwickeln. Denn die Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren heißt vornehmlich die Ausfuhr von Produktionsmitteln der Industrie.

In derselben Richtung wirkt die stete Zunahme von Kapitalien in den alten Industrieländern.

Wir wiesen schon bei unserer Betrachtung der Handelsbilanz darauf hin, daß die Kapitalien der alten kapitalistischen Länder eine Ausdehnung erreicht haben, die sie ihr Bett überfluten läßt, so daß ihr Ueberschuß in das Ausland abfließt.

Die Kapitalien müssen aber nicht in der Form von Edelmetall ins Ausland gehen; sie gehen in der Form von Zahlungsanweisungen hin, welche das Geld leihende Land, etwa die Türkei oder China, gern dazu benutzt, um von dem Geld verleihenden Lande, etwa England oder Deutschland, selbst seine Industrieprodukte zu kaufen. Ist ein stets steigender Teil der Einfuhr der alten Industrieländer nicht Bezahlung für verkaufte Waren, sondern Bezahlung von Schuldenzinsen, so besteht ein stets steigender Teil ihrer Ausfuhr aus Waren, die sie zwar dem Ausland verkaufen, die sie aber selbst bezahlen, oder vielmehr für deren Bezahlung sie selbst das Geld liefern.

Einige Beispiele werden das klar machen. Eine Reihe englischer Kapitalisten seien in Verlegenheit darüber, wo sie ihre überschüssigen Kapitalien unterbringen sollen. In Rußland bietet sich die Möglichkeit, mit Vorteil eine Spinnerei oder Eisengießerei zu begründen. Sie gründen eine Aktiengesellschaft zum Betrieb des Unternehmens, geben das nötige Geld her und mit diesem Geld werden in England die Maschinen gekauft, um die Spinnerei oder Gießerei in Rußland einzurichten. Diese Maschinen haben die Engländer bezahlt, um damit die russische Industrie zu fördern. In der Statistik aber erscheinen die Maschinen als Ausfuhrartikel nach Rußland und erwecken den Schein, als ob sie mit russischem Gelde gekauft seien.

Anderseits wieder nimmt die russische Regierung in Westeuropa Anleihen auf, teils um fällige Schuldenzinsen zu zahlen, teils um Kriegsschiffe und Kanonen zu kaufen, teils aber auch, um Eisenbahnen, Werften, Lokomotivenfabriken zu bauen, Kohlengruben zu eröffnen, also die Produktivkräfte ihres Landes zu entwickeln. Das Geld hierzu erhält Rußland von Belgien, Frankreich, Deutschland, und es kauft mit diesem Geld Schiffe, Schienen, Maschinen usw. von der Industrie der genannten Länder. Diese blüht auf, aber sie hat ihre Blüte selbst bezahlt.

Diese Kapitalienausfuhr bedeutet im Grunde die Förderung der Industrie des Auslandes auf Kosten des Inlandes, aber gleichzeitig auch die Förderung des Profits im Inlande. Das Kapital ist international, ihm ist es gleich, ob es Engländer ausbeutet oder Russen oder Chinesen. Es entwickelt mit Vergnügen die Produktivkräfte des Auslandes, wenn sie nur in seinem Besitze bleiben. Die Förderung der ausländischen

Industrie wird so zur Ausdehnung seines Ausbeutungsbereichs.

Die hohe Finanz ebenso wie jene Kapitalisten, die Produktionsmittel produzieren, haben also beide ein Interesse an der Förderung der Ausfuhr von Produktionsmitteln, deren Ausfuhr nimmt daher in alten Industrieländern zu; dagegen wird gerade infolge des Aufschwungs der Industrie im Ausland die Ausfuhr von Produkten für den persönlichen Konsum gehemmt und kann zeitweise sogar abnehmen. Je mehr Spinnereien und Webereien in Ostindien und Japan gebaut werden, desto mehr haben die englischen Maschinenfabriken zu tun, desto weniger Garn und Gewebe werden aber die englischen Spinner und Weber in Ostindien und Japan verkaufen.

So betrug z. B. in England der Wert der Ausfuhr von

	1880	1897	1908
	Millionen Mark		
Baumwollwaren (ausgenommen Garn)	1273	1080	1644
Wollenwaren	345	320	378
Seidenwaren	41	27	27
Leinenwaren	107	95	115
Zusammen	1766	1522	2164

Dagegen die Ausfuhr von

	1880	1897	1908
	Millionen Mark		
Werkzeugen	8	27	40
Maschinen	185	325	602
Steinkohlen	167	333	832
Zusammen	360	685	1474

Von 1880 bis 1897 nahm also die Ausfuhr der genannten Textilprodukte um 244 Millionen Mark ab, indes die Ausfuhr der genannten Produktionsmittel um 325 Millionen wuchs. Von 1897 bis 1908 stieg dann wohl die Ausfuhr der Textilprodukte wieder, sie stand aber 1908 nur um 400 Millionen höher als 1880. Dagegen war von 1880 bis 1908 die Ausfuhr jener Produktionsmittel um mehr als 1100 Mark gestiegen.

Die Gesamtausfuhr war von 1880 bis 1897 von 4461 Millionen auf 4684 Millionen gestiegen, um 223 Millionen, sie wäre gesunken ohne die gesteigerte Ausfuhr von Produktionsmitteln. Seitdem hat die Gesamtausfuhr bedeutend zugenommen, um 3000 Millionen, aber viel mehr durch die Zunahme der Ausfuhr von Produktionsmitteln als von Konsumtionsmitteln.

Die gleiche Erscheinung zeigt Deutschland, namentlich in Krisenjahren. Hier nahm von 1890 bis 99 die Ausfuhr von

Produkten der Textilindustrie von 500 Millionen auf 410 Millionen, um 90 Millionen ab, indes die von Maschinen von 79 auf 181 Millionen, um 110 Millionen, und die von Kohlen von 45 auf 75 Millionen zunahm. In dem Zeitraum von 1907 bis 1910 verringerte sich der Wert der Ausfuhr von Wollen- und Baumwollenwaren von 718 Millionen Mark auf 628 Millionen, also um 90 Millionen. In der gleichen Zeit wuchs die Ausfuhr von Maschinen von 412 Millionen auf 500 Millionen, um 88 Millionen, und die von Steinkohlen von 280 Millionen auf 323 Millionen, um 43 Millionen.

Die Blüte der Industrie in alten Industrieländern rührt also daher, daß sie ihren Gegnern Waffen und Munition liefern, nicht nur für ihre militärischen, sondern auch für ihre wirtschaftlichen Kämpfe gegen die liefernden Länder selbst.

Das ist nun eine der Schönheiten der kapitalistischen Produktionsweise, die sich nicht ändern lassen, solange sie selbst besteht.

Was uns aber hier daran interessiert, das ist die Art und Weise, wie das moderne Schutzsystem in diesen Prozeß eingreift.

Auf der einen Seite fördert es die Kartelle, welche die Preise im Inlande erhöhen, um ihre Produkte im Auslande zu Schleuderpreisen loszuwerden. In dieser Beziehung wirkt der Zollschutz wie eine indirekte Ausfuhrprämie. Auch das alte Schutzsystem kannte solche. Aber sie sollten in seiner Hand eine Waffe werden, eine ausländische Industrie zu hemmen oder gar zu ruinieren. Heute, wo die Industriestaaten relativ immer weniger Produkte des persönlichen Konsums und immer mehr Produktionsmittel ausführen, wird die direkte oder indirekte Ausfuhrprämie zu einer Besteuerung des Inlandes, um die industrielle Entwickelung des Auslandes zu fördern.

Unzählige Beispiele ließen sich dafür anführen. Ein Zitat genüge, das dem instruktiven Büchlein des Prof. H. Sieveking über „Auswärtige Handelspolitik" entnommen ist:

„Die deutsche Eisenindustrie verlangte von dem deutschen Konsumenten 125 Mk. für 1000 Kilogramm Stangeneisen, während sie es dem Ausland für 100 Mk. abgab. Für Bleche hatte der Deutsche 150 Mk., der Ausländer nur 102,50 Mk. zu zahlen. Ein Drahtstiftring berichtet über seine Geschäfte im 2. Halbjahr 1900. Er setzte im Ausland 20 Millionen Kilogramm, im Inland 22 Millionen ab. Wir haben es also mit einer großen Exportindustrie zu tun; allein wir staunen: das Auslandsgeschäft arbeitete mit 860 000 Mk. Verlust. Also mußte der Ring an seine Liquidation denken! Keineswegs! Er konnte sogar eine Dividende verteilen. Wie war das möglich? Dadurch, daß man dem Inland 25 Mk. für 100 Kilogramm abnahm, während das Ausland nur 14 Mk. zu zahlen

brauchte. . . . Die deutsche Maschinenindustrie hat unter der Verteuerung des Eisens zu leiden. Durch den Schleuderexport erhält der auswärtige, z. B. englische Fabrikant, vor dem heimischen einen Vorzug, weil er mit billigerem Material arbeiten kann."

Die literarischen Soldknechte der großen Eisenproduzenten haben die Unverschämtheit, dies System als „Schutz der nationalen Arbeit" zu bezeichnen. Es ist Schutz des Profits einiger Monopolisten auf Kosten der Arbeiter und der ganzen Nation.

Wider Willen wirkt das Schutzsystem noch in anderer Weise zugunsten des Auslandes. Es hätte seine großen Annehmlichkeiten für die Industriellen des geschützten Staates, wenn es auf diesen beschränkt bliebe. Aber das ist bekanntlich nicht der Fall. Der Schutzzoll auf der einen Seite ruft den auf der anderen Seite hervor. Je höher ich die Zollmauern bei mir mache, um so höhere richtet der Nachbar auf. Es wird dadurch das Schutzzollsystem in Staaten gefördert, die noch eine schwache Industrie haben, wo der Zoll noch als Erziehungszoll günstig wirken kann. Schon dadurch allein wird das Schutzzollsystem der industriellen Exportstaaten in letzter Linie zu einem Förderungsmittel ausländischer Industrie. Da waren die englischen Industriellen der Freihandelsperiode doch schlauer; sie wußten, das beste Mittel, den Schutzzoll des Auslandes zu ermäßigen, bestehe darin, selbst mit dem Freihandel voran zu gehen. Aber so weit denkt der industrielle Bourgeois von heute nicht mehr. Er sieht nur die momentane Preissteigerung, die ihm der Schutzzoll bringt und übersieht vollständig, daß er auf das ängstlichste alles zu meiden hätte, was die schutzzöllnerische Agitation des Auslandes anfachen könnte.

Aber freilich, er hat auch durch die Schutzzölle des Auslandes weniger zu verlieren als der Arbeiter. Wird ihm dadurch der Export seiner Waren zu sehr erschwert, dann gründet er ein Unternehmen gleicher Art im geschützten Ausland selbst. So hat das Schutzzollsystem in seinen Rückwirkungen den in alten kapitalistischen Ländern bestehenden Antrieb nach Auswanderung der Kapitalien ins Ausland erheblich gesteigert und auch dadurch Produktivkräfte, die sonst dem Inland zugeflossen wären, dem Ausland zugeführt, dessen Industrie auf Kosten der Industrie des eigenen Landes unterstützt.

d) Die Hemmung der industriellen Entwickelung durch den Schutzzoll.

Entwickelung der Industrie des Auslandes auf Kosten derjenigen des Inlandes, das ist die Signatur des neuen Schutzzolls im Gegensatz zu dem der Merkantilperiode. Aber immerhin wird der Kapitalienexport vorübergehend durch Be-

günstigung des Exports von Produktionsmitteln wenigstens für Teile der eigenen Industrie eine vorübergehende Blüte schaffen, die dann rückwirkend eine Periode allgemeiner Prosperität erzeugen kann, welche freilich nie von langer Dauer sein wird.

Aber der Schutzzoll kann daneben Wirkungen entfalten, die imstande sind, selbst diese vorübergehende Blüte im Keime zu ersticken. Das geschieht dort, wo er die Preise der Produktionsmittel im Inlande so hoch treibt, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit und die Ausdehnungsfähigkeit der gesamten Industrie aufs äußerste herabgedrückt und für alle Industrien, mit Ausnahme einiger kartellierten Erzeuger von Rohprodukten, ein Notstand geschaffen wird.

Ein krasses Beispiel einer derartigen Erdrosselung der Industrie durch Kartelle, die den Zollschutz rücksichtslos ausbeuten, bietet uns O e st e r r e i ch.

Bei einer Enquete, die der österreich-ungarische Exportverein im April 1898 veranstaltete, stimmten die Industriellen in ihren Klagen über die Kartelle und die übertriebenen Preise, welche diese unter dem Schutze des Zolles erzielen konnten, überein. Natürlich entrüstete sich jeder nur über die Kartelle und den Schutz der a n d e r e n.

Professor Philippovich, der bei dieser Enquete von einem höheren Standpunkte aus sprach, höhnte die Industriellen sanft ob dieser Inkonsequenz, ihre Klagen aber fand er völlig berechtigt. An einigen Beispielen zeigte er, wie namentlich das Eisenkartell die österreichische Industrie schädigt:

„Für Stabeisen ist der Werkpreis in Deutschland 10½ Mk. (das war vor 13 Jahren. K.), bei uns 10½ fl. (17 Mk.), Traversen kosten dort 95 bis 100 Mk. die Tonne, bei uns 107½ fl. (180 Mk.). . . . Sensenstahl kostet in Deutschland 15 Mk., hier 14 fl. (24 Mk.). Diese Verteuerung des Rohmaterials ist einem österreichischen Eisenkartell möglich, weil es den doppelten Schutz der Fracht und des Zolls genießt, der zusammen oft 80 bis 100 Proz. des deutschen Werkpreises ausmacht. . . . Es kann gar kein Zweifel sein, es gibt eine Reihe von Kartellen, welche das durch die Kartelle geschaffene Monopol bis aufs äußerste ausnutzen und sich dadurch Vorteile zu sichern wissen, die bei Massenartikeln eine Schmälerung der Konsumtion und dadurch schließlich auch der P r o d u k t i o n herbeiführen müssen. Betrachten wir unsere Konsumtion an E i s e n. Sie betrug nach den letzten, mir erhältlichen Daten von 1890 25 Ko. per Kopf der Bevölkerung gegen 99 Ko. in Deutschland. . . . Daß unser Konsum unter solchen Verhältnissen nicht rasch wächst, ist erklärlich. 1880 bis 1884 konsumierten wir 20 Ko. (Eisen) per Kopf der Bevölkerung. Deutschland war uns damals um das Dreieinhalbfache voraus, 1890 schon um das Vierfache."

Die hohen Eisenpreise in Oesterreich sind nicht eine Folge hoher Produktionskosten, sondern bloß des Schutzzolls und des Eisenkartells. Beträgt der Zoll auf 100 Kilogramm Stabeisen in Deutschland 1 Mark, so in Oesterreich seit 1892 vertragsmäßig 6 Kronen, fast 5 Mark. Die notwendige Folge ist das Stocken der Industrien, die Eisen verarbeiten. Es gibt in Oesterreich Eisenwerke, z. B. die Witkowitzer, die fast ebenso billig das Eisen herstellen können, wie die Ilseder Hütte, die in Deutschland das billigste Roheisen erzeugt. Aber dank dem Schutz der nationalen Arbeit, der in Oesterreich noch besser entwickelt ist als in Deutschland, können die österreichischen Eisenfabrikanten ihre Konsumenten, d. h. die anderen Produzenten, besser schröpfen.

Ein anderes Land, in dem die Eisenzölle höher sind als in Deutschland, ist Frankreich. Sie stehen dort ungefähr auf derselben Höhe, wie in Oesterreich. Wie sich dessen Eisenkonsum im Verhältnis zu dem des Deutschen Reichs gestaltet, zeigen folgende Zahlen. Danach betrug der Konsum von Roheisen:

	Deutschland Tonnen	Frankreich Tonnen
1878	2 185 000	1 673 000
1907	13 044 000	3 500 000

Er verdoppelte sich also in Frankreich binnen dreißig Jahren. In demselben Zeitraum versechsfachte er sich in Deutschland. Das spricht gerade nicht dafür, daß das Deutsche Reich Anlaß hätte, den französischen Hochschutzzoll nachzuahmen!

Wie selbst in einem Staat, dessen Industrie noch sehr rückständig ist, so daß sie ohne Zollschutz sich nicht behaupten könnte, eine Uebertreibung des Schutzes die ökonomische Entwickelung hindern kann, zeigt uns Rußland. Seine Eisenzölle sind die höchsten in Europa, für Stabeisen z. B. betrug der Zoll mehr als 7 Mark, seit 1904 über 9 Mark pro 100 Kilogramm. Dank diesen wahnsinnigen Eisenzöllen sind „in den 12 Jahren 1884 bis 1895 von der Regierung für 1,8 Millionen Schienen zirka 200 Millionen Mark mehr bezahlt worden, als man hätte anlegen müssen, wenn man die Schienen im Auslande gekauft hätte. Es wurde darauf hingewiesen, daß man für diese Summen hätte zirka 2000 Kilometer Eisenbahnen bauen können". (C. Ballod über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen in den „Beiträgen zur neuesten Handelspolitik Deutschlands".)

Das schutzzöllnerische England im 18. Jahrhundert ließ Roheisen zollfrei ein, um seine Industrie zu entwickeln. Heute ist eine der Hauptsorgen der schutzzöllnerischen Regierungen die künstliche Verteuerung des Eisens. Die Eisenproduzenten sind eben mächtige Herren geworden, die Regierungen sind ihre

Kommis und der Zollschutz dient nicht mehr zur Hebung der Industrie, sondern der Hebung des Profits einiger kraftvollen Kapitalistencliquen.

Aber die Vereinigten Staaten? wird man uns entgegenhalten. Diese sind ein Unikum, ihre Verhältnisse mit den unseren nicht zu vergleichen. Ein hochentwickeltes Industrieland, das die wichtigsten Rohstoffe der gemäßigten wie der warmen Zone selbst in Fülle erzeugt, das einen Ueberschuß der billigsten Lebensmittel aufweist und vorwiegend Lebensmittel und Rohstoffe ausführt, das noch über ungeheure Flächen unbebauten Landes, über eine Bevölkerung von 90 Millionen Menschen verfügt, die eine der intelligentesten, gebildetsten, rastlosesten und arbeitsfähigsten des Erdkreises ist, eine Bevölkerung, frei von den Lasten des Militarismus, der Bureaukratie, des Junkertums — wahrlich ein solches Land kann sich ungestraft manchen handelspolitischen Fehltritt erlauben und es kann lange von seinen durch hohe Zölle geschützten Trusts geschröpft werden, ohne sich geschwächt zu fühlen.

Indessen selbst in diesem von den Verhältnissen so überaus bevorzugten Lande gibt es einen Industriezweig, der durch den Schutzzoll ruiniert worden ist: das ist die Reederei. Bis 1860 war die Größe der amerikanischen Handelsflotte in stetem Wachstum begriffen. Von da an, vom Beginn des Hochschutzzolls, geht sie ebenso ständig zurück. Der Tonnengehalt der im auswärtigen Handel verwendeten Seeschiffe (Segel- und Dampfschiffe) der Vereinigten Staaten betrug

1840	763 000 Tonnen
1850	1 440 000 "
1860	2 397 000 "
1870	1 449 000 "
1880	1 314 000 "
1888	919 000 "
1909	879 000 "

Von dem Außenhandel der Vereinigten Staaten zur See wurden auf amerikanischen Schiffen besorgt

1860	66,5 Proz.
1870	35,6 "
1880	17,4 "
1890	12,9 "
1900	9,3 "
1909 . . .	9,5 "

Der weitaus größte Teil der Kosten für den Versand amerikanischer Waren ins Ausland muß also von den Amerikanern ans Ausland gezahlt werden, namentlich an England und Deutschland. 1909 umfaßten die Seeschiffe, die in den Häfen der Vereinigten Staaten einliefen, 30 Millionen Tonnen, davon britische 15 Millionen, deutsche fast 4 Mil-

lionen, amerikanische etwas über 4 Millionen. Wenn die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten so „günstig" ist, so ist dies zum Teil diesem Rückgang der Reederei zuzuschreiben. Ein Teil der Waren die es ausführt, dient zur Bezahlung der Frachtkosten an ausländische Reeder. Auf der anderen Seite sind es nicht zum wenigsten die mächtigen Reederinteressen, die England am Freihandel festhalten lassen. Auch für Deutschland spielen die Einnahmen aus der Reederei und dem Durchfuhrhandel eine große Rolle und fallen sehr ins Gewicht zugunsten der möglichsten Erleichterung des Handels.

Hat in den Vereinigten Staaten bisher unter dem Schutzsystem fast nur die Reederei gelitten, so scheint es bei seinem Fortbestehen auch anderen Erwerbszweigen gefährlich zu werden. Dank den hohen Schutzzöllen haben sich in Amerika die Trusts mehr als in einem anderen Lande entwickelt, alle Preise maßlos in die Höhe getrieben und das ganze ökonomische Leben eingeschnürt.

Angesichts dessen ist es kein Wunder, daß sich in Amerika die Stimmen mehren, die eine Milderung der jetzigen Schutzzollpolitik im Interesse der amerikanischen Industrie selbst für notwendig erklären.

Indessen darf man über das Resultat nicht allzu sanguinische Erwartungen hegen. Wohl erfordern es die Interessen der industriellen Gesamtentwickelung des Landes, daß es dem Freihandel entgegengeführt wird, aber die Interessen der großen Monopolisten gehen in anderer Richtung; diese beherrschen aber die Regierung, den Kongreß und die Presse. Eine starke Sozialdemokratie, die ihnen wirksam entgegentreten könnte, gibt es in Amerika leider noch nicht.

Immerhin ist es bemerkenswert, wie das Bedürfnis nach Aufhebung bezw. Milderung des Zollschutzes auch in dem so wenig von „akademischen Theorien" beeinflußten und nüchternen Lande des Dollars zusehends erstarkt. Bemerkenswert ist es aber auch, daß das Fehlen einer starken selbständigen Arbeiterbewegung dazu beiträgt, dem Schutzzoll das Leben zu verlängern.

e) Handelspolitik und Klassenkampf.

Es gibt Leute, die in entwickelten Industriestaaten den Schutzzoll fordern im Interesse der Arbeiterklasse, die sie gleichsetzen mit der Klasse der „Produzenten". Sie halten uns die Behauptung entgegen: das Interesse der Konsumenten möge den Freihandel fordern, das der Produzenten fordere den Schutzzoll, und dieses Interesse sei wichtiger als das der ersteren. Wir wollen die Frage unentschieden lassen, ob die Produktion dem Konsum dient, oder der Konsum der Produk-

tion, ob wir arbeiten, um zu leben, oder leben, um zu arbeiten. Jedenfalls ist es eine eigene Sorte von „Produzenten", deren Interessen in einem entwickelten Industriestaate den Schutzzoll fordern. Es ist das Interesse des Extraprofits bevorzugter Kapitalistenschichten, das des Schutzzolls bedarf. Wer nicht Realpolitiker genug ist, dieses Interesse dem nationalen Interesse gleichzusetzen, wer das letztere vor allem in der Entwickelung der Produktivkräfte und der Arbeiterschaft des eigenen Landes sieht, der wird finden, daß das neue Schutzsystem in Ländern hochentwickelter Industrie ein Mittel ist, die Produktivkräfte des Auslandes zu entwickeln und die der eigenen Nation zu verkümmern. Das liegt im Interesse einzelner Gruppen „nationaler" Kapitalisten, die auf diese Weise neben ihren eigenen Arbeitern im Inland auch noch andere Kapitalistengruppen, und wenn sie Kapitalien exportieren, auch noch Arbeiter des Auslandes sich zinspflichtig machen, es liegt aber sicher nicht im Interesse der Arbeiterklasse des betreffenden Landes selbst. Die Arbeiter sehen auch ihre nationalen Pflichten nicht darin, ihren eigenen Ausbeutern im Kampf gegen andere Kapitalistenschichten und die Nation selbst beizustehen, noch sehen sie ihre internationalen Pflichten darin, ihre eigenen Beschäftigungsmöglichkeiten zu verkümmern und sich selbst zu belasten, damit ihre Ausbeuter auch das Ausland ausbeuten und die Arbeiter des Auslandes zu Konkurrenten der Arbeiter der eigenen Nation heranziehen können.

Versteht man unter den Produzenten nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter, dann muß eine weitersehende Politik gerade im Interesse der Produzenten dem neueren Schutzzollsystem entgegentreten.

Man hat geglaubt, wenigstens dem Ausland gegenüber hätten Kapital und Arbeit gleiche Interessen, und das System des Schutzes der nationalen Arbeit sei berufen, die so lang ersehnte Harmonie der Interessen zwischen ihnen herbeizuführen. Statt dessen zeigt es sich, daß auch in der Handelspolitik die Interessen der Arbeiter und die der Kapitalisten immer mehr auseinandergehen; es zeigt sich aber auch, daß dabei immer mehr die Arbeiterinteressen mit denen der ökonomischen Entwickelung der gesamten Nation zusammenfallen, indessen die der Kapitalisten immer mehr zu Sonderinteressen einzelner Cliquen werden, die die weitere Entwickelung der Gesamtheit schädigen.

Auch hier liegt ein wichtiger Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Schutzzollsystem vor.

Solange die kapitalistische Produktionsweise nicht voll entwickelt war und das industrielle Kapital seinen Ausbeutungscharakter noch nicht deutlich zeigte, waren **alle Klassen** darin einig, die Politik des Merkantilsystems zu unterstützen, selbst

jene Klassen, die darunter litten, Arbeiter, Bauern, Kleinbürger. In der Regel waren es absolute Fürsten, die das Merkantilsystem in Anwendung brachten; als aber die große englische Revolution in der Mitte des 17. Jahrhunderts an Stelle des königlichen ein republikanisches Regiment setzte, in dem Kleinbürger, Bauern, Arbeiter herrschten, da erwies sich dieses als noch energischer und rücksichtsloser in der Anwendung der Grundsätze des Schutzsystems, die der künstlichen Züchtung der Kapitalisten dienten, als irgendeine königliche, der großen Finanz dienstbare Regierung.

So galt auch noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Deutschland der Zollschutz als etwas Selbstverständliches, woran keine Klasse zu rütteln dachte.

Das ändert sich aber, wenn die Industrie weit genug ist, des Zollschutzes entbehren zu können, wenn dieser aufhört, eine Notwendigkeit für die Entwickelung der Produktivkräfte der Nation zu sein und immer mehr ein Mittel wird, den Profit einzelner Ausbeuterschichten künstlich zu steigern auf Kosten der Gesamtheit oder anderer Ausbeuterschichten.

Die Handelspolitik wird jetzt ein Objekt interner Klassenkämpfe, die mitunter die Leidenschaft aufs höchste entflammen. In den vierziger Jahren war der Kampf um die Handelspolitik eine der Ursachen, die England an den Rand des Bürgerkrieges brachten; zwei Jahrzehnte später zählte dieser Kampf zu den Ursachen, die in Amerika den Bürgerkrieg tatsächlich entflammten, und wieder zwei Jahrzehnte später war er eine der Ursachen, die Bismarck trieben, die deutsche Arbeiterklasse zu ächten und außerhalb des Gesetzes zu stellen. Sie war der Hauptgegner, den es niederzuschlagen galt, ehe das große Unternehmen gegen die Taschen des Volkes unternommen werden konnte.

Gegen die Arbeiter richtete sich vor allem die damalige Vereinigung von Scharfmachern und Brotwucherern, gegen sie richtet sie sich heute. Der Kampf gegen den Zoll ist seitdem ein Teil des Klassenkampfes des Proletariats geworden.

Das tritt am sinnenfälligsten zutage beim Kampf um den Getreidezoll.

---

7. Die Agrarzölle.

a) Käufer und Verkäufer von Lebensmitteln auf dem flachen Lande.

Das a und o der neueren Schutzzollpolitik sind, wie wir schon bemerkt, die Agrarzölle, die Zölle zur Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte, also in erster Linie die Getreidezölle, dann aber auch Viehzölle, Butterzölle, Holzzölle u. dgl. Um sie dreht sich auch jetzt hauptsächlich der Kampf.

Da entsteht vor allem die Frage: Wem soll damit geholfen werden? Offenbar der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

1907 betrug diese, soweit sie Landwirtschaft als Hauptberuf übt, 17 681 176 Personen. Davon waren selbständige Landwirte mit ihren Familienangehörigen 7 795 398. Die anderen, fast 10 Millionen, waren Lohnarbeiter und deren Angehörige, von denen nur wenige Lebensmittel verkaufen, die meisten Lebensmittel kaufen oder weder kaufen noch verkaufen, sondern als Naturallohn erhalten.

Und von den selbständigen Landwirten selbst — ohne Angehörige 2 500 000 — verkaufen nicht alle mehr Lebensmittel als sie kaufen. Von ihnen produzieren viele Lebensmittel vorwiegend für den eigenen Bedarf; sie verkaufen einiges, etwa Geflügel, Eier, Milch, müssen aber anderes wieder zukaufen, z. B. Brot, Fleisch, Butter (oder Margarine). Das nötige Bargeld für Steuern, Ankauf von Industrieprodukten u. dgl. wird durch Lohnarbeit oder anderen Erwerb gewonnen. Sieht man also die Berufsstatistik an, so findet man schon, daß der größere Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung kein Interesse an hohen Lebensmittelpreisen hat. Zu demselben Ergebnis führt uns die Betriebsstatistik.

Im ganzen zählte man 1907 5 736 082 landwirtschaftliche Betriebe, von denen aber 3 378 509 unter 2 Hektar groß waren. Diese letzteren gehören mit wenigen Ausnahmen zu jener Kategorie, die mehr Lebensmittel kauft als verkauft, die also unter einer Preissteigerung derselben ebenso direkt leidet, wie die Mehrzahl der zehn Millionen der landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung.

An Betrieben von 2 bis 5 Hektar zählte man 1907 1 006 277. Von diesen wird man im Durchschnitt sagen können, daß sie an einer allgemeinen Erhöhung der Lebensmittelpreise kein Interesse haben, wenn sie auch darunter nicht leiden. Was sie auf der einen Seite, etwa als Verkäufer von Vieh oder tierischen Produkten, dabei gewinnen, verlieren sie auf der anderen, etwa als Käufer von Brot und Futtermitteln. Dasselbe wird man von solchen Landarbeitern sagen können, die nicht direkt durch höhere Lebensmittelpreise geschädigt werden. Jene Sorte Landarbeiter ist so gut wie ausgestorben,

die von höheren Getreidepreisen profitieren, weil sie einen so großen Teil des Lohnes in Getreide bezahlt bekommen, daß sie eine erhebliche Menge davon verkaufen können.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die einen Vorteil aus der Preissteigerung der agrarischen Produkte ziehen könnten, nämlich die der Betriebe von mehr als 5 Hektar, beträgt 1 351 296. Ihre Inhaber samt ihren Angehörigen repräsentieren etwa 5—6 Millionen Personen.

Das ist höchstens ein Drittel jener Bevölkerung, die Landwirtschaft im Hauptberuf betreibt, und ist nur ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Es müßten schon erhebliche Interessen auf dem Spiele stehen und bedeutende Vorteile dadurch erreicht werden können, wenn die übrigen neun Zehntel um dieses einen Zehntels willen sich große Opfer auferlegen sollten, namentlich wenn man erwägt, daß die größere Hälfte dieser neun Zehntel zu den Besitzlosen und Armen zählt, indes in dem einen Zehntel sehr wohlhabende und steinreiche Leute zu finden sind.

b) Die Notlage der Landwirtschaft.

Dieses große, nationale Interesse soll das der Landwirtschaft sein. Allerdings, es sind nur 1 350 000 Betriebe an den Agrarzöllen interessiert; aber diese Minderheit der landwirtschaftlichen Betriebe umfaßt beinahe die gesamte deutsche Landwirtschaft; die ihr gegenüberstehende Mehrheit besteht aus Zwergwirtschaften, die für die Lebensmittelversorgung des Volkes nicht in Betracht kommen. Die 3 378 000 Betriebe unter 2 Hektar bebauen zusammen bloß 1 731 000 Hektar, die Million Betriebe von 2—5 Hektar bewirtschaftet 3 305 000 Hektar, die 1 350 000 größeren Betriebe dagegen umfassen 26 800 000 Hektar.

Diese sind es, erklären die Agrarier, die dem deutschen Volk sein Brod und sein Fleisch liefern; wenn sie verfallen, hängt die Ernährung des Volkes vom Auslande ab, jeder Krieg, ja schon jeder Zollkrieg kann sie bedenklich stören. Wie immer sich das wirtschaftliche Verhältnis eines Volkes zu seinen Nachbarvölkern gestalten mag, wie sehr es auch von dem Wachsen der Exportindustrie abhängen mag, seine Landwirtschaft muß in blühendem Zustande erhalten bleiben, sonst hängt das Gedeihen des Volkes in der Luft und kann durch jeden kräftigen Windstoß von außen umgeblasen werden.

Es liegt viel Wahres in diesen Bemerkungen. Namentlich die Sozialdemokratie, die Erbin der heutigen Gesellschaft, hat alle Ursache, wo sie kann, einem Verfall der Landwirtschaft entgegenzuwirken; denn die Ernährung des Volkes durch von außen gekaufte statt durch selbst produzierte Lebensmittel, die Arbeitsteilung zwischen Industriestaat und Agrarstaat, ist ein Zustand, der nicht andauern kann und nicht dauern wird.

Auf der anderen Seite fällt es uns auch nicht ein, zu leugnen, daß sich die Landwirtschaft heute in einer gewissen Notlage befindet. Aber das ist eine Notlage ganz anderer Art, als jene, die zur Einführung der Agrarzölle in Deutschland die Veranlassung gab. Wir haben gesehen (S. 32), daß jene Veranlassung in dem Sinken der Getreidepreise bestand, das durch die Verbesserungen der Verkehrsmittel herbeigeführt wurde, die aus Rußland, Rumänien, namentlich aber aus Amerika massenhaft billiges Getreide nach Westeuropa brachten.

Dieses Sinken der Preise hat seit einiger Zeit aufgehört. Es erreichte seinen tiefsten Stand in der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, um dann gerade zur Zeit, als der Kampf um das gegenwärtige Zollregime entbrannte, vor einem Jahrzehnt, unter Schwankungen, die den wechselnden Welternten entsprachen, einer Neigung zur wachsenden Steigerung der Preise Platz zu machen.

So verzeichnete z. B. das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich folgende Durchschnittspreise:

	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
	Tausend Kilo in Mark									
Weizen, New York	121	123	129	159	153	131	150	163	184	170
Roggen, Riga . .	96	104	100	102	112	118	152	152	134	118

Der Weizen kostete also im Durchschnitt der ersten fünf Jahre des Jahrzehnts in New York 137 Mark, im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dagegen 159 Mark, 22 Mark mehr. Für Roggen in Riga lauteten die Zahlen 103 und 135. Hier beträgt die Differenz gar 32 Mark. Noch stetiger war gleichzeitig das Steigen der Vieh- und Fleischpreise. In Wien stiegen galizische Mastochsen von 1901—1910 von 557 auf 713 Mark pro 100 Kilo Lebendgewicht, Schweine von 70,5 auf 117,6 Mark.

Diese Bewegung der Preise auf dem Weltmarkt wirkte natürlich auf die Preise in Deutschland zurück, wo die Weltmarktpreise aber noch durch den Zoll über den Stand des Weltmarkts hinaus erhöht wurden.

So verzeichnet das schon genannte Jahrbuch z. B. folgende Durchschnittspreise in Mark:

	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
	Weizen, 1000 kg:									
Berlin . .	163,6	163,1	161,1	174,4	174,8	179,6	206,3	211,2	233,9	211,5
Mannheim .	177,0	174,0	175,7	184,0	180,2	196,2	223,5	236,9	257,1	228,6
	Roggen, 1000 kg:									
Berlin . .	140,7	144,2	132,3	135,1	151,9	160,6	193,2	186,5	176,5	152,3
Mannheim .	147,6	150,3	146,8	145,1	158,7	172,5	199,0	194,8	179,5	164,1
	Rindvieh, 100 kg Schlachtgewicht:									
Berlin . .	117,3	121,4	129,0	131,5	137,5	147,7	146,6	139,0	131,6	145,0
	Schweine, 100 kg Schlachtgewicht:									
Berlin . .	112,0	118,8	99,7	98,0	128,1	133,8	110,3	116,3	133,2	128,0

Vergleichen wir die Zahlen nach Jahrfünften, wo der Wechsel der jährlichen Erträge mehr ausgeglichen erscheint, dann finden wir:

Jahresdurchschnitt:	1901—1905	1906—1910
Weizen, 1000 kg:		
Berlin	167,4	208,4
Mannheim	178,2	228,4
Roggen, 1000 kg:		
Berlin	140,8	173,8
Mannheim	149,7	182,0
Rindvieh, 100 kg Schlachtgewicht:		
Berlin	127,3	142,0
Schweine, 100 kg Schlachtgewicht:		
Berlin	111,3	122,3

Diese Zahlen genügen wohl, zu zeigen, daß die Teuerung der Lebensmittel, die auf der Volksmasse so furchtbar lastet, nicht eine vorübergehende Erscheinung ist.

Und trotzdem jammern die Landwirte über ihre Notlage, und nicht zufrieden damit, sich jedem Versuch zu widersetzen, den entsetzlichen Notstand durch eine Beseitigung der Zölle mindestens zu mildern, fordern sie noch immer neue landwirtschaftliche Zölle und eine Erhöhung der alten! Und wirklich ist an ihren Klagen nicht alles bloße unersättliche Gewinnsucht.

Woher kommt es, daß trotz steigender Preise die Landwirtschaft sich immer noch beengt und bedrängt fühlt?

Es sind zwei Nachteile, an denen sie leidet: der Mangel an Arbeitern und die hohen Güterpreise resp. Pachtzinsen.

Während die Industrie und der Handel rasch immer größere Menschenmassen an sich ziehen, vermag die Landwirtschaft immer schwerer so viele Arbeiter an sich zu fesseln, als sie braucht, soll sie ihre volle Produktivkraft entfalten. Man zählte im Deutschen Reiche

Erwerbstätige samt Angehörigen*):

	1882	1895	1907
Landwirtschaft . . .	19 225 000	18 501 000	17 681 000
Industrie	16 058 000	20 253 000	26 387 000
Handel	4 531 000	5 967 000	8 278 000

*) Man muß die Erwerbstätigen samt Angehörigen rechnen. Die Betrachtung der Zahlen der Erwerbstätigen allein gibt für die Landwirtschaft ein falsches Bild, weil 1907 in diesem Erwerbszweig viele als Erwerbstätige gezählt wurden, die bei den früheren Zählungen zu den Angehörigen oder Dienenden im häuslichen Dienst gerechnet wurden.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat seit 1882 um fast 2 Millionen abgenommen, indessen die von Industrie und Handel lebende gleichzeitig um 14 Millionen zunahm.

Das rührt daher, daß die Arbeiter in der Stadt leichter bessere Arbeitsbedingungen finden, wie auf dem Lande. Dort sind sie vereinzelt, sie können sich schwer organisieren, in Deutschland sind sie überdies noch gesetzlich gegenüber den städtischen Arbeitern benachteiligt. In der Stadt arbeiten sie in großen Massen zusammen, können sie sich leichter organisieren und vereint ihre Interessen wahrnehmen. Je mehr sich das moderne Verkehrswesen entwickelt, desto leichter lernen die Landleute städtische Verhältnisse kennen, desto eher entfliehen sie von der heimischen Scholle.

Die Entwicklung der modernen Produktionsweise bringt aber noch eine andere Erscheinung mit sich, die in gleicher Richtung wirkt: die zunehmende Arbeitsteilung. Ehedem verfertigte der Bauer fast alles selbst, was er brauchte. Die Axt im Hause, sagt Schillers Tell, erspart den Zimmermann. Auch die landwirtschaftlichen Großbetriebe erzeugten viel von dem selbst, was sie bedurften. Außerdem war das Maschinenwesen in der Landwirtschaft nicht entwickelt. Viele Arbeiten, die jetzt in einigen Tagen erledigt sind, erheischten viele Wochen, z. B. das Dreschen. Beides wirkte dahin, daß der Landmann im Winter ausreichend Beschäftigung in seinem Betrieb fand.

Das änderte sich mit fortschreitendem Kapitalismus. Eine Beschäftigung nach der andern, die der Landwirt ehedem neben der Landwirtschaft trieb, wird ein eigenes Gewerbe der Industrie. Die Landwirte werden immer mehr ausschließlich auf Pflanzenbau und Viehhaltung beschränkt. Der erstere ist aber bloß ein Saisongewerbe, das im Winter völlig eingestellt ist und auch im Sommer nicht stets gleich viele Arbeitskräfte braucht, sondern zeitweise große Massen, namentlich zur Erntezeit, und sonst nur wenige. Dieser schroffe Wechsel von Ueberbeschäftigung und Beschäftigungslosigkeit wird noch verstärkt durch das Eindringen der Maschinen, dessen wir schon oben gedacht.

Damit schwindet die Stetigkeit der Beschäftigung für den Landarbeiter. Die Industrie bietet ihm, selbst wenn sie nicht höhere Taglöhne zahlt, doch größere Stetigkeit der Beschäftigung und damit ein höheres Jahreseinkommen. Die Landarbeiter ziehen mehr und mehr der Industrie zu. Soweit sie ersetzt werden, geschieht es durch auswärtige Wanderarbeiter, die auf einer niederen Kulturstufe stehen und schlechtere Arbeit verrichten.

Davon werden am stärksten die Großbetriebe betroffen, die am meisten Lohnarbeiter beschäftigen und mehr Pflanzenbau als Viehhaltung betreiben. Das sind gerade jene Be-

triebe, die am ehesten die moderne Technik anwenden und am produktivsten arbeiten können. Viel weniger leiden darunter die kleinen Betriebe ohne Lohnarbeiter, die mehr die Viehhaltung betreiben. Das sind gerade die unproduktivsten, rückständigsten Betriebe. Indessen vermögen auch sie nicht so viele Arbeitskräfte zu fesseln, als sie brauchen. Denn ihr Betrieb erfordert eine solche stete Anspannung von Arbeitskraft, wie sie der Industriearbeiter nicht zu leisten hat. Der Nachwuchs der Kleinbauern wendet sich daher ebenfalls mit Vorliebe der Industrie zu. In der Landwirtschaft sind viel mehr Kinder und Greise beschäftigt als in der Industrie. In dieser wieder mehr die kräftigen Leute im Alter von 20—40 Jahren.

Von je 10 000 Erwerbstätigen der betreffenden Berufsabteilung gehörten zur Altersgruppe

	unt. 14 J.	14—16 J.	16—20 J.	20—40 J.	40—50 J.	über 50 J.
Landwirtschaft	221	675	1284	3769	1628	2423
Industrie . .	55	567	1488	5118	1491	1281

Noch mehr als durch den Mangel an der Zahl der nötigen Arbeitskräfte wird die heutige Landwirtschaft benachteiligt durch ihre Qualität. An Stelle einheimischer, ständiger, ausgebildeter Arbeiter treten Wanderarbeiter aus rückständigen Gegenden. An Stelle von Arbeitern in der Vollkraft der Jahre Kinder und Greise.

Diese Entwicklung vollzieht sich ebenso in Gegenden des Kleinbetriebs wie des Großbetriebs. So umfaßten die ländlichen Gegenden

	Einwohner		
	1895	1907	Abnahme
in Württemberg	1 237 107	1 208 576	28 531
„ Baden	943 472	914 104	29 368
„ Hessen	541 681	512 745	28 936
„ Bayern	3 813 521	3 765 215	48 306

Neben dem wachsenden Mangel an Arbeitskräften wird die Landwirtschaft noch beengt durch das gleichzeitige Steigen der Bodenpreise, das von der Steigerung der Grundrente herrührt, die ihrerseits eine Folge der Steigerung der Preise landwirtschaftlicher Produkte ist. Wo diese Preise dauernd hochstehen, so daß sie dauernd einen Ueberschuß über die Produktionskosten und den Durchschnittsprofit erzielen, da verbleibt dieser Ueberschuß nicht dem Landwirt, sondern er verwandelt sich in Grundrente, die dem Grundbesitzer zufällt. Der Bodenpreis aber ist nichts anderes, als die kapitalisierte Grundrente. Wenn z. B. die Bearbeitung einer Bodenfläche im Jahre einen Ueberschuß von 800 Mark abwirft und der durchschnittliche Kapitalzins 4 Prozent beträgt, so wird die Bodenfläche auf 20 000 Mark bewertet werden.

Nun könnte man meinen, dort, wo nicht das Pachtsystem herrscht, wo Grundbesitzer und Landwirt eine Person seien, da falle die steigende Grundrente dem Landwirt zu. Das gilt aber nur bis zum nächsten Besitzwechsel. Der nächste Erbe oder Käufer des Gutes hat es zu einem erhöhten Preise zu übernehmen, hat einen höheren Kaufpreis oder eine höhere Abfindung der Miterben zu bezahlen; und besitzt er nicht das nötige Geld dazu, dann muß er eine Hypothek aufnehmen.

Das Wachsen der Grundrente bedeutet also bei Pachtsystem die Steigerung der Pachtzinsen, bei Selbstbewirtschaftung des eigenen Bodens die Steigerung der Hypothekenlast. Die höhere Verzinsung des sogenannten Bodenkapitals, die zuerst eine Folge der höheren Einnahmen des Landwirts ist, wird nun eine höhere Ausgabe, die er auf jeden Fall zu leisten hat, wie immer die Preise sich gestalten. Er rechnet sie unter die Produktionskosten, die er im höheren Preise wieder hereinkriegen muß. Was eine Wirkung hoher Preise ist, wird auf diese Weise wieder zu einer Ursache hoher Preise, die den Konsumenten schädigen, ohne daß sich der Produzent besser steht. Bloß der Hypothekengläubiger hat den Vorteil davon.

Der Landwirt ist dabei um so schlimmer dran, als nicht bloß der tatsächlich erzielte, sondern auch der erwartete Ueberschuß, den die Preise der Produkte über Produktionskosten und Profit hinaus abzuwerfen versprachen, in der Bemessung des Bodenpreises mitgerechnet wird.

Am meisten haben darunter die kleinen Leute zu leiden, die Grundstücke nicht kaufen, um damit zu spekulieren, sondern bloß um Gelegenheit zur Verwertung ihrer Arbeitskraft zu haben. Der kapitalistische Landwirt kauft ein Gut nur, wenn es ihm den durchschnittlichen kapitalistischen Profit abwirft. Die kleinen Leute, vielfach ehemalige Lohnarbeiter, die ihre Ersparnisse benutzen, sich selbständig zu machen, sind schon zufrieden, wenn sie aus dem Boden ihren dürftigen Lebensunterhalt in der Höhe des Arbeitslohnes herauswirtschaften. Die Bodenmonopolisten haben ihnen gegenüber weit leichteres Spiel als bei den großen Kapitalisten. Sowohl die Pachtzinsen wie die Preise für kleine Güter sind weit höher als für große. So betrugen z. B. nach Rotkegel die Durchschnittspreise von Landgütern in Preußen in den Jahren 1895 bis 1906 in Mark für 1 Hektar:

Unter 2 Hekt.	2—5 Hekt.	5—20 Hekt.	20—100 Hekt.	üb. 100 Hekt.
2695	1929	1355	1144	862

Es sind also gerade die kleinsten Pächter und Käufer von Grundstücken, die unter den hohen Bodenpreisen am meisten leiden.

Wie Grundstückspreise und Kapitalzinsen die Preise der Produkte beeinflussen, sei an einem Beispiel gezeigt. Die bekannte Firma Maggi in der Schweiz betreibt Landwirtschaft, über die sie genau Buch führt und über deren Ergebnisse sie jüngst einen Bericht veröffentlichte. Sie berechnete dort unter anderem die Gestehungskosten eines Liters Milch auf 19 Centimes (genau 18,9). Als Beispiel wird eine Kuh angenommen, die 2956 Liter Milch im Jahre gibt; die Produktionskosten belaufen sich auf 559 Franken. Unter diesen Kosten sind aber nicht bloß die Ausgaben für die Arbeiten inbegriffen, die die Fütterung und Haltung der Kuh verursacht, sowie die Ausgaben für Viehversicherung, Tierarzt, Abschreibungen am Viehwert, sondern auch die Verzinsung des Bodens, der zur Futterproduktion für die Kuh erforderlich ist. Bei einem Preis von 1000 Franken pro Juchart macht diese Verzinsung, also die Grundrente 100 Franken im Jahre aus, da pro Kuh 2½ Jucharten Wiesen erheischt sind. Dazu kommt die Verzinsung des zur Anschaffung der Kuh erforderlichen Kapitals von 750 Franken, das macht zu 4½ Prozent 33,75 Franken, sowie Miete (worin auch Grundrente und Kapitalzins steckt) für den Stall von 60 Franken. Endlich wird Stroh für die Kuh als Streu gekauft im Betrage von 65,70 Franken jährlich. Davon können wir ein Fünftel als Grundrente nehmen, das beträgt 13,14 Franken.

Also machen Grundrente und Kapitalzins zusammen 207 Franken aus. Von der Gesamtsumme an Produktionskosten, die die Firma auf 559 Franken berechnet, sind demnach nur 359 Franken wirkliche Produktionskosten, der Rest sind Abgaben an den Grundbesitz und das Geldkapital.

Pro Liter belaufen sich die wirklichen Produktionskosten der Milch bei den heutigen Produktionsverhältnissen, wie sie bei der Firma Maggi bestehen, nicht auf 19, sondern auf 12 Centimes.

Lebten wir in einer sozialistischen Gesellschaft, wo Grund und Boden und auch die sonstigen Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, könnten also die gesellschaftlichen Betriebe die Milch erheblich billiger abgeben, als heute die kapitalistischen, und dabei wären sie noch in der Lage, die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen besser zu stellen. Nehmen wir an, der Konsument erhalte den Liter Milch zu 15 Centimes (12 Pfennige), also weit billiger als heute, so blieben für bessere Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte noch 3 Centimes pro Liter, also 88,68 Franken pro Kuh. An Ausgaben für Arbeiten bei der Viehhaltung rechnet die Firma Maggi 232 Franken pro Kuh und Jahr. Diese Ausgaben könnten jetzt auf 320 Franken erhöht werden.

Die Löhne würden steigen, die Preise der Lebensmittel geringer werden, die Arbeiter also doppelt gewinnen — selbst

wenn die technischen Produktionsverhältnisse gleichblieben. Technische Verbesserungen würden das Resultat noch günstiger gestalten.

c) Die wirksame Bekämpfung des landwirtschaftlichen Notstandes.

Wir wissen jetzt, woher jene Erscheinungen rühren, die als Notlage der Landwirtschaft bezeichnet werden. Stand diese Notlage ehedem in Zusammenhang mit dem Sinken der Preise landwirtschaftlicher Produkte, so kann jetzt, im Zeitalter der Teuerung, nicht mehr die Rede davon sein. Und waren die Agrarzölle damals schon ein für den Produzenten unzureichendes, für den Konsumenten und die Gesamtheit der Gesellschaft aufs höchste schädliches Mittel gegen jene Notlage, so haben sie für das, was heute als landwirtschaftlicher Notstand auftritt, jede Bedeutung verloren.

Wir haben gesehen, daß eine seiner Ursachen in den hohen Bodenpreisen liegt, die durch die Agrarzölle sehr gefördert und durch deren abermalige Erweiterung und Erhöhung noch mehr in die Höhe getrieben wurden, zur Freude aller Güterspekulanten und Güterschlächter und zur steigenden Belastung der Volksmasse und aller jener Mitglieder der Landbevölkerung, die von der Arbeit ihrer Hände und nicht von der Ausbeutung ihrer Mitmenschen leben.

Dieses Uebel wird nicht durch Agrarzölle beseitigt, sondern nur durch die Ablösung des Privateigentums am Boden durch die Gesellschaft, durch die Aufhebung der Sklaverei des Zinsens für Kapitalien und Hypotheken. Wir haben gesehen, daß dabei die wirklichen Produzenten ebenso gewinnen wie die Konsumenten, oder besser gesagt, daß die Volksmasse dabei sowohl in ihrer Eigenschaft als Produzent wie als Konsument, also doppelt gewinnt. Die Sozialdemokratie ist heute die einzige Partei, die sich dieses Ziel setzt.

Neben den hohen Bodenpreisen haben wir noch eine zweite, mächtige Ursache kennen gelernt, die der Entwicklung der Landwirtschaft immer größere Hindernisse in den Weg legt: es ist die wachsende Leutenot, die Abwanderung von der Landwirtschaft zur Industrie. Ihr kann nur gesteuert werden, wenn man die letzte Ursache jener Landflucht aufhebt, die Trennung von Industrie und Landwirtschaft, das heißt, wenn die Industrie wieder aufs flache Land verlegt wird und die Industriearbeiter gleichzeitig Landarbeiter werden und umgekehrt.

Das wird heute schon vielfach versucht, aber in kapitalistischen Formen, und in diesen hilft es nicht, die ländliche Bevölkerung zu heben, sondern sie herabzudrücken. Eine kapitalistische Industrie stößt auf dem Lande auf eine Reihe

von Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten. Ein Kapitalist verlegt daher seine Industrie nur dann aufs flache Land, wenn er sicher ist, dort eine bedürfnislose und wehrlose Arbeiterbevölkerung zu finden, durch deren weitgetriebene Ausbeutung er sich ausreichend für jene Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten entschädigen kann. Die Verlegung der Industrie aufs flache Land, mag es in der Form der Heimarbeit oder der Fabrikarbeit geschehen, dient also heute nur dazu, die Landbevölkerung noch mehr zu versklaven, als sie schon ist, ihr neue Abhängigkeiten aufzuerlegen, nicht aber dazu, ihr neue Elemente aus den Industriebezirken zuzuführen. Nur eine sozialistische Gesellschaft, in der die Produktionsmittel das Eigentum der Arbeiterklasse sind, vermag die Verbindung von Industrie und Landwirtschaft in Formen zu vollziehen, in der sie den bisherigen industriellen Arbeitern anziehender erscheint als die einseitige industrielle Arbeit. Nur eine solche Gesellschaft vermag der Landwirtschaft die Arbeitskräfte, deren sie bedarf, in größter Fülle zuzuführen, sie dadurch zu ihren höchsten Leistungen zu befähigen und damit allem landwirtschaftlichen Notstand für immer ein Ende zu machen.

Indessen will die Sozialdemokratie nicht bis zu dem Zeitpunkt warten, wo sie die Macht erlangt hat, alle diese Aenderungen durchzuführen, um der Landwirtschaft zu helfen. Wenn sie die Agrarzölle ablehnt, so ist sie doch stets zu wirklichen Reformen bereit, um schon heute die Lebenslage aller, die von ihrer Arbeit leben, nicht bloß in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft zu verbessern und die Produktivität der Landwirtschaft, die der Volksmasse ihr tägliches Brot liefert, durch staatliche Eingriffe zu heben.

Das Proletariat würde nichts verlieren, wenn dazu dieselbe Summe aufgewendet würde, die ihm heute schon etwa durch die Getreidezölle abgeknöpft wird.

Ein Getreidezoll von 5 Mark, ganz abgesehen von den anderen Agrarzöllen, stellt bereits, wie wir noch sehen werden, eine Steuer auf die Bevölkerung des Deutschen Reiches von mehr als einer halben Milliarde Mark (etwa 650 Millionen) im Jahre dar. Daß diese Summe jahraus, jahrein zur Hebung der Landbevölkerung ausgegeben würde, dagegen hätten wir nichts einzuwenden. Aber wir müssen uns dagegen erklären, daß dies durch den Zoll geschieht; einmal weil dieser eine Kopfsteuer darstellt, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja die Aermeren eher noch mehr als die Reichen, weil sie mehr Brot, weniger Fleisch essen, dann aber, weil die so aufgebrachte Summe, wie wir gesehen haben, auf die Dauer nicht der bedrängten Landwirtschaft zugute kommt, sondern den Hypothekengläubigern, Güterspekulanten und Fideikommißbesitzern, den reichsten und überflüssigsten Teilen der Nation.

Wir hätten aber nichts dagegen, daß die 600 Millionen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht und zum Vorteil der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Landwirtschaft verwendet werden, etwa zur Uebernahme der Schulkosten auf den Staat, zum Bau von Schulen, zur Vermehrung der Lehrer, Ausdehnung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, zum Bau von Arbeiterhäusern, die den Landarbeitern menschenwürdige Wohnungen böten, in denen sie frei blieben von jeder Unternehmerwillkür, zum Ausbau eines ausreichenden Netzes von Kleinbahnen, Straßen und Wegen, zur Verstaatlichung und Verbesserung der Armenpflege und des Heilwesens, zur Betreibung einer rationellen Wasserwirtschaft, welche die Gefahren von Hochfluten beseitigt und Bewässerungsanlagen sowie Wasserkräfte schafft, endlich, wenn die Mittel noch reichen, zur Erwerbung einzelner Güter bankerotter Junker, und zu ihrer Umwandlung in Musterwirtschaften — Musterwirtschaften nicht bloß in technischer, sondern auch in sozialer Beziehung.

Verbindet man damit noch die Beseitigung des Militarismus, der der Landwirtschaft im Jahre so viele Arbeitskräfte entzieht, die Expropriation der Kohlengruben, um dem gesamten Volk, also auch den Landwirten, billiges Feuerungsmaterial zur Verfügung zu stellen — wozu die Aufhebung der Finanzzölle und der Eisenzölle zu gesellen wäre —, so würde damit die Verminderung der Produktionskosten der deutschen Landwirtschaft und die Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem heimischen Markt, ja auf dem Weltmarkt, und gleichzeitig die geistige und physische Hebung der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung ungemein gefördert werden.

Das ist die Staatshilfe für die Landwirtschaft, die wir den Agrarzöllen entgegensetzen.

d) Die Belastung der Arbeiterschaft durch die Lebensmittelzölle.

Müssen wir uns schon im Interesse der Hebung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte gegen die Getreidezölle wenden, so noch entschiedener im Interesse der Arbeiterklasse.

Die Agrarzölle bedeuten für diese eine höchst drückende Erhöhung der Preise ihrer Lebensmittel.

Das wird von agrarischer Seite bestritten, denn, sagt man, der Zoll wird vom Ausland getragen. Diese Behauptung kann aber nach den Ergebnissen der letzten Jahrzehnte nicht mehr aufrecht erhalten werden. In Deutschland wurde 1879 ein Getreidezoll von 10 Mark pro 1000 Kilo Weizen, Roggen, Hafer eingeführt. 1885 wurde er schon für Weizen und Roggen verdreifacht, 1887 weiter auf 50 Mark

hinaufgetrieben. Die unerträglichen Zustände, welche dieser Satz hervorrief, drängten auf seine Ermäßigung. Er wurde anfangs der neunziger Jahre auf 35 Mark herabgesetzt, aber bald verlangten die Großgrundbesitzer wieder die Erhöhung des Zolls, und sie setzten ihren Willen durch, dank dem Volksverrat des Zentrums und der Nationalliberalen und der brutalen Niedertrampelung aller Opposition. Im Reichstag wurde 1902 gegen den energischen Widerstand der Sozialdemokratie der neue Zolltarif durchgepeitscht, der 1906 in Wirksamkeit trat. Er setzt für Weizen einen Mindestzoll von 55 Mark, für Roggen von 50 Mark usw. fest.

Diese verschiedenen Zollsätze spiegeln sich in der Verschiedenheit der Preissätze des Getreides im Inland und Ausland.

Für die Zeit von 1878 bis 1895 finden wir eine ausführliche und genaue Vergleichung der Roggenpreise von Berlin und Amsterdam in der Schrift Brentanos über: „Die deutschen Getreidezölle". Sie ist zu umfangreich, hier ganz reproduziert zu werden. Wir entnehmen ihr nur einige Zahlen, die anderen zeigen aber ganz die gleiche Erscheinung. Es betrugen:

Roggenpreise pro 1000 Kilo:

	Berlin	Amsterdam	Berlin höher	Zoll pro 1000 kg
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1. Oktob. 1878	115	114	1	kein Zoll
2. „ 1882	135	125	10	10
1. „ 1885	128	97	31	30
1. „ 1889	160	105	55	50
1. „ 1894	110	70	40	35

Für die Zeit von 1901—1910 gibt das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich jährliche Durchschnittspreise verschiedener Produkte des Massenkonsums an einzelnen Märkten. Solche Preisangaben ermöglichen keine so genaue Vergleichung wie die einzelner Tage. Immerhin bezeugen auch sie die Steigerung der Preise durch den Zoll.

So verzeichnet z. B. das Statistische Jahrbuch folgende Durchschnittspreise für Weizen in Mark pro 1000 Kilo:

	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	
in Amsterdam	130	137	134	152	171	151	164	176	192	163
„ Mannheim	177	174	176	184	188	196	223	237	252	229
in Mannheim mehr . .	47	37	42	32	17	45	59	61	60	66
„ Berlin . .	164	163	161	174	175	180	206	211	234	212
in Berlin mehr . .	34	26	27	22	4	29	42	35	42	49

Wir sehen, seit 1907 erheben sich die Preise in Berlin fast in demselben Maße über den Weltmarktpreis, als der

Zoll gesteigert wird (von 35 Mark auf 55 Mark). In Mannheim übersteigt sogar der Preis noch um mehr, als der Zoll ausmacht, den Weltmarktpreis, weil hier noch Frachtkosten dazu kommen. Natürlich schwanken die Differenzen von Jahr zu Jahr mit dem Wechsel der Ernten im In- und Ausland, aber im allgemeinen Durchschnitt wird der Preis um den Zoll erhöht.

Es werden aber nach Scheel in Deutschland pro Kopf durchschnittlich 200 Ko. Brotkorn im Jahr zur menschlichen Nahrung verbraucht. Wird auf 1000 Ko. ein Zoll von 55 resp. 50 Mk. gelegt, so bedeutet das eine Erhöhung des Preises ungefähr um diesen Betrag über den Weltmarktpreis hinaus, also eine Preiserhöhung von 10 Mk. für den durchschnittlichen Jahreskonsum einer Person, von etwa 50 Mk. für die Familie von 5 Köpfen; eine Steuer für das deutsche Volk von 650 Millionen Mark! Dazu kommen noch die anderen Lebensmittelzölle; Butter und Margarine werden um 20 Pf. pro Ko. verteuert, Fleisch um 27 bis 35, Käse um 15, Schmalz um 10 Pf., Kartoffeln um 1 Mk. (vom 15. Februar bis 31. Juli) per 100 Ko. usw. Bei einem Fleischverbrauch von 30 Ko. pro Kopf macht die Verteuerung des Fleisches durch den Zoll 10 Mk. im Jahr, für die Gesamtbevölkerung 650 Millionen Mark aus.

Kurz, der Gesamtbetrag der finanziellen Last, die um der imaginären Rettung der Landwirtschaft willen dem deutschen Volke aufgelegt ist, dürfte sich von zwei Milliarden Mark im Jahr nicht weit entfernen. 100 bis 150 Mk. im Jahr werden auch der ärmsten Arbeiterfamilie erpreßt, damit ein Häufchen Drohnen, darunter die Reichsten der Reichen, ihre Profite vermehrt sehen!

Aber, wird man sagen, die Löhne werden um den Betrag des Zolles steigen. Wird der Zoll nicht vom Ausland getragen, so doch auch nicht von den Arbeitern, sondern vom industriellen Kapital. Dieses aber ist sehr wohl imstande, einen derartigen Aderlaß zu ertragen.

Das Steigen der Löhne infolge einer Zollerhöhung ist jedoch sehr zweifelhaft. Diejenigen, die es behaupten, mögen sich vielleicht auf das eherne Lohngesetz berufen. Aber auch dieses besagte nicht, daß die Löhne mechanisch der Bewegung der Lebensmittelpreise folgen. Dieses Gesetz nahm vielmehr an, daß, wenn die Preise der Lebensmittel steigen, dadurch so viel Elend in der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen wird, daß ihre Zahl sich durch Vermehrung der Sterbefälle, Zunahme der Auswanderung und Abnahme der Eheschließungen so lange verringert, bis der Rückgang im Angebot von Arbeitskräften die Löhne wieder hebt. Also auch die Lehre vom ehernen Lohngesetz erwartet als Folge der Steigerung der

Lebensmittelpreise zunächst eine Zunahme von Not und Elend in der Arbeiterklasse.

Nun wissen wir aber, daß das eherne Lohngesetz falsch ist. Die Schwankungen im Lohne vollziehen sich in viel kürzeren Zeiträumen, als es annahm, sie werden bewirkt einesteils durch die Schwankungen in Angebot und Nachfrage, wie sie der Wechsel von Prosperität und Krise erzeugt, und anderseits durch Veränderungen in den Machtverhältnissen von Kapital und Arbeit, die durch gewerkschaftliche Organisation, Arbeiterschutzgesetze, Unternehmerkoalitionen u. dergl. erzeugt werden.

In keiner dieser Beziehungen wird die Lage der Lohnarbeiterschaft durch die Lebensmittelzölle verbessert. Sie fördern nicht die Entwickelung der Produktion, sie hemmen diese vielmehr, wie wir noch sehen werden; sie heben aber auch nicht die Kraft der Arbeiterschaft. Sie sind innig verwachsen mit dem ganzen Schutzzollsystem, das, wie wir schon gesehen, gerade die Unternehmerverbände begünstigt und den Arbeitern feindselig gegenübertritt, die Staatshilfe für die ausbeutenden Klassen auch der Arbeiterschaft gegenüber anruft. Gerade die Brotwucherer gehören zu den entschiedensten Vertretern jener Politik, die der deutschen Arbeiterklasse das Sozialistengesetz brachte, die sie mit dem Zuchthausgesetz bedrohte. Jede Stärkung der Agrarier bedeutet eine Schwächung der Arbeiterklasse.

Auf der anderen Seite aber ist die deutsche Industrie Exportindustrie; sie hat auf dem Weltmarkt ihre Stellung zu behaupten, sie hat mit den Preisverhältnissen des Weltmarktes zu rechnen. Sie wird sich daher gegen jede Lohnerhöhung entschieden wehren, welche die Arbeiter infolge einer Erhöhung der Lebensmittelzölle fordern. Auch hier wirkt der agrarische Zoll dahin, alle jene Industriellen, die sich mit ihm abfinden, um so lauter nach staatlicher Unterdrückung der Arbeiterorganisationen schreien zu lassen.

Von welcher Seite man die Agrarzölle auch betrachten mag, von jeder zeigen sie der Arbeiterschaft ein feindliches Gesicht.

e) Die Belastung der Industrie durch Agrarzölle.

Aber die Agrarzölle bedrohen die Arbeiter nicht bloß als Konsumenten, sondern auch als Produzenten, denn, wie wir schon bemerkt, sie sind ein Mittel, die Entwickelung der Produktion zu hemmen. Sie fördern auf die Dauer nicht die Landwirtschaft, wie wir bereits wissen, sie vermehren am Ende nur ihre Produktionskosten durch Erhöhung der Pachtzinsen und Grundstückspreise über das durch den Weltmarktpreis bestimmte Niveau. Sie hemmen aber direkt die industrielle Entwickelung. Einmal durch Verteuerung der Rohstoffe mancher Industrien — Zölle auf Holz, Hopfen, Brauergerste, Tabak —

dann aber durch die Verminderung der Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskräfte — des wichtigsten aller Produktionsmittel — für alle Industrien.

Würden die Geldlöhne der deutschen Arbeiter so erhöht, daß man die Verteuerung der Lebensmittel über den Weltmarktpreis hinaus dadurch wettmachte, dann bedeutete das eine Belastung der industriellen Kapitalisten, die durch keinen Vorteil für die Arbeiter aufgewogen würde. Steigen aber, wie das in der Regel der Fall sein wird, die Löhne nicht in dem Maße, in dem die Lebensmittel durch den Zoll verteuert werden, so heißt das für die Arbeiter entweder vermehrte Arbeit, um dadurch das Defizit hereinzubringen, oder Verzicht auf die Mittel einer höheren Kultur, bei denen man am ersten spart, oft auch noch schlechtere Ernährung, in jeder Beziehung aber eine Verminderung ihrer Leistungsfähigkeit.

Nun erinnern wir uns des oben über die deutsche Arbeiterklasse Gesagten. Wenn die deutsche Industrie bei geringem Zollschutz in den sechziger und siebziger Jahren so rasch sich gegenüber der so mächtigen englischen zur Ebenbürtigkeit mit ihr entwickeln konnte, verdankte sie dies in erster Linie der überlegenen Bildung ihrer Arbeiter und der Billigkeit ihrer Lebensmittel.

Das agrarische Regime ist daran, die Wurzeln dieser Blüte der deutschen Industrie verdorren zu lassen. Unser Volksschulwesen hat längst seine Ueberlegenheit eingebüßt, und wenn es nach den Agrariern ginge, würde es zurückgehen. Ist ihnen ja schon die heutige Schulpflicht zu lang und die heutige Bildung ihrer Arbeiter zu groß. Die größere Billigkeit der Lebensmittel Deutschlands ist aber auch schon längst verschwunden. Hatte es bis in die siebziger Jahre hinein billigere Lebensmittel als Frankreich und England, so sind heute im Südwesten Deutschlands die Lebensmittel schon teurer als nicht bloß in England, sondern zeitweise sogar teurer als in Frankreich, trotzdem sich dieses eines noch höheren Weizenzolls als Deutschland erfreut. Sie sind viel teurer als in Amerika, das unser gefährlichster Konkurrent auf dem Weltmarkt wird.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich betrug der Durchschnittspreis für 1000 Ko. Weizen

	1909 Mk.	1910 Mk.
in Frankfurt a. M.	237	213
„ Mannheim	252	229
„ München	245	222
„ Paris	198	213
„ London	186	157
„ New-York	184	170

Selbst die Bevorzugung des Roggens macht die Lebensmittel des deutschen Arbeiters nicht mehr billiger. Roggen

kostete in Mannheim 1910 164 Mk.; in London dagegen kostete Weizen damals, wie die obige Tabelle zeigt, 157 Mk.

Dasselbe agrarische Interesse aber, das in dieser Weise, ohne Nutzen für die Landwirtschaft, der Industrie die Rohstoffe verteuert und die menschliche Arbeitskraft entweder verteuert oder in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt, dasselbe agrarische Interesse bedroht die Industrie auch noch mit Zollkriegen, die ihr die tiefsten Wunden schlagen müssen!

Von welchem Standpunkt man auch die Lebensmittelzölle betrachten mag, von dem der Konsumenten oder dem der Produzenten, dem der Entwickelung der Produktivkräfte oder der Entwickelung der Arbeiterklasse, sie erscheinen immer gleich unnütz, gleich schädlich.

f) Agrarzölle und Industriezölle.

Die Lebensmittelzölle sind aber, wie schon bemerkt, der Angelpunkt des ganzen neueren Schutzsystems. Man kann in einem exportierenden Industriestaat wie Deutschland nicht die Lebensmittelzölle abschaffen und die Industriezölle, namentlich die Eisenzölle, beibehalten wollen. Das erlauben nicht nur nicht die bestehenden Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Klassen, das wäre auch eine schwere Belastung der Landwirtschaft. Wenn man will, daß diese der freien Konkurrenz auf dem Weltmarkt gewachsen sei, dann muß man vor allem jenem Leiden aufs kräftigste entgegenwirken, an dem sie am meisten krankt, ihren hohen Produktionskosten. Wollte man sie der freien Konkurrenz aussetzen und gleichzeitig ihre Produktionskosten künstlich erhöhen durch Verteuerung ihrer Werkzeuge und Maschinen, dann hätte sie allerdings volles Recht, über Unbill zu klagen, dann hieße das die Landwirtschaft des Auslandes auf Kosten der inländischen bevorzugen. Und das würde sich bald bitter rächen.

Wer ruft: Fort mit den Getreidezöllen, darf daher nicht zurückschrecken vor dem Rufe: Fort mit den Eisenzöllen. Jene können nicht fallen ohne diese.

Die Beschränkung des Kampfes gegen ein einzelnes Stück des Schutzsystems ist praktisch ebenso unzureichend, wie sie theoretisch ungerechtfertigt ist. Wer tiefer gräbt und sieht, wie die einzelnen Teile des ganzen modernen Schutzsystems notwendig miteinander zusammenhängen, und wie das ganze System ebenso schädlich wirkt für die Arbeiterklasse wie für die Entfaltung der Produktivkräfte, der muß das ganze System bekämpfen.

8. Die Handelsverträge.

a) Der Weg zum Freihandel.

Die prinzipielle Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Handelspolitik ist also vorgezeichnet. Sie ist nicht freihändlerisch in dem Sinne, wie es die bürgerlichen Freihändler vor einem Menschenalter waren. Der Freihandel, oder im weiteren Sinne die freie Konkurrenz, ist nicht das Um und Auf ihres ökonomischen Strebens, er steht nicht einmal in erster Linie bei ihr. Der Kampf um Koalitionsfreiheit, um die Entwickelung und Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, um den Arbeiterschutz wird ihr stets wichtiger sein. Der Freihandel ist ihr auch nicht der Weisheit letzter Schluß; er setzt ebenso wie der Schutzzoll die kapitalistische Produktionsweise voraus, die zu bekämpfen und zu überwinden ihre große historische Aufgabe ist. Aber der Schutzzoll ist heute ein Mittel geworden, die ausbeutenden Tendenzen des kapitalistischen Systems auf die Spitze zu treiben über das Maß hinaus, das sie bei freier Konkurrenz, bei freiem Handel erreichen würden; und gleichzeitig ist der Schutzzoll ein Mittel geworden, die ökonomische Entwickelung zu hemmen; der für das Proletariat wie für die Gesamtgesellschaft günstigste Zustand der kapitalistischen Produktionsweise ist aber der ihrer raschesten Entwickelung. Der Schutzzoll ist also in jeder Beziehung ein Mittel geworden, die dem Proletariat günstigen Seiten der kapitalistischen Gesellschaft zu beengen und die ihm ungünstigen zu entfalten.

Der Freihandel in der kapitalistischen Produktionsweise ist für die Sozialdemokraten nicht der Himmel auf Erden, aber er ist ihr für Industrieländer wie Deutschland, Frankreich, die Vereinigten Staaten, England gegenüber dem Schutzzoll das kleinere Uebel. Sie muß daher für ihn stimmen, wie sie dort, wo sie zu wählen hat zwischen einem konservativen und einem bürgerlich-demokratischen Kandidaten, für den letzteren stimmen muß, ohne irgendwelche Illusionen über die bürgerliche Demokratie zu hegen.

Ist aber der Sozialdemokratie ihr Ziel in der Handelspolitik klar vorgezeichnet, so ist damit noch nicht der Weg gegeben, auf dem sie ihr Ziel anzustreben hat. Der Schutzzoll ist sehr leicht eingeführt, aber nicht so leicht wieder abgeschafft, wenn er sich einmal eingewurzelt hat und das ganze wirtschaftliche Getriebe auf ihn zugeschnitten ist. Nirgends gab es eine energischere und rücksichtslosere Freihandelspartei als in England; 1842 begann die Abbröckelung des Schutzzolls, 1846 kam seine entscheidende Niederlage, aber erst 1860 fielen die letzten bedeutenden Schutzzölle; es blieb dann noch eine Anzahl

kleinerer, die erst später verschwunden sind, so daß England heute nur noch Finanzzölle kennt.

Wie entschieden man demnach die Aufhebung des Schutzzollsystems anstreben mag, so kann es sich doch dabei von vornherein nicht darum handeln, mit einem Ruck sämtliche Zölle aufzuheben, sondern nur darum, die Zollschranken allmählich abzutragen, wobei aber Notstände sehr wohl dahin führen können, einzelne, besonders drückende Zölle, namentlich auf Lebensmittel, dauernd oder vorübergehend völlig außer Kraft zu setzen.

b) Autonome Zollpolitik.

Zwei Wege dazu stehen offen: der der autonomen Zollpolitik, d. h. die einseitige Festsetzung des Zolltarifs durch die Gesetzgebung, ohne Rücksicht auf das Ausland, und der der Handelsverträge.

Es scheint von vornherein, als ob der erstere Weg eher und leichter zum Ziele führte. — Wenn wir den Freihandel verlangen, tun wir es mit Rücksicht auf die deutschen Arbeiter, auf die Entwickelung der Produktivkräfte Deutschlands, und nicht dem Ausland zuliebe. Man braucht also die Erniedrigung beziehungsweise Aufhebung der Zölle nicht vom guten Willen des letzteren abhängig zu machen.

So argumentierten auch die englischen Freihändler, und unter ihrem Einfluß begann England auf eigene Faust seine Zollschranken niederzureißen.

Aber die Situation, in der sich England damals befand, kehrt nicht mehr wieder. Englands Industrie herrschte damals unumschränkt auf dem Weltmarkt, gleichzeitig aber waren die freihändlerischen Interessen und Neigungen außerhalb Englands vielfach so stark, daß es nur darauf ankam, mit gutem Beispiel voranzugehen, um die wichtigsten der anderen Staaten zur Nachfolge zu veranlassen.

Anders steht es heute. Wir haben heute eine Reihe von Industriestaaten, die einander ebenbürtig sind, keinen, der allen anderen so weit überlegen ist, daß er über jede Konkurrenz erhaben wäre. Andererseits sind überall die schutzzöllnerischen Tendenzen bei den industriellen Kapitalisten, und in alten Industriestaaten auch bei den Agrariern, so stark, daß das gute Beispiel eines einseitigen Uebergehens zum Freihandel ohne Nachfolge bliebe. Wir brauchen aber den Freihandel nicht bloß bei uns, sondern auch bei den anderen. Andererseits wird innerhalb der einzelnen Industriestaaten selbst angesichts der starken schutzzöllnerischen Interessen bei autonomer Zollpolitik der Zolltarif höher ausfallen, als bei Abschluß eines

Handelsvertrages. Denn bei autonomer Zollpolitik kommen nur Kapitalisten der einen Seite zum Wort, kommt nur der Schutz des eigenen Landes vor der äußeren Konkurrenz in Betracht, und da wird man nicht leicht den interessierten Kapitalisten zu viel tun. Bei einem Handelsvertrag dagegen handelt es sich nicht bloß um die Abwehr des Imports, sondern auch um die Erleichterung des Exports, diese kann man aber nur erlangen, wenn man der Gegenseite Konzessionen macht. Ein Vertragstarif wird heute daher stets niedriger ausfallen als ein autonomer Tarif. War ehedem die autonome Zollpolitik das Ideal der Freihändler, weil sie dadurch am raschesten zum Ziel zu gelangen hofften, so ist sie heute das Ideal der Hochschutzzöllner. Die Länder der extremsten Schutzzölle, wie Frankreich und die Vereinigten Staaten, sind auch die der autonomen Zollpolitik. Auch unsere Agrarier streben sie an. Wissen sie doch, daß bei dem Abschluß von Handelsverträgen vor allem die Getreidezölle daran glauben müssen.

Heute sind die Handelsverträge das beste Mittel, die Schutzzöllnerei zu schwächen und einzudämmen. Langfristige Handelsverträge, die sich nicht auf die Meistbegünstigung beschränken, sondern beiderseits die wichtigsten Zollsätze binden, sind auch, wie wir schon wissen, notwendig, um der Industrie die notwendige Sicherheit und Freiheit von Störungen durch Tarifänderungen und Zollkriege zu geben.

Neben der Langfristigkeit und der Bindung der wichtigsten Zollsätze der vertragschließenden Länder ist vor allem die Klausel der meistbegünstigten Nation für die Handelsverträge wichtig, die Bedingung, daß jeder handelspolitische Vorteil, den eines der beiden Vertragsländer einem Dritten gewährt, ohne weiteres auch dem anderen zuteil wird. Wenn also Deutschland z. B. mit Rußland einen derartigen Vertrag abschließt, so hat dieses nicht das Recht, etwa für die englische Maschineneinfuhr niedrigere Zollsätze einzuführen als für die deutsche. Wie wichtig diese Bestimmung für die deutsche Maschinenfabrikation und die Exportindustrie überhaupt ist, liegt auf der Hand.

Aber freilich kann man die Meistbegünstigung nur dann vom Ausland erlangen, wenn man sie diesem auch selbst gewährt. Sie erschwert den Vertragsnationen nach Möglichkeit den Zollkrieg gegen uns, aber uns auch den Zollkrieg gegen sie. Sie findet daher nicht den Beifall der Anhänger einer gewalttätigen Handelspolitik. Da wir aber nicht den mindesten Grund haben, Zollkriege zu erleichtern und Handhaben dazu zu bieten, da das Verlassen des Prinzips der Meistbegünstigung in erster Linie der Brotverteuerung zugute kommen und die Exportindustrie schwer schädigen würde, müssen wir danach trachten, daß die Handelsverträge

nicht bloß als langfristige mit Bindung der wichtigsten Zölle, sondern auch mit Anerkennung des Prinzips der Meistbegünstigung abgeschlossen werden.

c) Die Caprivische Handelspolitik.

Die Handelspolitik, wie sie Caprivi in Deutschland einleitete, entsprach den eben entwickelten Forderungen; sie war daher freudig zu begrüßen und die Rückkehr zu ihr wäre der erste Schritt zur Abbröckelung des Schutzzollsystems.

Die Ursachen der Caprivischen Handelspolitik waren teils wirtschaftliche, teils politische. Bismarck hatte seit dem Ende der siebziger Jahre schutzzöllnerische Politik betrieben, mit dem Resultat, daß einerseits die Getreidezölle Deutschlands immer höher wuchsen und andererseits das Ausland sich durch immer höhere Zollmauern abschloß. Das führte zu immer unerträglicheren Verhältnissen, was 1891 besonders schroff zutage trat. Damals setzte nach kurzem Aufschwung eine Handelskrise ein. Hatten die Industriellen nach 1874 die Ursache des Sinkens der Preise im Freihandel des eigenen Landes gesehen, der eine Ueberflutung des inländischen Marktes durch Erzeugnisse des Auslandes ermöglichte, und daher nach Schutzzöllen geschrien, so erklärten sie jetzt das Sinken der Preise durch die Schutzzölle des Auslandes, die ein Abfließen der überschüssigen Produkte ins Ausland verhinderten. Gleichzeitig kam es zu Mißernten, welche die Getreidepreise rasch emporschnellten. In Preußen hatte der Weizen pro Tonne 1886—90 175,3 Mk. gekostet, 1891 kostete er 218,75 Mk. Roggen stieg von 143 auf 204,50 Mk. Der hohe Getreidezoll von 5 Mk. wurde angesichts dieser Teuerung unhaltbar. Selbst das so hartnäckige Frankreich mußte seine Getreidezölle damals herabsetzen. Aber es tat dies nur vorübergehend, und daher ohne eine Gegenleistung des Auslandes zu erhalten, Deutschland dagegen benutzte die Situation, um gegen die Herabsetzung des Getreidezolls Herabsetzungen der Industriezölle einzelner Nachbarn einzutauschen. Das war aber nur möglich, wenn man sich zum Abschluß langfristiger Handelsverträge verstand.

Indessen wäre es dazu vielleicht noch nicht so leicht gekommen, wenn nicht die Krise und Brotteuerung dem Sturz des Systems Bismarck so bald gefolgt wären. Der neue Kurs war bald in einen Gegensatz zu Bismarck gelangt, der schließlich zum Bruch führte (März 1890), kein Wunder, daß er eine zeitlang es für seine Aufgabe hielt, das Gegenteil dessen zu tun, was Bismarck getan. Dieser hatte das Sozialistengesetz durchgesetzt — nun wurde der entgegengesetzte Kurs eingeschlagen und durch Fallenlassen des Sozialistengesetzes bekräftigt. Bismarck hatte einseitige, stets den agrarischen Interessen dienstbare Schutzzollpolitik getrieben. Nun

hieß es das Gegenteil betreiben, Handelsverträge durch Opferung eines Teils des agrarischen Zollschutzes abschließen. Zu solchen kam es zunächst mit den Verbündeten, Oesterreich und Italien, sowie zwei kleinen Nachbarn, Schweiz und Belgien (Ende 1891). Unter den folgenden Verträgen ist der wichtigste der mit Rußland von 1894 geworden.

Im Jahre 1903 liefen diese Verträge ab. Niemand wird behaupten können, daß sie Deutschland irgendwie geschädigt hätten. Die Notlage der deutschen Landwirtschaft hatte sich unter ihrem Regime nicht gesteigert, sie war in den letzten Jahren jener Zeit sogar geringer geworden — eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs, an dem auch sie teilnahm, und den die Handelsverträge, wenn auch nicht direkt erzeugt, so doch sehr gefördert haben.

Ein Anzeichen des Aufblühens der Großindustrie unter dem Regime der Caprivischen Handelsverträge gibt uns die Bewegung des auswärtigen Spezialhandels. Es betrug im Deutschen Reich der Wert der

	Einfuhr Millionen Mark	Ausfuhr Millionen Mark
1889	4 087,0	3 256,4
1890	4 272,9	3 409,5
1891	4 403,4	3 339,7
1892	4 227,0	3 150,1
1893	4 134,0	3 244,6
1894	4 285,5	3 051,5
1895	4 246,1	3 424,1
1896	4 558,0	3 753,8
1897	4 864,6	3 786,2
1898	5 439,7	4 010,6
1899	5 783,6	4 368,4
1900	5 833,3	4 555,3

Ganz anders war die Entwickelung in Frankreich, das gerade um dieselbe Zeit, in der Deutschland in eine Ermäßigung seiner Zölle willigte, zu einer Verschärfung seines schutzzöllnerischen Regimes schritt.

Die entsprechenden Zahlen für Frankreich lauten:

	Einfuhr Millionen Francs	Ausfuhr Millionen Francs
1889	4 317	3 704
1890	4 437	3 753
1891	4 768	3 570
1892	4 188	3 401

	Einfuhr Millonen Francs	Ausfuhr Millionen Francs
1893	3 854	3 236
1894	3 850	3 078
1895	3 720	3 374
1896	3 799	3 401
1897	4 005	3 676
1898	4 527	3 555
1899	4 518	4 153
1900	4 409	4 078

Wie in Deutschland erreichte auch in Frankreich die Ausfuhr ihren niedrigsten Stand 1894 unter dem Drucke der Krise. Aber in Deutschland schnellte sie schon 1895 auf eine Höhe, welche die des Jahres 1890 übertraf, indessen in Frankreich die Ausfuhr nur langsam und zögernd zunahm und erst im Jahre 1899 über den Stand von 1890 hinausging. Und während in Deutschland im Jahre 1900 die Besserung noch anhielt, hatte Frankreich damals schon wieder einen Rückgang aufzuweisen.

Wie sehr an der Zunahme der Ausfuhr die Handelsvertragspolitik beteiligt war, zeigen folgende Zahlen. Es betrug die Ausfuhr (im Spezialhandel) aus dem Deutschen Reich in Millionen Mark (beziehungsweise in Prozenten der Gesamtausfuhr)

nach	1890		1893		1896		1899	
Oesterreich-Ungarn . .	351,0	10,3	420,5	13,0	477,3	12,7	466,0	10,7
Rußland . .	206,5	6,1	184,6	5,7	364,1	9,7	437,3	10,0
Schweiz . . .	179,6	5,3	187,4	5,8	244,0	6,5	284,7	6,5
Belgien . . .	150,8	4,4	147,8	4,5	168,0	4,5	207,7	4,7
Italien. . . .	94,7	2,8	85,4	2,6	85,6	2,3	116,0	2,7
Zusammen	982,6	28,9	1 025,7	31,6	1 339,0	35,7	1 514,7	34,6

Der Anteil der obengenannten Vertragsstaaten ist also von 1890 bis 1899 von 28,9 auf 34,6 Prozent der Gesamtausfuhr gestiegen, er hat weit rascher zugenommen als diese. Die Ausfuhr nach den Vertragsstaaten wuchs um 54 Prozent, die gesamte übrige Ausfuhr nur um 18 Prozent.

Namentlich der so viel angefeindete Handelsvertrag mit Rußland hat sehr günstig gewirkt, wie schon die obigen Zahlen zeigen. Er kam hauptsächlich der Metallindustrie

zugute. Es betrug der Wert der deutschen Ausfuhr dorthin (in Millionen Mark):

	1895	1899
Eck= und Winkeleisen	2,9	5,9
Feine Eisenwaren	2,2	5,2
Grobe Eisenwaren	9,1	21,7
Maschinen	16,6	44,1
Nähmaschinen	1,4	3,8
Lokomotiven	2,4	6,2

Man sieht, die deutsche Großindustrie hatte bereits durch den zaghaften Schritt zum Freihandel, den die Caprivischen Handelsverträge darstellen, bedeutend gewonnen. Sie hätte alle Ursache gehabt, als diese Verträge abliefen, bei ihrer Erneuerung einen weiteren Fortschritt in der gleichen Richtung anzustreben. Leider waren dem die Machtverhältnisse nicht günstig. Der neue Kurs war wieder der alte Kurs geworden, was kein Wunder, da er sich auf dieselben Klassen stützte, wie das Bismarcksche Regime. Die Reichskanzler nach Caprivi kamen den Agrariern ganz anders entgegen, als ehedem der Kanzler ohne Ar und Halm. Andererseits war gerade zur Zeit der Festsetzung des neuen Tarifs die Angriffskraft der Agrarier nicht durch abnorm hohe Lebensmittelpreise gelähmt, die der Bevölkerung die Verderblichkeit der Lebensmittelzölle klar vor Augen führen konnten. Die Preise waren während der Prosperitätsperiode gestiegen, seitdem aber wieder gesunken.

Nach Conrad betrugen die Durchschnittspreise in Mark für Deutschland pro 1000 Kilo:

	1889—93	1894	1897	1898	1899
Weizen (aus 15 Notierungen)	190,93	163,03	175,61	198,30	160,83
Roggen (aus 14 Notierungen)	168,29	127,53	129,53	148,38	144,13

Die Bourgeoisie war gespalten und uneinig; ihre stärksten Teile, die kartellierten Kapitalisten, an der Zollpolitik lebhaft interessiert, das Proletariat aber noch zu schwach, allein die herrschenden Klassen niederzuringen.

So war das Ergebnis eine abermalige Erhöhung der Zollmauer 1902.

Aber seitdem sind wir in eine Periode steigender Preise eingetreten, die zeitweise einen Hochstand erreichen, der die furchtbarste Not über die große Masse der Bevölkerung verhängt. Der Abbruch der Zollmauer wird jetzt eine der dringendsten Angelegenheiten des ganzen deutschen Volkes — aber freilich nicht seiner Ausbeuter, der Monopolisten des

landwirtschaftlichen Bodens, der Bergwerke, der Schwerindustrie. Diesen erscheint die Zollmauer immer mehr als das Zwinguri, von dem aus sie die Bevölkerung in Schach halten. Je größer Notstand und Erbitterung im Volk steigen, desto größer der gewalttätige Trotz seiner Ausbeuter. Von einem Abbrechen oder auch nur einer Erniedrigung der Zollmauern wollen sie nichts hören. So geben sie dem Kampf gegen den Schutzzoll immer mehr den Charakter eines Kampfes der Volksmassen um seine Lebensbedingungen gegen die Gesamtheit der großen kapitalistischen und agrarischen Ausbeuter.

d) Doppeltarif. Zollkrieg. Grenzsperren. Einfuhrscheine.

Müssen wir verlangen, daß die deutsche Handelspolitik durch Handelsverträge für längere Zeit gebunden sei und daß die Lebensmittelzölle dabei das wichtigste Kompensationsobjekt abgeben, so müssen wir auch noch verlangen, daß sie keine gewalttätige sei und nicht versuche, durch Vergewaltigung des Gegners zu erreichen, was sich durch freundschaftliches Entgegenkommen erreichen läßt.

Der bürgerliche Freihandel ist seinem Prinzip nach friedfertig. Wohl beruht er ebenso auf der kapitalistischen Ausbeutung wie der Schutzzoll, beseitigt also nicht die sozialen und nationalen Gegensätze, welche das kapitalistische System erzeugt. Aber der Freihandel hält die Macht der ökonomischen Verhältnisse für stark genug, daß sie den kapitalistischen Interessen zum Durchbruch verhelfen ohne äußere Gewaltsamkeit. Das Schutzsystem dagegen erklärt von vorherein das Eingreifen der Staatsgewalt für unentbehrlich zur Wahrung der Interessen des Kapitalprofits, es fördert das Aufkeimen neuer Organisationen, die neben der Staatsgewalt gewalttätig in die Vorgänge der Produktion und des Austausches einzugreifen haben — die Unternehmerverbände — und es läßt den Trieb, der Macht der ökonomischen Verhältnisse durch gewalttätige Eingriffe nachzuhelfen, sich um so stärker entwickeln, je stärker die Staatsgewalt, je stärker die Unternehmerverbände und je stärker der Einfluß dieser Verbände auf die Staatsgewalt. Nach außen hin sind aber die Staatsgewalt und die Unternehmerverbände um so mächtiger, also auch um so geneigter zu Gewalttätigkeiten, je größer und reicher der Staat und damit auch der innere Markt, zu dessen Ausbeutung die Verbände durch den Schutzzoll privilegiert werden.

Neben den Vereinigten Staaten ist daher Deutschland der Gefahr, von seinen herrschenden Klassen zu einer gewalttätigen Handelspolitik getrieben zu werden, besonders ausgesetzt. Es gilt dieser Gefahr dadurch vorzubeugen, daß man der Regierung die Mittel dazu nimmt.

Das auserlesene Mittel einer gewalttätigen Handelspolitik ist der Doppeltarif. Wir haben oben schon darauf hingewiesen, daß eine autonome Zollpolitik, wo die Zollsätze von der einen interessierten Seite nach Belieben festgestellt werden, das Hinaufschrauben der Schutzzölle sehr begünstigt, während Handelsverträge, die auf gegenseitigen Konzessionen beruhen, in entgegengesetzter Richtung wirken. Handelsverträge sind aber für die Industrie so nützlich und wichtig, daß selbst die Schutzzöllner trachten müssen, solche abzuschließen, und so angenehm der Schutzzoll im eigenen Lande ist, so angenehm ist der Freihandel im Ausland. Der Doppeltarif ist ausersehen, die Vorteile des autonomen Tarifs mit denen der Handelsverträge, der Heraufschraubung des Schutzzolls im eigenen Lande und seiner Herabsetzung im Auslande zu erlangen. Es werden zwei Tarife autonom festgesetzt, ein Minimaltarif und ein Maximaltarif.

Der Minimaltarif enthält die Zollsätze, die die Interessenten für unentbehrlich zu ihrem Schutze halten. Während sonst bei Handelsverträgen die Unterhändler nicht gebunden sind, ist hier von vornherein eine Grenze festgesetzt, unter die sie mit ihren Konzessionen nicht herabgehen dürfen, und da diese Grenze eben einseitig ohne jede Rücksicht auf die andere Seite festgesetzt ist, fällt sie in der Regel so hoch aus, daß dadurch Verhandlungen von vorherein aussichtslos werden Da soll nun der Maximaltarif helfen, den Gegner mürbe zu machen. Wer auf Grundlage des Minimaltarifs keinen Vertrag abschließen will, auf den findet der Maximaltarif Anwendung, dessen Sätze gewaltig hinaufgeschraubt sind. Das ist sehr schlau ausgedacht, hat aber in der Praxis oft schlechte Folgen für den Staat gehabt, der dies System in Anwendung brachte. Denn es heißt nichts anderes, als daß ein Staat sich anmaßt, einem anderen die Bedingungen eines Friedensschlusses zu diktieren, ehe es noch einen Kampf gegeben hat. Das Resultat ist natürlich nicht der Friedensschluß, sondern der Zollkrieg, eine Art Krieg, die unheilvoll für beide Beteiligten ist, weil sie bloß dem lachenden Dritten nützt. Frankreich ist das gelobte Land des Doppeltarifs und der aus diesem erwachsenden Zollkriege — mit der Schweiz, mit Italien, mit Spanien —. In keinem dieser Kriege hat es Lorbeeren geerntet. Der mit Italien dauerte zehn Jahre, von 1889 bis 1898, er brachte beiden Teilen den schwersten Schaden. Die Ausfuhr Italiens nach Frankreich, die 1881/85 noch im Jahresdurchschnitt 371 Millionen Franken betrug, sank 1891/95 auf 129 Millionen, die Frankreichs nach Italien von 187 auf 124 Millionen. Schließlich mußte Frankreich doch einige Zugeständnisse machen. Kürzer währte der Zollkrieg mit der Schweiz, von 1888 bis 1895. Die französische Ausfuhr nach der Schweiz betrug 1891 250 Millionen Franken,

1892 173, 1893 105, 1894 sogar nur $97^1/_2$ Millionen. Schließlich mußte Frankreich der Schweiz einen Handelsvertrag bewilligen, in dem es unter seinen Minimaltarif herabging; die Wunden, die seine Ausfuhr nach der Schweiz während des Zollkrieges davon getragen, blieben aber lang dauernde. Nicht bessere Erfahrungen machte Deutschland. Während seines Zollkrieges mit Canada, den es Februar 1910 nach langjähriger Dauer beendet, ging seine Ausfuhr dahin zurück, trotzdem die allgemeine Einfuhr des Landes bedeutend stieg.

Es betrug dort in Millionen Mark

	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Gesamteinfuhr . . .	852	982	1056	1057	1190	1049	1478	1211	1553
Einfuhr aus Deutschland	39	36	23	22	25	30	20	25	37

Neben dem Zollkrieg gibt es noch andere Mittel, das Ausland zu schikanieren. Manche davon werden in Deutschland mit großer Virtuosität gehandhabt und erlangen schließlich noch größere Bedeutung wie die Zollsätze selbst. So z. B. die Maßregeln, die angeblich zum Schutze der Konsumenten vor ungesunden Nahrungsmitteln sowie zum Schutze des einheimischen Viehstandes vor fremden Seuchen dienen. Sie sind an sich sehr wohl berechtigt. Einerseits steigt mit dem Fortschreiten des Kapitalismus das Streben, auf Kosten der Gesundheit der Konsumenten durch Verkauf schädlicher oder verfälschter Nahrungsmittel einen Profit zu machen. Andererseits wächst auch bei der heutigen Art der Landwirtschaft die Gefahr der Viehseuchen immer mehr, sowohl dadurch, daß das Vieh, statt in freier Luft auf der Weide, immer mehr in Ställen gehalten wird, sowie auch dadurch, daß bei der Züchtung nur auf größten Profit, also auf Frühreife und Fleisch- oder Milchertrag gesehen wird, nicht auf die Widerstandskraft. So verliert das Vieh immer mehr die Zähigkeit des Naturzustandes, es wird immer empfindlicher und bietet einen immer besseren Boden für Seuchen. Um so notwendiger ist es, solchen mit größter Rücksichtslosigkeit durch Vernichtung erkrankten Viehs und Absperrung verseuchter Gegenden entgegenzuwirken. Das Recht dazu ebenso wie zu Maßregeln zur Verhütung des Konsums schlechter Nahrungsmittel muß man jeder Regierung geben. Aber in den Händen eines agrarischen Regimes wird Wohltat zur Plage. In Deutschland werden die in dieser Richtung wirkenden Gesetze in einer Weise angewandt, daß sie nicht bloß krankes Vieh und Fleisch aus bestimmten verseuchten Gegenden, sondern jegliches Vieh und Fleisch aus ganzen Staaten von dem Reiche fernhalten.

Zurzeit ist z. B. die Einfuhr lebenden Rindviehs nur aus Oesterreich, Dänemark und der Schweiz gestattet. Die Einfuhr frischen Fleisches ist an Bedingungen geknüpft, die es den meisten Staaten unmöglich machen, nach Deutschland

Fleisch zu bringen. Die Handelsstatistik von 1910 bezeichnet als Länder, die frisches Fleisch ins Deutsche Reich exportieren, nur Dänemark, die Niederlande, Oesterreich und Rußland. Die Zufuhr aus den beiden letzteren Staaten ist unbedeutend. Ueberseeisches Fleisch, gerade jenes, das billig ist, zu importieren ist unmöglich.

Mehr noch als die Zölle sind diese Grenzsperren an der Fleischteuerung in Deutschland schuld.

Namentlich gilt das für die Preise des Fleisches von Rindern und Schafen. Von 1897 bis 1907 hat sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches von 53 600 000 auf 62 000 000 vermehrt, um fast 16 Proz. (15,68 Proz.). Die Zahl der Rinder dagegen nur von 18 500 000 auf 20 600 000, um etwas mehr als 10 Proz. (10,37 Proz.). Die Zahl der Schafe hat bedeutend abgenommen, von 10 900 000 auf 7 700 000, um 30 Proz. Trotzdem ist die Einfuhr von Rindvieh fast gar nicht gestiegen, sie betrug 1897 197 000 Stück, 1907 199 000 und 1910 203 000. Die Zahl der Schafeinfuhr ist gleich Null geblieben. Und die Einfuhr von Viehfleisch hat bedeutend *abgenommen*, obwohl sie seit jeher so schikaniert wurde, daß sie nie große Dimensionen zu erreichen vermochte. Sie betrug 1898 836 000 Doppelzentner, dagegen 1909 nur 328 000 und 1910 gar nur 201 000 Doppelzentner!

Die Agrarier reden sich dahin aus, daß die Teuerung eine internationale Erscheinung sei, so daß das Oeffnen der Grenzen nichts nutzen werde. Aber nichtsnutzig ist vielmehr diese Erklärung. Gewiß ist die Teuerung heute eine allgemeine und dauernde Erscheinung, aber sie herrscht nicht überall in gleichem Maße, und je mehr sie herrscht, desto mehr muß man alles aufbieten, was imstande ist, sie zu mildern, alles vermeiden, was sie zu verschärfen vermag. Die deutschen Agrarier aber vermeinen, zu den Punkten, in denen Deutschland allen Ländern voran sein müsse, gehöre die Teuerung der Lebensmittel.

Daß trotz der Teuerung aus dem Auslande noch viel Vieh und Fleisch zu holen ist, beweist England. Es führte 1908 382 820 Stück lebendes Rindvieh ein sowie 79 000 Schafe. Daneben aber 19 654 000 Zentner frisches und gepökeltes oder eingesalzenes Fleisch.

Deutschland führt 400 000 Zentner Fleisch ein, England 20 Millionen Zentner! Kein Wunder, daß der englische Arbeiter weit billigeres Fleisch erhält als der deutsche. Daß dabei der englische Viehstand mehr unter Seuchen litte oder die englischen Arbeiter gesundheitlich geschädigt würden, wagen selbst die Agrarier nicht zu behaupten.

Nicht weniger schlimm als die heutige Handhabung der Sperrung der Grenzen für Vieh und Fleisch durch hygienische Maßregeln wirken die agrarischen Ausfuhrprämien, die *Einfuhrscheine*.

Die Einfuhrscheine gehören in die Kategorie der Ausfuhrvergütungen. Solche brauchen nicht unberechtigt zu sein. Man gewährt sie z. B., um dem exportierenden Fabrikanten die Auslage zu vergüten, die ihm der Zoll auf das Rohmaterial oder eine inländische Steuer veranlaßt hat. Die Produktion für den Weltmarkt soll dadurch trotz des Zolles die Vorteile des Freihandels erlangen. Aber es ist nicht immer leicht, die Menge und die Qualität des in dem Fabrikate enthaltenen Rohmaterials festzustellen. Rechnet man eine größere Menge davon für das Fabrikat, als wirklich darin enthalten ist, und das wird beim Fortschreiten der Fabrikationsmethoden früher oder später leicht eintreten, dann wird die Ausfuhrvergütung zur Ausfuhrprämie, die den inländischen Steuerzahler belastet und das Ausland mehr als jede andere Maßregel zu Repressalien reizt, weil sie eine direkte Subventionierung der Schleuderkonkurrenz durch den Staat darstellt. Was die Kartelle indirekt zu erreichen suchen, wird hier durch Staatshilfe direkt angestrebt.

Welch wahnsinnige Verhältnisse durch derlei Ausfuhrvergütungen geschaffen werden können, zeigten die Zuckerprämien, die erst 1902 durch die Brüsseler Zuckerkonvention ein Ende fanden und das Deutsche Reich 2 Milliarden kosteten — ein Geschenk an die reichen Zuckerfabrikanten.

Eine besonders schlimme Form von Ausfuhrvergütungen ist die der Einfuhrscheine, seitdem für sie der Identitätsnachweis aufgehoben wurde. Wenn jemand Getreide in Deutschland einführte, dann wurde ihm, sobald er selbst Getreide derselben Art oder daraus erzeugtes Mehl wieder ausführte, der Zoll dafür zurückgezahlt. Das galt bis 1894. In diesem Jahre erwirkten die Agrarier die Aufhebung des Identitätsnachweises. Seitdem erhält jeder, der mindestens 500 Kilogramm Getreide ausführt, einen Schein, der zur zollfreien Einfuhr der entsprechenden Getreidemenge ermächtigt. Der Schein wird seit 1906 als Bezahlung des Zolls auch bei der Einfuhr anderer Getreidearten angenommen, als jener, die exportiert wurden. Mit Roggeneinfuhrscheinen kann auch der Zoll für Weizen oder Hafer bezahlt werden. Ja sogar für eine Reihe anderer Waren als Getreide, z. B. Kaffee und Petroleum, kann man die Einfuhrscheine zur Zollzahlung benutzen. Dieser Schein kann verkauft werden; solche Scheine werden verkauft und sind so gut wie Bargeld. Sie werden fast um denselben Betrag abgesetzt, den der Zoll ausmacht. Von dieser Maßregel profitieren die ostelbischen Junker, die einen großen Ueberschuß von Getreide produzieren. Vor der Aufhebung des Identitätsnachweises war es für sie meist unprofitabel gewesen, ihn ins Ausland zu verkaufen. Sie mußten ihn im Inland loswerden, die Frachtkosten nach dem westlichen Deutschland,

wo hohe Getreidepreise herrschten, waren aber sehr hohe und dadurch kam es, daß nicht so viel vom Ueberfluß des Ostens nach dem Westen abfloß als die Junker wünschten und die Preise im östlichen Deutschland nicht immer um den vollen Betrag des Zolls erhöht wurden. Jetzt dagegen wirken die Einfuhrscheine in Ostelbien als Ausfuhrprämien, es wächst die Ausfuhr, namentlich von Roggen, auf dem billigen Wasserwege nach Dänemark, Holland, Norwegen, Rußland aus dem östlichen Deutschland, während gleichzeitig Brotwucher und Futternot sich im Reiche breitmachen. Je höher der Zoll, desto höher die Ausfuhrprämie, die mit dem Einfuhrschein gezahlt wird. So wächst gerade in den letzten Jahren, in den Jahren der entsetzlichsten Not, die Roggenausfuhr.

Es betrug bei Roggen in Tonnen

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Einfuhr	Ueberschuß der Ausfuhr
1901	887 000	105 000	782 000	—
1902	991 000	143 000	848 000	—
1903	834 000	222 000	612 000	—
1904	465 000	360 000	105 000	—
1905	590 000	332 000	258 000	—
1906	665 009	260 000	406 000	—
1907	619 000	248 000	371 000	—
1908	355 000	596 000	—	241 000
1909	280 000	655 000	—	375 000
1910	403 000	825 000	—	422 000

Außerdem betrug bei Mehl die

	Einfuhr	Ausfuhr	Ueberschuß der Ausfuhr
1901	45 083	91 530	46 447
1902	36 580	89 484	52 904
1903	37 555	123 192	96 637
1904	28 011	158 126	130 115
1905	24 880	207 577	182 737
1906	27 346	138 665	111 317
1907	29 428	162 947	133 219
1908	24 267	229 452	205 185
1909	18 280	277 406	259 126
1910	20 092	362 113	342 020

Seit 1906 hat sich also die Mehrausfuhr von Mehl von 111 317 auf 342 020 Tonnen gesteigert, und die Mehreinfuhr von Roggen ist zu einer Mehrausfuhr geworden, die rasch wächst.

Man sieht, wie seit der Wirksamkeit des neuen 5-Markzolls dank den Einfuhrscheinen die Ausfuhr steigt. Die Einfuhrscheine erhöhen die Getreidepreise im Inland, vermehren die Belastung der Bevölkerung und vermindern gleichzeitig die Einnahmen des Reichs aus den Zöllen. Sie belasten in gleicher Weise Staat und Volk zugunsten der Junker. Die

Zahlungen des Reichs an die Junker wachsen in demselben Maße, in dem die Getreideausfuhr und die Notlage der Volksmasse steigt. Im Jahre 1894 betrug das Geschenk des Reichs an die Junker in der Form von Einfuhrscheinen zunächst nur 6 800 000 Mk. und 1902 noch bloß 15½ Millionen. Seitdem wächst diese Liebesgabe in unheimlicher Weise. Der Betrag der Einfuhrscheine belief sich auf

1907	55 400 000	Mark
1908	102 200 000	„
1909	100 300 000	„
1910	123 500 000	„

Das Deutsche Reich zahlt also den Junkern im Jahre heute schon weit über **hundert Millionen** als Prämie für ihre Aushungerung des Volks. Es kann nichts Aufreizenderes geben als eine solche Handelspolitik.

e) Schutzzoll und politische Korruption.

Eine offene und ehrliche Politik langfristiger Handelsverträge mit Erlangung und Gewährung der Meistbegünstigung, eine Politik, die vom Gegenpart möglichst viele Zugeständnisse dadurch erreicht, daß sie selbst nicht mit solchen kargt, die durch keinen Minimaltarif beschränkt wird und jede Provozierung eines offenen Zollkrieges ebenso sorgsam vermeidet, wie die stille Privilegierung einzelner Produzentenschichten durch allerhand kleine Mittelchen — das ist die Handelspolitik, die wir heute brauchen.

Eine Anwendung dieser Grundsätze auf unsere Verhältnisse zu den einzelnen Ländern, mit denen wir in kommerzieller Verbindung stehen, läßt sich im Rahmen dieser Broschüre nicht geben. Sie würde auch eine Reihe von Detailkenntnissen erheischen, die dem Verfasser fehlen. Endlich aber würde eine Auseinandersetzung darüber zwecklos sein, da bei Handelsverträgen die Politiker außerhalb der Regierung auf die Details keinen Einfluß haben. Handelsverträge muß man als Ganzes entweder annehmen oder verwerfen, und die Interessenten betrachten die dadurch gewonnenen Konzessionen immer als zu teuer erkauft. Da, im Gegensatz zu einem Zollkrieg, wo beide Teile verlieren, bei einem Handelsvertrag, wenn er einigermaßen klug und anständig gemacht ist, beide gewinnen, hält sich jeder Teil dabei für übervorteilt, weil er nur den Gewinn des anderen sieht. Wie bei jedem Zolltarif, kann auch bei einem vertragsmäßig festgesetzten die eine oder die andere Industrie Schaden leiden, die eine oder die andere übermäßig bevorzugt werden. Das wird sich nie ganz vermeiden lassen und bildet einen der notwendigen Schäden des ganzen Schutzzollsystems. Das ganze wirtschaftliche Leben bewegt sich in engster Wechsel-

wirkung und jede Position des Zolltarifs wirkt nicht bloß auf die direkt darunter fallende Industrie, sondern auch auf viele andere; auf jene schützend, auf diese dagegen belastend. Alle die daraus entstehenden Rückwirkungen abzuschätzen, ist unmöglich, von vornherein aber kann man sagen, daß in einm industriell entwickelten Staate gerade die schwächeren Industriezweige, die anscheinend am meisten des Schutzes bedürften, beim Freihandel am besten fahren können. Denn der Zollschutz ist eine politische Maßregel, eine durch die Staatsgewalt bewirkte Erhöhung des Profits, der Zollschutz wird daher am ehesten jenen Erwerbszweigen zuteil werden, die der Klinke der Gesetzgebung am nächsten stehen, die am meisten Einfluß auf die Regierung haben, das sind aber gerade die kapitalkräftigsten Industriezweige.

Der Zollschutz bildet aber auch ein Privilegium, das die Regierung als Lohn für geleistete Dienste verleihen kann. Die Gunst der Regierung zu erlangen, ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der verschiedenen Organisationen und Cliquen von Interessenten, wenn eine Aenderung des Zolltarifs in Aussicht steht. Der Kampf um den Zoll wird so zu einem der widerlichsten politischen Schachergeschäfte; das Schutzzollsystem entwickelt neben seinen ökonomischen Schädlichkeiten auch noch politische, es wird zu einer Brutstätte politischer Korruption, sowohl durch die Mittel, die es den Regierungen in den Schoß wirft, wie durch den Einfluß auf die Verteilung des Profits innerhalb der Kapitalistenklasse, den es ihnen und den Parlamenten verleiht. Am stärksten äußert es seine korrumpierenden Wirkungen in den Ländern der autonomen Zollpolitik.

Selbst eine so ehrbare Versammlung, wie der deutsche Reichstag, wurde zum Schauplatz bedenklicher Szenen, als der Tarif von 1879 fertiggestellt wurde. Der durchaus gemäßigte Lotz sagt darüber in seinem Buch über die deutsche Handelspolitik: „Der Abgeordnete Flügge kennzeichnete die Unterhandlungen, welche zu einer Verstärkung der Majorität und zu einer Verstärkung des Zollschutzes führten, mit Worten, die sehr bekannt geworden sind: „Wenn die Herren hier in der Kulisse des Hauses gewesen sind vor der Verhandlung über die Eisenzölle, so ist es ihnen vielleicht ergangen wie mir, wenn ich die ehrlichen Makler einhergehen sah; der eine bot: geben Sie 50 für Roggen, gebe ich den vollen Eisenzoll, oder verwerfen Sie das v. Wedellsche Amendement, so gebe ich Ihnen den Roggen usw." Meine Herren, man zweifelte mitunter, man mußte sich besinnen, daß man sich an der Leipziger Straße befand und nicht etwa in einer sonst auch sehr achtbaren Versammlung in der Burgstraße."

Seine Darstellung der damaligen Verhandlungen schließt Lotz mit den Worten: „Augenzeugen versicherten, daß es im Lande der Dichter und Denker damals sehr amerikanisch her-

ging, daß — um die Majorität für den gesamten Tarif zu stärken — Schutzzölle sehr freigebig ausgeteilt wurden, sobald nur der Wunsch ohne Verletzung allzu mächtiger Interessen erfüllbar war. Man hat wohl von gegnerischer Seite gesagt, aus dem deutschen Hamlet sei damals ein Richard III. geworden. Indes solche zollpolitischen Gelegenheitsgaben werden bei derartigen Beratungen in den gesetzgebenden Versammlungen aller Länder gespendet."

9. Welthandel und Sozialismus.

a) Der Kampf gegen das Schutzsystem.

Im kommenden Reichstag wird der Charakter der deutschen Handelspolitik nach Ablauf der abgeschlossenen Handelsverträge festgesetzt werden. Wenn es auf die Regierung allein ankäme, dann hätte das Kartell der Junker und Scharfmacher gewonnenes Spiel. Die Reichsregierung hat bereits vor ihnen kapituliert, und Zentrum wie Nationalliberale haben sich den Konservativen verschrieben.

Aber noch gibt es einen Faktor im Deutschen Reich, dessen Stimme nicht ungehört verhallt, wenn sie mit gehörigem Nachdruck ertönt: Die Masse des Volkes. Diese gegen die Schutzzollparteien und deren Privilegienpolitik mobil zu machen, darin beruhen die einzigen Aussichten auf Erfolg aller derjenigen, die dem Brotwucher und einer abenteuerlichen und gewalttätigen Handelspolitik widerstreben.

Mit der klaren, entschiedenen und rücksichtslosen Agitation der Agrarier werden aber jene nicht fertig, die sich auf den gleichen prinzipiellen Boden mit ihnen stellen und nur um ein Mehr oder Minder von Zollschutz für den oder jenen Artikel feilschen. Der agrarischen Agitation muß man den Kampf gegen das ganze System entgegensetzen, mit dem sie unzertrennlich verbunden ist, von dem sie bloß die schönste Blüte bildet. Man muß dem System des Schutzes der nationalen Arbeit die Maske vom Gesicht reißen, muß es brandmarken als das, was es heute für einen Industriestaat wie Deutschland geworden ist, als ein Mittel des Schutzes für einzelne Gruppen von Ausbeutern der nationalen Arbeit, als ein Mittel, die Macht gerade der mächtigsten und stärksten Ausbeuter nicht bloß gegenüber dem Ausland, sondern auch gegenüber ihren Arbeitern und gegenüber der Gesamtheit zu erhöhen und trotz oder vielmehr wegen seiner künstlichen Förderung einzelner Erwerbszweige die Entwickelung der gesamten Produktivkräfte der Nation einzuengen; als ein Mittel

ferner, politische Korruption zu säen, die jeder Privilegienwirtschaft folgt, als ein Mittel, die Macht der Regierungen zu stärken, die Volksvertretungen zu schwächen, indem die Zölle den ersteren viele Hunderte von Millionen zuführen, die unabhängig sind vom Bewilligungsrecht des Parlaments; als ein Mittel, den Militarismus zu fördern, endlich als ein Mittel, die Lasten des Staates von den wohlhabenden auf die besitzlosen Klassen abzuwälzen, als ein Mittel, das von vornherein in feindseligem Gegensatz zu den demokratischen, arbeitenden Klassen auftritt und daher naturgemäß in engster Verbindung mit Kampfesmaßregeln gegen diese zu finden ist.

Und weiter muß man zeigen, daß dies Bündnis der Regierung und der Scharfmacher mit den Junkern nicht auf Mißverständnissen, nicht auf der Unwissenheit der ersteren, sondern darauf beruht, daß sie aus dem System, dem die Getreidezölle entspringen, ebenfalls Macht und Vorteile schöpfen, daß man mit den Getreidezöllen nur fertig wird, wenn man mit dem System fertig wird, dessen aufreizendste Aeußerung sie bilden, daß die Aussichten, den Brotwucher einzudämmen, um so bessere sind, je schwächer nicht bloß die Junker, sondern auch die Regierungen und die Unternehmerorganisationen.

So wird der Kampf gegen das Schutzsystem ein Kampf des Proletariats gegen dieselben Gegner, denen es auf Schritt und Tritt begegnet. Je wuchtiger es ihn führt, je größer seine Erfolge dabei, desto mehr verbessert es seine Position nicht bloß als Konsument, sondern auch als Produzent. Auch da heißt es:

Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

Sollte es dem kämpfenden Proletariat gelingen, durch seinen Ansturm den Reichstag zum mindesten dahin zu bringen, daß er die Caprivische Handelspolitik wieder aufnimmt, alle Zollerhöhungen, Erschwerungen der Einfuhr und Privilegien der Junker aufhebt, die seit 1892 eingeführt worden, so würde es dadurch aber nicht bloß seinen Klasseninteressen, sondern auch den allgemeinen nationalen Interessen einen großen Dienst erweisen.

Wir sind in eine Periode einer Teuerung eingetreten, die über die arbeitenden Klassen die schwersten Leiden verhängt. Das war unabwendbar, das bringt der Lauf der kapitalistischen Produktionsweise mit sich. Wer die Teuerung gründlich beseitigen will, muß die ganze kapitalistische Produktionsweise abschaffen. Aber die Machtmittel moderner Staatskunst sind groß genug, daß sie den Notständen der Massen nicht völlig hilflos gegenübersteht. Der moderne Staat kann dadurch sein Eingreifen sehr wohl diese Notstände mildern.

Wir sehen jedoch nicht, daß irgend etwas Derartiges geschieht. Unsere ganze Staatskunst geht vielmehr darauf hin-

aus, die Teuerung zu verschärfen. Wie sie das durch ihre Handelspolitik bewirkt, haben wir schon gesehen. In gleichem Sinne ist ihre Finanzpolitik wirksam. Sie hat erst jüngst durch ihre Finanzreform dem Volk Hunderte von Millionen neuer Steuern auferlegt, nicht zur Beschäftigung Arbeitsloser, nicht zur Hebung der Kultur des Landes, sondern zu neuen Rüstungen, die völlig zwecklos sind und nur eine Wirkung haben können, den Weltkrieg immer unvermeidlicher zu machen, jenen Krieg, der dem Volke nichts bringen kann als den Gipfel des Elends.

Es kann keine patriotischere Tat geben, als diese Art „Schutz der nationalen Arbeit" unmöglich zu machen.

b) Das nahende Ende der Arbeitsteilung von Agrarstaat und Industriestaat.

Was Deutschland jetzt ebensosehr wie seine Arbeiterklasse braucht, ist eine Aera friedlicher Handelspolitik, basiert auf Handelsverträgen, die allmählich das Reich und die von ihm beeinflußten Staaten dem Freihandel, oder wenn man lieber will, dem freien Verkehr zuführen.

Aber wir geben uns keineswegs der Illusion hin, daß damit für immer alle handelspolitischen Probleme gelöst wären. Im Gegenteil, bald werden neue auftauchen, die sich nicht so einfach lösen lassen.

Die Theorie des Freihandels, wie sie in England begründet wurde, beruhte auf der internationalen Arbeitsteilung von Industriestaat und Agrarstaat, von Industrieprodukte exportierendem und Agrarprodukte exportierendem Staat. Diese Theorie hat in ihrer spezifisch englischen Form Schiffbruch gelitten; in dieser Form ging sie von der Annahme aus, daß England die Werkstatt der Welt sei und alle anderen Länder als Agrarstaaten zu fungieren hätten. Neben England sind andere Industriestaaten erstanden, aber wie sehr dadurch auch die Schutzzöllnerei in ihrer neuen Form gefördert worden sein mag, jeder Industriestaat muß in irgendeiner Form auch die Freihandelslehre wieder entwickeln, die von der Arbeitsteilung von Industriestaat und Agrarstaat ausgeht. Diese Erneuerung des Freihandels wird allerdings kompliziert dadurch, daß jetzt nicht ein einzelnes Industrieland das Monopol hat, die Werkstatt der Welt zu sein, sondern daß mehrere solcher Werkstätten nebeneinander in Tätigkeit sind. Aber der Grundgedanke der Handelspolitik der Industriestaaten bleibt der alte: sie bilden sich ein, sie allein seien dazu berufen, eine Exportindustrie zu entwickeln, und die andern für immer dazu bestimmt, ihnen Lebensmittel und Rohstoffe zu liefern.

Das ist jedoch eine Illusion, die ebenso gewiß und vielleicht ebenso rasch zusammenbrechen muß, wie die Illusionen der Freihändler, die auf Cobden schwuren. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Stellung eines Agrarstaates einem Industriestaat gegenüber eine untergeordnete ist, daß demnach alle Länder, die sich in der ersteren Position befinden, danach trachten und trachten müssen, in die letztere aufzurücken.

Dieser Vorgang geht stetig und unaufhaltsam und immer rascher vor sich, weil er durch die wachsende Auswanderung der sich anhäufenden Kapitalien und den zunehmenden Export von Produktionsmitteln aus den alten Industrieländern gefördert wird. Dank diesem Umstande erstehen heute Industrien auch in Ländern, die sich keines erheblichen Zollschutzes erfreuen, wie Britisch-Indien und China.

Weder der Mangel an einheimischem Kapital noch der Mangel an Schutzzöllen bietet heute mehr ein Hindernis für das Aufkommen einer leistungsfähigen Großindustrie. Diese Annahme gehört in die Rumpelkammer der Nationalökonomie. Das wichtigste Hindernis, das vielfach noch ihrer Ausbreitung im Wege steht, das ist der *Mangel an leistungsfähigen Arbeitern*, der Mangel an einer zahlreichen, besitzlosen und doch intelligenten und arbeitsfähigen Lohnarbeiterschaft. Wo diese fehlt, nützen alle Schutzzölle nichts, wo sie vorhanden ist, kann die industrielle Entwickelung auch ohne Schutzzölle ihren Gang gehen. Ihrer Arbeiterschaft danken Japan und die Vereinigten Staaten die rapide Entwickelung ihrer Industrie, sie wird auch in China bald eine starke Großindustrie schaffen, sobald es ganz in den Weltverkehr gezogen ist.

Wir gehen also einem Zeitpunkt entgegen, in dem die Arbeitsteilung zwischen Industriestaaten und Agrarstaaten immer mehr eingeengt wird dadurch, daß die ersteren immer mehr über die letzteren überwiegen. Sobald so viele Agrarstaaten zu Industriestaaten geworden sind, daß der Rest nicht mehr ausreicht, den gesamten Export der Industriestaaten aufzunehmen und ihnen die nötige Summe von Lebensmitteln und Rohmaterialien zu liefern, dann hat diese Arbeitsteilung ihr äußerstes Ziel erreicht.

Man glaube aber nicht, daß es sich dabei um eine Zukunft in nebelgrauer Ferne handelt. Bereits ist Amerika in die Reihe der industriell exportierenden Staaten getreten, Rußland wird in absehbarer Zeit so weit sein, seinen eigenen Industriebedarf zu decken, wenn es auch, solange der Absolutismus herrscht, an eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht denken kann; Japan, Ostindien, Australien, Kanada bemühen sich, Industriestaaten zu werden; selbst Mexiko, Argentinien, Chile, Südbrasilien wirken dahin und China

verspricht nach wenigen Jahrzehnten eine weit größere industrielle Macht zu sein, als sie etwa Rußland heute ist. Wenn aber dieser Masse von Industriestaaten gegenüber nur noch Vorderasien, Afrika, Zentralamerika und die tropischen Teile von Südamerika als Agrarländer übrig bleiben, dann ist die Basis für die Arbeitsteilung zwischen Agrarstaat und Industriestaat viel zu schmal geworden.

Neben dem Austausch von Waren ersteht freilich ein neuer Faktor für den internationalen Handel, die Ausfuhr von Kapitalien, die internationale Verschuldung. Ein reiches kapitalistisches Land kann als Gläubiger des Auslandes noch Waren ausführen (als Zahlung von Darlehen, die es bewilligt) und einführen (als Zahlung von Schuldenzinsen, die es bezieht), wenn es aufgehört hat, Waren gegen Waren zu tauschen, und in der Tat wird jene Form der Ausfuhr in alten Industrieländern immer wichtiger im Verhältnis zu dieser. Aber auch diese Quelle der Ausfuhr wird schließlich versiegen, da die neuen Industrieländer alle früher oder später so weit kommen, nicht nur technisch, sondern auch ökonomisch von den alten unabhängig zu werden, nicht nur selbst zu produzieren, was sie an Massenartikeln brauchen, sondern auch ihre Schulden ans Ausland zu bezahlen.

Die Vereinigten Staaten, die bis vor kurzem noch die Schuldner Europas waren, fangen an, die Rolle eines Gläubigers im internationalen Kreditverkehr zu spielen. Wir wollen ganz absehen davon, daß es noch andere Formen gibt, die Zahlung von Zinsen los zu werden, als die der Zahlung der Schulden. Wenn die aufstrebenden Industriestaaten alle früher oder später dazu gelangen, ihre Schulden zu bezahlen, so gelangen vielleicht die an das agrarische Stadium gefesselten Agrarstaaten am ehesten zur Schuldenfreiheit durch den S t a a t s b a n k e r o t t. Von der Neigung und Geschicklichkeit dafür haben gerade die oben als letzte Agrarstaaten bezeichneten Landstriche schon genügende Proben abgelegt.

Es ist nicht zu erwarten, daß der aus den internationalen Verschuldungsverhältnissen entspringende Warenhandel den aus der Arbeitsteilung zwischen Agrarstaat und Industriestaat entspringenden lange überlebt.

Damit fallen aber die Grundlagen weg, die bisher jene rasche Ausdehnung des industriellen Exports ermöglichten, welche eine Lebensbedingung entwickelter kapitalistischer Industriestaaten geworden ist.

Was dann?

Dann muß unfehlbar der Augenblick kommen, wo das jetzige Handelssystem ebenso zusammenbricht, wie das Manchestertum in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zusammengebrochen ist.

Unsere bürgerlichen Oekonomen und Staatsmänner erkennen das selbst an, daher sehen sie sich denn auch schon nach Mitteln um, den Augenblick des Zusammenbruchs wenigstens für ihr Land möglichst hinauszuschieben. Diese Mittel streben aber alle nach einer Verschärfung der Richtung, welche die neuere Schutzpolitik eingeschlagen hat. Diese trachtet danach, durch Staatshilfe den großen Industrien die Monopolisierung des inneren Marktes zu ermöglichen. Nun soll den großen Industrien durch Staatshilfe auch die Monopolisierung eines ausgedehnten äußeren Marktes ermöglicht werden. Kommt die neuere Schutzpolitik nur den großen, kartellierten Industrien auf Kosten der Gesamtheit und der schwächeren Industriezweige zugute, so ist diese neueste Phase der Schutzpolitik nur für die größten der industriellen Großstaaten möglich — Amerika, England, Frankreich, Deutschland.

c) Neuere Zollvereinsbestrebungen.

Eine Reihe von Ideologen haben zur Erreichung dieser Monopolisierung eines äußeren Marktes das friedliche Mittel eines Zollvereins vorgeschlagen. So entstanden in den Vereinigten Staaten die panamerikanischen Pläne, das Streben, alle Staaten Nord- und Südamerikas in einen Zollbund zusammenzufassen, in dem die Union natürlich die Rolle des Industriestaates zu spielen hätte, die anderen sich mit der bescheidenen von Agrarstaaten begnügen müßten. Aehnliche Bestrebungen lagen den Plänen zur Schaffung eines „größeren Britannien" zugrunde, eines Zollvereins, der England mit seinen Kolonien umfassen sollte. Für Deutschland endlich sollte ein mitteleuropäischer Zollverein einen großen äußeren Markt schaffen, von dem es die englische und amerikanische Konkurrenz fernhalten könnte.

Diese Pläne sind auf den ersten Blick sehr bestechend, und der Schreiber dieses muß gestehen, daß er wenigstens den amerikanischen und englischen auch eine Zeitlang einige Bedeutung beigemessen hat. Aber bei näherem Zusehen erweisen sie sich als vollständig utopisch.

Der Hinweis auf den 1833 begründeten deutschen Zollverein ist völlig unangebracht; dieser hatte ganz andere Aufgaben und entsprang ganz anderen Voraussetzungen, als die heutigen Zollvereinspläne. Er war ein Produkt der eigenartigen politischen Zerstückelung Deutschlands, das in unzählige, bunt durcheinander gewürfelte Landfetzen zerfiel, die alle zusammen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildeten und die in ihrer Trennung weder ein selbständiges politisches noch ein selbständiges wirtschaftliches Leben zu führen vermochten.

Die heutigen Zollvereinspläne wollen dagegen Staaten in einer Zollinie zusammenfassen, von denen jeder ein selb-

ständiges politisches und ökonomisches Leben führt, die auf den verschiedensten Stufen der Entwickelung stehen, von denen daher jeder nach einer anderen Handelspolitik strebt. Alle handelspolitischen Gegensätze, die innerhalb eines Staates als Klassengegensätze auftreten können, finden sich hier als staatliche Gegensätze. Den gegensätzlichen Klassen wird schließlich durch eine herrschende Klasse, welche die Staatsgewalt besitzt, eine einheitliche Handelspolitik aufgezwungen; bei einem Zollverein souveräner Staaten könnte die Einheitlichkeit der Handelspolitik nur durch freiwillige Vereinbarung erreicht werden. Man versuche einmal, eine solche zwischen Schutzzöllnern und Freihändlern, zwischen Grundbesitzern einerseits, Importeuren von Lebensmitteln und Exporteuren von Industrieprodukten andererseits herbeizuführen.

Bei den heutigen hochgradigen handelspolitischen Gegensätzen führt politische Selbständigkeit stets auch zu selbständiger Handelspolitik, ist die politische Zusammenfassung und Unterordnung unter eine gemeinsame Staatsgewalt die Vorbedingung der Zollgemeinsamkeit, und nicht umgekehrt, wie es im alten deutschen Zollverein der Fall gewesen. Während unsere deutschen Ideologen vom Fallen der Zollschranken zwischen den Staaten Mitteleuropas träumen, ist die einzige Veränderung in den Zollschranken, die immer näher rückt, das Aufrichten neuer.

Aber unsere Konkurrenten sind nicht besser daran. Die panamerikanischen Pläne, die vor zwanzig Jahren so lebhaft waren, sind seitdem wieder eingeschlafen. Die verschiedenen amerikanischen Länder zeigen gar keine Lust, die Vereinigten Staaten als die einzige Werkstatt für sie und sich bloß als Lieferanten für diese Werkstatt zu betrachten.

Und dasselbe gilt vom größeren Britannien. In England wurde der Gedanke eines das ganze Reich mit seinen Kolonien umfassenden Zollvereins im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts lebhaft propagiert. Aber er hat in den Kolonien keine starke Gegenliebe gefunden. Als gelegentlich des Jubiläums der Königin 1897 die Premierminister der Kolonien sich in London zusammenfanden, legte Chamberlain ihnen den Plan vor, aber die Kolonialminister fanden es nicht einmal der Mühe wert, ihn in einer Kommission zu begraben, sondern lehnten ihn von vornherein ab. Seitdem ist es ganz still geworden von der Idee eines britischen Reichszollvereins.

Nur um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier darauf hingewiesen, daß die Idee der Zusammenfassung der Staaten Mitteleuropas zu einem Zollverein nichts zu tun hat mit der Anschauung, die ich gelegentlich einmal äußerte, daß die sicherste Bürgschaft des Weltfriedens die Herstellung der Vereinigten Staaten von Europa sei. Oberflächliche Kritik hat diese beiden Anschauungen miteinander zusammen-

geworfen, sie haben nicht das mindeste miteinander gemein. Der europäische Zollverein wird vorgeschlagen, um die Herrschaft des Kapitalismus zu verlängern; er soll durchgeführt werden von den heutigen Regierungen. Die Zusammenfassung der Staaten Europas zu einem Gemeinwesen ist nur möglich durch Beseitigung der heute herrschenden Regierungssysteme, sie kann nur ein Produkt sein der sozialen Revolution. Der europäische Zollverein wird verlangt aus Gründen der Handelspolitik, die Vereinigten Staaten von Europa scheinen mir vor allem deshalb die notwendige staatliche Grundlage des Sozialismus in Europa zu sein, weil ich zu der Ueberzeugung gekommen bin, reine Nationalstaaten ließen sich in weiten Gebieten Europas nicht mehr herstellen, der Nationalstaat könne nicht mehr die staatliche Grundlage für eine sozialistische Gesellschaft bilden, wie es vor wenigen Jahrzehnten noch schien; die nationalen Fragen Europas, die auch eine sozialistische Gesellschaft in ihren Anfängen beschäftigen werden, ließen sich nur im breiten Rahmen einer gesamteuropäischen Republik schmerzlos lösen.

Diese kurzen Andeutungen mögen genügen, einer Konfusionierung zweier so verschiedener Ideen, wie der Vereinigten Staaten von Europa und des europäischen oder gar nur mitteleuropäischen Zollvereins vorzubeugen. Die erstere Idee näher zu entwickeln, ist hier nicht der Ort.

d) **Weltkrieg oder Sozialismus.**

Sind die Bestrebungen der industriellen Großmächte, durch einen friedlichen Zollverein selbständiger Staaten einen Teil des Weltmarkts zu monopolisieren, in letzter Zeit mehr in den Hintergrund getreten, so ist zu um so größerer Bedeutung die Idee gelangt, dasselbe Ziel durch das Mittel der Eroberung von Agrarländern zu erreichen, durch die Politik der Expansion, des gewalttätigen Imperialismus. Amerika hat seine panamerikanische Politik fallen gelassen, aber Kuba, Portoriko und die Philippinen annektiert. England wurde nicht von der Agitation für den Reichszollverein bewegt, sondern von der Eroberung der Burenrepubliken, und Deutschland hat eine Bahn der Welt- und Flottenpolitik eingeschlagen, die zu ähnlichen Zielen zu führen verspricht. Auf dieser Bahn gibt es kein Aufhalten, hat man sie einmal betreten. Es wachsen Kapital und Arbeit im eigenen Lande, es wächst die Zahl der konkurrierenden Industrieländer, indes die der Agrarländer sich verringert. Bald werden diese, soweit sie noch frei, völlig aufgeteilt sein, und dann gibt es zur weiteren Ausdehnung des monopolisierten Gebiets nur noch einen Weg: nicht mehr den Kampf zwischen Industriestaat und Agrarstaat, sondern den blutigen

Kampf der großen Industriestaaten untereinander, also den Weltkrieg.

Dies ist das unvermeidliche Ziel der heutigen Weltpolitik; nicht die Launen einzelner Machthaber drängen dahin, sondern die eherne Notwendigkeit der ökonomischen Bedürfnisse, die die modernen Industrienationen dem Verderben entgegentreibt, selbst wenn sie es erkennen sollten. Auch Oekonomen und Politiker, die einsehen, daß ein Weltkrieg heute ein unabsehbares Elend schaffen, daß er für die ganze Kulturmenschheit die Zustände des dreißigjährigen Krieges erneuern müßte, auch sie drängen zum Wettrüsten, zur Expansionspolitik, und sie müssen es tun — wenn sie auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft stehen.

Denn nur vom Standpunkt der heutigen Produktionsweise, die auf der Arbeitsteilung von Industriestaaten und Agrarstaaten und auf steter Zunahme der industriellen Ausfuhr aus den ersteren, der agrarischen Ausfuhr aus den letzteren aufgebaut ist, nur von diesem Standpunkt aus ist der Weltkrieg unvermeidlich.

Er ist aber nicht unvermeidlich vom proletarischen, vom sozialistischen Standpunkt aus. Der Weltkrieg ist nur die eine Alternative des heutigen, seinem Zusammenbruch entgegeneilenden Welthandelssystems; die andere ist die sozialistische Gesellschaft.

Alle die Gegensätze, die in der heutigen Gesellschaft zum Weltkrieg treiben, hören in einer sozialistischen Gesellschaft auf.

Die Notwendigkeit, die industrielle Ausfuhr und die agrarische Einfuhr stetig zu steigern, die das kapitalistische System für jeden Industriestaat mit sich führt, besteht in einer sozialistischen Gesellschaft nicht. Es ist die stete Anhäufung und Ausdehnung des Kapitals, welche diese Notwendigkeit heute erzeugt. Die Triebkraft der Produktion bildet unter dem kapitalistischen System das Streben nach Kapitalprofit. Das Verlangen nach Erweiterung des Kapitalprofits ist maßlos, daher auch das kapitalistische Streben nach Erweiterung der Produktion und Erweiterung des Marktes, wobei aber die Erweiterung der Produktion, wenn Kapital und Arbeitskräfte in genügendem Maße vorhanden sind, stets noch rascher voranzugehen strebt, als die Erweiterung des Marktes, was zu Krisen führt, die sich immer wieder erneuern.

In einer sozialistischen Gesellschaft bildet dagegen nicht der Profit, sondern das Bedürfnis der Gesellschaftsmitglieder die Triebkraft der Produktion. Art und Umfang der Produktion wird nur durch das Bedürfnis bestimmt; sie erweitert sich nur in dem Maße, in dem der Bedarf der Gesellschaftsmitglieder wächst. Der innere Markt — wenn man in einer sozialistischen Gesellschaft von einem solchen sprechen kann — wird jetzt ausschlaggebend für die Produktion; das Bedürfnis,

Industriewaren im Uebermaß zu erzeugen, um sie den Agrarländern aufzudrängen, existiert nicht, ebensowenig die Notwendigkeit der Arbeitsteilung von Industrieland und Agrarland. Die Gegensätze zwischen Exportindustrien hier und aufkeimenden Industrien dort, ebenso wie die zwischen inländischer und auswärtiger Landwirtschaft, die heute so schroffe nationale Gegensätze erzeugen, sie hören auf, und damit wird die bedeutendste der heutigen Ursachen von Kriegen verstopft, wird die Notwendigkeit großer Weltkriege beseitigt.

e) **Export von Waren oder von Menschen.**

Freilich, es gibt Leute, welche da meinen, unser heutiges Handelssystem entspringe nicht sozialen, sondern natürlichen Ursachen. Unsere Bevölkerung wachse zu rasch, darum reiche die Landwirtschaft Deutschlands nicht aus, sie zu ernähren; Deutschland habe bloß die Wahl, entweder Industrieprodukte auszuführen, um dafür jene Lebensmittel einzukaufen, die es nicht in genügendem Maße hervorbringen könne, oder Menschen auszuführen. Mit einem Worte, unser heutiges Welthandelssystem entspringe nicht dem Kapitalismus, sondern der Uebervölkerung.

Wäre das richtig, dann um so schlimmer für Deutschland, dann könnte keine soziale Aenderung ihm helfen, dann bliebe ihm aber schließlich auch kein anderer Ausweg übrig, um seiner wachsenden Bevölkerung Ellbogenraum zu schaffen, als eben — der Weltkrieg, um auf Kosten Englands oder Frankreichs oder Amerikas einen größeren Markt für seine Industrieprodukte, eine größere Menge Lieferanten von Rohstoffen und Lebensmitteln für seine Konsumenten zu monopolisieren.

Aber zum Glück ist die obige Annahme ebenso falsch, wie sie weit verbreitet ist.

Die deutsche Landwirtschaft in ihrer heutigen Form ist allerdings unfähig, das deutsche Volk völlig zu ernähren. Aber man vergesse nicht, daß der deutschen Lebensmitteleinfuhr heute eine stattliche, vom Staate geförderte Ausfuhr agrarischer Produkte gegenübersteht. Wenn diese, kapitalistischen Bedürfnissen entspringende Ausfuhr aufhörte und die dadurch frei werdende Bodenfläche zur Produktion von Lebensmitteln für den Konsum der deutschen Bevölkerung verwendet würde, so könnten durch diese Umwandlung allein schon erhebliche Mengen Lebensmittel für den inneren Konsum erzeugt werden.

Im Jahre 1910 wurde Zucker für 195 Millionen und Roggen für 119 Millionen ausgeführt.

Aber noch viel mehr könnte durch eine rationellere Bodenkultur geleistet werden. Daß die heutige landwirtschaftliche

Produktion in Deutschland noch eine sehr irrationelle ist und durch eine Verbesserung der Betriebstechnik noch weit höhere Erträge erzielt werden könnten, wird niemand bestreiten wollen. Durch Entwässerung der Hochmoore allein lassen sich im Deutschen Reiche noch 27 500 Quadratkilometer Kulturboden gewinnen, mehr als dessen Weizenboden heute ausmacht, der rund 20 000 Quadratkilometer umfaßt.

Aber alle diese Verbesserungen der Landwirtschaft würden einen Aufwand von viel Kapital und Arbeitskräften erfordern, und den kann die Landwirtschaft heute schwer aufbringen, weil die Grundrente sie belastet und das Anwachsen der Exportindustrie naturnotwendig der Landwirtschaft Kapital vorenthält und Arbeitskräfte entzieht. Agrarzölle verschlimmern nur das Uebel durch Steigerung der Grundrente.

Erst der Sozialismus kann da gründlichen Wandel schaffen, indem er die Grundrente beseitigt, den Gegensatz von Stadt und Land aufhebt und der Landwirtschaft neue Arbeitskräfte zuführt, endlich indem er die industrielle Ueberproduktion und die Notwendigkeit der steten Erweiterung des industriellen Exports beseitigt. Wir müssen nicht Industrieprodukte exportieren, weil wir Lebensmittel und Rohstoffe importieren, sondern wir müssen umgekehrt diese importieren, weil wir jene exportieren.

Wenn Deutschland heute Lebensmittel importieren muß, so ist das eine *soziale*, nicht eine *natürliche* Notwendigkeit, eine Notwendigkeit, die nur so lange dauert, wie die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse herrschen.

Man kann noch auf anderem Wege zu dem gleichen Ergebnis kommen: Die kapitalistische Großindustrie und damit die Notwendigkeit des industriellen Exports wächst in Deutschland rascher als die Bevölkerung.

Während die Gesamtbevölkerung von 1882—1907 um 36,4 Proz. wuchs, nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 59,5 Proz. zu, die Zahl der Erwerbstätigen in der *Industrie* wuchs sogar um 75,9 Proz., die Zahl der *Lohnarbeiter* um 121,2 Proz., und endlich die Zahl der Arbeiter in den industriellen Großbetrieben um 217,6 Proz. In dem gleichen Zeitraum stieg die Ausfuhr um 153,2 Proz. Man sieht, das Wachstum der Bevölkerung ist ganz unzureichend, das Wachstum der Großindustrie und damit auch des industriellen Exports zu erklären.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus; das Wachstum der Großindustrie erzeugt das Wachstum der großindustriellen Bevölkerung. Da deren natürlicher Nachwuchs allein nicht hinreicht, dem anwachsenden Kapital die nötigen Arbeitskräfte zu liefern, zieht es noch Arbeitskräfte von anderen Bevölkerungsschichten heran.

Während die Gesamtbevölkerung um 36,4 Proz. wuchs, vermehrte sich die Zahl der im Kleingewerbe (Handel und Industrie) beschäftigten Personen nur um 23,5 Proz. Man wird also wohl sagen können, daß rund ein Drittel des natürlichen Bevölkerungszuwachses im Kleingewerbe von dem aufstrebenden Großgewerbe in Anspruch genommen wurde. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat aber direkt abgenommen, von 19 225 000 Personen auf 17 681 000. Da kein Grund vorhanden ist, anzunehmen, daß der natürliche Zuwachs der Landbevölkerung ein geringerer war, als der durchschnittliche, er war sicher sogar ein größerer, so wird er von 1882—1907 mindestens 7 Millionen Köpfe betragen haben. Da aber gleichzeitig die landwirtschaftliche Bevölkerung eine Abnahme von 1 544 000 aufwies, hat sie binnen 25 Jahren rund 8 500 000 Personen an andere Berufe abgegeben, sicher den Löwenanteil davon an das Großgewerbe.

Aber auch das genügte nicht seinem Menschenhunger. Ausländer müssen noch herangezogen werden, teils um sein Ausbeutungsbedürfnis zu stillen, teils um die Lücken auszufüllen, die es in der Landbevölkerung reißt. Die Zahl der Ausländer in Deutschland betrug 1871 206 755, 1895 486 190, 1905 1 030 816, sie hat sich mehr als verdreifacht, während die Gesamtbevölkerung in dem gleichen Zeitraum nur um ein Viertel wuchs.

Und da behauptet man, das Wachstum der Exportindustrie sei eine Folge des natürlichen Wachstums der Bevölkerung!

Wenn dem so wäre, woher kommt es, daß wir in allen kapitalistischen Industrieländern das Streben nach steter Erweiterung des industriellen Exports finden, ganz einerlei, wie sich das Verhältnis zwischen natürlichem Wachstum der Bevölkerung und dem der im Inlande produzierten Lebensmittelmenge gestaltet? Wir finden es nicht bloß in Deutschland und England, sondern auch in Frankreich, dessen Bevölkerung stille steht, zeitweise schon zurückgeht, und auch in den Vereinigten Staaten, die doch einen recht erklecklichen Ueberschuß an Lebensmitteln erzeugen.

Das Wort Caprivis, wir hätten nur die Wahl, Industrieprodukte zu exportieren oder Menschen zu exportieren, ist also grundfalsch, wenn es als absolute Wahrheit genommen wird; es ist ein Erzeugnis des liberalen Gedankenganges, der es liebt, soziale Gesetze als Naturgesetze aufzufassen.

Die Notwendigkeit, Industrieprodukte auszuführen, um sie gegen agrarische Produkte auszutauschen, ist ein Produkt der fortschreitenden Akkumulation des Kapitals und wird mit der kapitalistischen Produktionsweise verschwinden.

Damit wird aber nicht der gesamte Welthandel verschwinden. Auch in der heutigen Gesellschaft ist der aus der

Arbeitsteilung von Industriestaat und Agrarstaat, sowie der aus der Ausfuhr von Kapitalien entspringende Welthandel nur ein Teil des gesamten Welthandels; neben ihm erhält sich und entfaltet sich mit der Verbesserung und Erweiterung der Mittel des Weltverkehrs jener Welthandel, der nicht auf sozialer, sondern auf natürlicher Arbeitsteilung beruht, auf den Verschiedenheiten der Klimate, der Bodengestaltung, des Bodenreichtums. Diese Art Welthandel wird unter einem sozialistischen Regime noch wachsen, weil unter ihm die Kultur wachsen wird, die Bedürfnisse sich mannigfaltiger gestalten werden. Sie wird aber keine Handelseifersucht, keine nationalen Gegensätze, keine Handelskriege erzeugen, denn dieser Welthandel braucht nicht dem Auslande Erzeugnisse aufzudrängen, welche dieses selbst hervorbringen kann, sie braucht nicht danach zu streben, die industrielle Entwickelung des Auslandes zu hemmen, denn das Wachstum der Produktivkräfte des Auslandes liegt dann im Interesse auch des Inlandes.

Der Weltfrieden und der soziale Frieden, den der bürgerliche Freihandel zu bringen glaubt, wird dann zur Wahrheit werden.

Von dem Zeitpunkt, in dem das Proletariat die politische Macht erobert und damit die Bahn zur Entwickelung der sozialistischen Gesellschaft eröffnet, hängt es ab, ob uns die Schrecken eines oder einer Reihe von Weltkriegen, Krisen und Katastrophen erspart werden oder nicht. Die Art der sozialen Entwickelung der nächsten Jahrzehnte hängt davon ab, ob das klassenbewußte, organisierte Proletariat rascher erstarkt als die Machtmittel des kämpfenden Kapitals wachsen, ob es der Arbeiterklasse gelingt, die Staatsgewalt von sich abhängig zu machen, ehe noch das heutige System der gewaltsamen Expansionspolitik und der gewaltsamen Handelspolitik die Kulturnationen für lange hinaus in unabsehbare Verwirrung, Zwietracht und Verwüstung getrieben hat.

Der Sozialismus wird und muß kommen, aber die soziale Entwickelung wird eine ganz andere, beglückendere und schmerzlosere sein, wenn er aus dem politischen Sieg des erstarkten Proletariats im Klassenkampf und nicht aus dem Zusammenbruch des heutigen ökonomischen Systems im Völkerkrieg hervorgeht, wenn sein neues Leben nicht aus Ruinen erwächst, sondern aus der überwältigenden Kraft des größten Kulturfaktors unserer Zeit, des kämpfenden Proletariats.







Preis 1 Mark



Vorwärts Buchdruckerei und
Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW